

Diskussions-forum

Nr. 10
DM-M 4,80
Februar 1990

Aus dem Inhalt:

Texte aus der DDR:

- Interview mit Thomas Rudolph
- SPD: Bericht vom Parteitag
- Leipziger Chronik (Teil 4)
- Unabhängige Gewerkschaften

Polen: Erklärung der Wroclawer PPS-RD

Revolution in Rumänien

UdSSR: Streikkomitee der Stadt Workuta

Urteilsspruch des Internationalen Tribunals von Lima, September 1989

Ost-West-Literatur: Daud Haider

Inhalt »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 10

Ost-West-Literatur Nr. 5

Impressum

Herausgeber: Ost-West-Gesellschaft e.V., Sternstr. 50, 4000 Düsseldorf

Redaktion, Mitarbeiter und Förderer:
Annette Bahner; Köln
Carla Boulboullé; Düsseldorf
Reinhard Büttner; Regensburg
Carsten Hahn; Berlin (West), vormals Jena
Max von Heckel; München
Dr. Dietrich Hoß; Frankfurt
Karl-Heinz Gerhold; München
Dorothea Goldhammer; Bremen
Hans-Georg Grothe; Kefenrod-Burgbracht, vormals DDR
Frithjof Heller; Heidelberg, vormals Greifswald
Uwe Kahlenberg; Berlin (West), vormals Weimar
Tomislav Kedmenec; Jugoslawien
Jörg Knaack; Berlin (West), vormals Apolda
Gotthard Krupp-Boulboullé; Düsseldorf
Mitarbeiter der »Initiative Frieden und Menschenrechte«, Leipzig
Hinrich Olsen; Schwäbisch-Gmünd
Jiri Pelikan; Rom, vormals CSSR
Bernhard Peters; Heidelberg, vormals Halle
Lothar Ratei; Frankfurt
Zbigniew Sadlak; München, vormals Polen
Prof. Dr. Herta Schmidt; München
Christiane Seitz; DDR – Peter Wilke; (DDR)
Torsten Sielaff; Oberhausen, vormals Wittenberg
Frank Wolfgang Sonntag; Berlin (West), vormals Leipzig
Andreas Stiegele; Heidelberg
Gerd Stöcklein; Wiesbaden, vormals Halle
Ulrich Thöne; Berlin (West)
Gerd Wichert; Berlin (West), vormals Templin

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.
Beim Minister für Kultur der DDR wurde am 5. 12. 1989 eine Zulassung des »Ost-West-Diskussionsforum« zur Postzeitungsvertriebsliste der Deutschen Post in der DDR beantragt.

Preis pro Exemplar: 4,80 DM / 4,80 M
Abopreis: Abholer jährlich: 20,- DM / 20,- M (6 Nr.)
Postabo 26,60 DM / 26,60 M
ab 10 Exemplare: 1 Freiexemplar
ab 20 Exemplare: 4 Freiexemplare

Bankverbindungen:
Für Materialien: Postgiro Köln, 2463 85 – 509
Für Spenden: Postgiro Essen, 4105 54 – 436

V.i.S.d.P.: Gotthard Krupp-Boulboullé, Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

DDR

Chaos – Eine Lösung gibt es nur durch die Demokratie

Hans Modrow, Ministerpräsident der SED-Regierung, hat am Montag, den 29. 1. '90, vor der Volkskammer einen Bericht zur Lage der DDR abgegeben. In diesem Bericht begründet er die Vorverlegung der Wahlen auf den 18. März. Ziel dieses Vorschlags ist es, „*die Situation in unserem Land zu bessern, zu beruhigen, zu stabilisieren*". Die derzeitige Regierungskoalition unter Führung der SED „*erweist sich... zunehmend als zerbrechlich*". Den Grund dafür sieht er darin, daß die „*ökonomischen und sozialen Spannungen*" zugenommen haben.

Modrow geht auf die zunehmenden Streiks für „*Erhöhung der Löhne und Gehälter, nach Verlängerung des Urlaubs, nach Erhöhung der Renten und nach weiteren sozialen Verbesserungen*" ein. Ein Nachgeben und eine Erfüllung der Forderungen würde, so Modrow, „*die Existenz der DDR gefährden*". Diese Streiks seien es, die die Wirtschaft zerrütten und zu weiteren sozialen Spannungen führen.

Auf der politischen Ebene beschreibt Modrow den allgemeinen Zerfall der politischen Institutionen. Örtliche Volksvertretungen sind nicht mehr beschlußfähig oder lösen sich auf. Es findet eine Demontage der Volksvertretungen statt. Das führt „*auch zur Unsicherheit im gesamten Staatsapparat*".

Nicht zuletzt warnt Modrow davor, daß die „*Rechtsstaatlichkeit und Rechtsordnung*" zunehmend in Frage gestellt werden. Diese gesamte Situation wird unter der Bevölkerung zu weiterer Unsicherheit, einer der zentralen Ursachen für die nicht abreißende Ausreisewelle, führen.

Modrows Analyse der Situation wirft Fragen auf.

Zu den zentralen Forderungen der Demonstrationen und auch der Streiks gehört der Ruf nach „*Schluß mit der SED und der SED-Regierung. Enteignet die SED.*" Das Volk ist auf die Straße gegangen, um die SED-Herrschaft zu beenden. Es geht um die SED als der politischen Organisation einer Bürokratie, die das ganze Land ins Verderben gestürzt hat, und die sich schamlos auf Kosten des Volkes bereichert hat. Doch genau diese SED ist noch in der Regierung, beherrscht weiter den Staatsapparat und stellt die Leitungen in den Betrieben. Justiz, Staatsanwaltschaft und Verwaltungen, alles ist noch in der Hand der SED. Das heißt aber auch, daß der Auflösungsprozeß des Staatsapparates untrennbar verbunden ist mit dem Auflösungsprozeß der SED selbst. Nicht die streikenden Arbeiter führen die Destabilisierung herbei. Quelle der Destabilisierung und der allgemeinen Verunsicherung ist die SED, die unter allen Umständen an der Macht festhalten will.

Ist eine andere Lösung im Interesse der Bevölkerung und der Demokratie vorstellbar als die der Säuberung des gesamten politischen Lebens von der Bürokratie? Das aber müßte mit dem sofortigen Rücktritt der Regierung beginnen. Das Volk ist nicht bereit, sie länger zu dulden. Die Verwirklichung der Demokratie, das Recht des Volkes, selbst über seine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ordnung zu entscheiden, ist unvereinbar mit der weiteren Herrschaft der SED.

Ändert das Angebot von Modrow an die Vertreter des »Runden Tischs«, sich an der Regierung zu beteiligen, grundsätzlich etwas, oder wird damit nicht nur eine Scheinlegitimation für das weitere Überleben der SED-Herrschaft hergestellt?

Modrow hat jetzt in seiner Rede den Konsens mit der Opposition betont. Auf diesen Konsens zwischen Regierung und Opposition will er die weitere Arbeit seiner Regierung stützen. Er umschreibt die Grundlagen des Konsens so:

1. die Volkskammerwahlen werden auf den 18. 3. vorverlegt;
2. am 6. Mai folgen die Wahlen zu den Volksvertretungen;
3. die jetzt zu bildende Regierung der „Nationalen Verantwortung" soll diese Wahlen vorbereiten. Dazu entsendet jede Gruppe/Partei des »Runden Tischs« einen Vertreter als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat;
4. die Regierung wird einen Vertreter im Range eines Ministers an den Runden Tisch entsenden.

Kann das dem Volkswillen entsprechen? Wird es nicht vielmehr als Manöver aufgefaßt werden, um auf diesem Weg die SED-Regierung noch einmal zu retten? Sie konzentriert weiter alle Machtpositionen in Verwaltungen und Betrieben in ihrer Hand. Welche Funktion sollen die Vertreter der SPD, des »Demokratischen Aufbruchs«, der »Vereinigten Linken«, der »Initiative Frieden und Menschenrechte«... in der Regierung erhalten? Sie werden für alle Entscheidungen mitverantwortlich gemacht werden, haben aber keine Macht. Die könnte ihnen nur die demokratische Willensbildung und Entscheidung des Volkes geben.

Nein, eine solche Form der Regierungsbeteiligung wird keinen Schritt hin zur Verwirklichung der Demokratie und der Herausbildung stabiler Verhältnisse sein; die SED-Regierung unter Modrow muß zurücktreten. Die Ausreisewelle dokumentiert dies genauso wie die Rufe auf den Demonstrationen nach „*Deutschland, einig Vaterland.*"

Die Regierung Modrow sucht ihrerseits einen Ausweg aus der Krise in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung unter Helmut Kohl und den Unternehmerverbänden, so wie umgekehrt die Regierung Kohl auf Modrow und die Bürokratie setzt. Die ersten gemeinsamen wirtschaftlichen Vereinbarungen und die Anforderungen der Regierung Kohl und der Unternehmer werden nicht, wie es die Streikenden fordern, zum Ausbau der sozialen Sicherheit, Lohnerhöhungen usw. führen, sondern in den sozialen Abstieg – in Ost wie in West. Die SED erweist sich für Kohl, Krupp, Thyssen... heute als der beste Vertragspartner in der Organisierung des Ausverkaufs der DDR-Wirtschaft und Produktion. Ein Scheitern der Bürokratie wäre auch ihr Scheitern. Deshalb muß man davon sprechen, daß sich die Forderungen der Bevölkerung, der Arbeiter in den Betrieben sowohl gegen Modrow wie auch gegen Kohl richten.

Wer die Demokratie wirklich will, d.h. die Herrschaft des Volkes, der muß dem Volk das Recht geben zu entscheiden, wie und ob die DDR als eigener Staat weiterexistieren soll; der muß dem Volk das Recht geben, über die nationale Frage, über seine staatliche und wirtschaftliche Ordnung zu entscheiden; der muß freie Wahlen in ganz Deutschland ermöglichen. Wenn dieser Weg nicht beschritten wird, wird es nur zu einem noch größeren Chaos kommen.

Oskar Lafontaine hat auf dem Parteitag in Berlin die

soziale Frage gegen die nationale gerichtet. Er hat auf das soziale Problem hingewiesen, daß Tag für Tag 1000de Übersiedler kommen. Aber was sind die Ursache für diese Entwicklung? Es ist die politische Weiterherrschaft der SED, die zur Verunsicherung führt. Gleichzeitig treibt die Angst vor weiterer sozialer Verarmung viele Menschen in Richtung Westen. Die Arbeiter in der DDR wollen, daß mit den Privilegien, der Korruption, der heimlichen privaten Aneignung des Volkseigentums durch die SED Schluß ist. Sie wollen der Bürokratie die Kontrolle über die Wirtschaft entziehen. Sie wollen einen guten Lohn, für den man auch etwas kaufen kann, und eine Garantie der Arbeitsplätze. Das sind Forderungen, für die die Arbeiter auch hier im Westen stehen.

Die Unternehmer, die mit dem Kapital winken, werden ihnen das nicht bringen. Das Kapital folgt seinen Profitinteressen und sieht in der DDR das Terrain eines Billiglohnlandes, in dem es sich bezahlt macht zu investieren. Sie können ihre Geschäfte jetzt bestens mit dem SED-Staat abwickeln. Nein, das kann keine Lösung für die Bevölkerung bringen. Das Beispiel Polens zeigt, daß der „Segen" des Kapitals dem Volk bittersten Hunger gebracht hat – ebenso in Ungarn und Jugoslawien. Bereichert haben sich nur die Bürokraten – sie wurden zu den neuen Unternehmern.

Es geht darum, daß die arbeitende Bevölkerung in Ost und West sich vereint, gegen den Handschlag von Bürokraten und Unternehmern. Die Einheit, die in dieser Weise von der Arbeiterbewegung her heranwächst, wird sich auf der Grundlage der Interessen des Volkes verwirklichen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen sozialer und nationaler Frage, wie ihn Lafontaine provozieren will.

Das gibt den Organisationen der Arbeiterbewegung eine neue Verantwortung: die Einheit der arbeitenden Bevölkerung auf der Basis ihrer gemeinsamen Interessen zu schaffen und gemeinsam zu diskutieren, wie eine sinnvolle, von den gesellschaftlichen Bedürfnissen her bestimmte Produktion und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in ganz Deutschland, die demokratische Kontrolle über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, gesichert werden kann. Es geht heute um die Perspektive für *ein* Deutschland, welches befreit ist von der Herrschaft der Bürokratie, aber auch von dem Profitstreben des großen Geldes, welches auf Grund der Zerstörung durch Spekulation Massenarbeitslosigkeit und Armut bringt. Die Revolution, die von der DDR ausgegangen ist, eröffnet die historische Chance für die Verwirklichung eines freiheitlichen, demokratischen und sozial fortschrittlichen Deutschlands.

Gotthard Krupp-Boulboullé,
31. 1. '90

Hat die Regierung Modrow ein Konzept? Ja, den Ausverkauf der DDR !

„*Was passiert, wenn zum jetzigen Zeitpunkt Mindestumtausch und Visumpflicht für alle Bundesbürger entfallen?*", fragte in diesen Tagen ein Plakat der »Autonomen Aktion Prenzlauer Berg«. Arbeit in der DDR lohne sich nicht mehr, denn selbst die ärmsten Bundesbürger seien beim Umtausch ihrer Währung den genauso hart arbeitenden DDR-Bürgern überlegen. Gewarnt wird auch vor westdeutschen Neonazis, die sich dank der neuen Regierung ungehindert auf dem Gebiet der DDR bewegen und zum Zünder für Explosionen werden könnten. „*Wenn die Regierung weiterhin mit so leichter Hand Verträge unterschreiben kann, dann brauchen wir am 6. Mai 1990 nicht mehr zu wählen, weil es nichts mehr zu wählen gibt.*"

Es ist allerdings auffallend, daß die Regierung Modrow bisher kaum etwas über flankierende Maßnahmen zu der neuen Grenzöffnung verlauten ließ. Dienstleistungen, Kneipen, Theater, Kinos und vieles andere, soviel ist sicher, werden von DDR-Bürgern in Zukunft kaum noch besucht werden können. Welcher Westberliner wird noch für teure Westmark zum Friseur in Westberlin gehen, wenn er das gleiche für wenige Pfennige einige hundert Meter weiter haben kann. Die Arroganz von DDR-Kellnern wird sich noch verstärken: Es gibt schließlich genügend Gäste, und die besseren geben auch schon mal eine Westmark als Trinkgeld. Ganz abgesehen von der Frage, ob die ewig angespannte Warendecke der DDR diesen Ansturm von BRD-Bürgern nach Schuhen, Werkzeugen, Textilien, allem, was nicht verzollt wird, aushalten kann.

Aber die von niemand legitimierte Regierung Modrow (auch die Volkskammer ist nicht legitimiert!) trifft auch weittragendere Entscheidungen. Sie segnet Vereinbarungen zwischen Ost- und Westunternehmern über Beteiligung von Westkapital ab, die bis dato keinerlei gesetzliche Grundlage haben. Sie trifft mit Siemens Vereinbarungen über Nachrüstung von alten und den Bau von neuen Atomkraftwerken. Sie trifft Grundsatzentscheidungen, zu denen sie als Übergangsregierung mitnichten befugt ist. Sie macht das in einer Geschwindigkeit, die jede künftige Volksvertretung vor vollendete Tatsachen stellt.

Auf dem Sonderparteitag der SED warf am Samstag der für Wirtschaftsfragen zuständige Nowakowski der Modrow-Regierung genau das, den plan- und konzeptlosen Ausverkauf der DDR und den Import fremden Kapitals vor. Die Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung, Prof. Christa Luft (SED), verteidigte sich folgendermaßen:

„*Wir sehen die Wirtschaftsreform natürlich nicht als ein Ziel, sondern wir sehen sie als ein Mittel. Die Gestaltung der Wirtschaft in diesem Lande, mit der wir dieses Land zu einer attraktiven Heimat für 16 Millionen Menschen machen können, und vielleicht auch für welche, die uns verlassen haben, daß sie jetzt zurückkommen, – zu einer Heimat zu machen, daß sie freiwillig gern hier bleiben, daß sie entsprechend ihrer Leistung ihre Bedürfnisse befriedigen können, ihre sozialen und ihre ökologischen Bedürfnisse gleichermaßen; und daß sie bitteschön auch ein Eigentümerbewußtsein und ein Eigentümerverhalten entwickeln. Dieses Verhalten muß natürlich zuerst in unseren volkseigenen Betrieben beginnen, indem die Werktätigen dort Einfluß gewinnen auf die Gestaltung effektiver Produktionsstrukturen, indem sie auch Einfluß bekommen darauf, wer sie leitet, indem sie auch Einfluß bekommen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen, usw. Aber dieses Eigentümerbewußtsein, dieses Eigentümerverhalten, diese Bindung an die Heimat zu erreichen, – ich persönlich sehe dafür auch solche Möglichkeiten wie die Ermöglichung des Kaufs von Grundstücken, von Eigenheimen, von Eigentumswohnungen bitteschön,* (Applaus) *– alles muß durch die Volkskammer noch hindurch. Und dies kann, dies kann – ich unterstreiche das dick – bis zum Erwerb*

von Aktien gehen, aber auch dies bedarf ja noch des Konsens in unserer Gesellschaft. Ich muß eine Bemerkung dazu machen. Diese Regierung muß sich Gedanken machen, wie wir den Kaufüberhang in unserem Lande sinnvoll binden. Denn, was wir nicht wollen, ist eine Abwertung unserer Währung, die die vielen kleinen Sparer doch vor allen Dingen betreffen würde!" (Applaus).

– Frau Luft sprach beredt vom Einfluß der Werktätigen in den Betrieben und auf deren Leitung. Wurde nicht genau das bisher von Partei und Regierung erfolgreich verhindert?

– Frau Luft möchte bei den Bürgern der DDR „Eigentumsverhalten" entwickeln. Das soll aber nicht geschehen, indem die Arbeiter ihre Betriebe selbst übernehmen, sondern über Ankauf von Grundstücken, Eigentumswohnungen und – Aktien. Preisfrage: Welche Leute werden das Geld haben, um Aktien und anderes zu kaufen? Arbeiter oder Angehörige der Führungsschicht?

– In einem Punkt möchten wir Frau Luft zustimmen: Ein neues Vereinigungsrecht, ein neues Mediengesetz, ein neues Zivilrecht, ein neues Arbeitsrecht, ein neues Strafrecht und nicht zuletzt eine neue Verfassung, *„alles muß durch die Volkskammer noch hindurch"*. Und nicht zuletzt muß eine wirkliche Volksvertretung geschaffen werden.

Glaubt Frau Luft im Ernst, daß es den „volkseigenen Betrieben" nach ihrem Konzept ad hoc und auf Dauer möglich sein wird, gegen internationale kapitalistische Konzerne anzustinken, die Herr Modrow ins Land lassen will und die doch zu einem wesentlichen Teil auf den Billiglöhnen der 3. Welt basieren? Und wie soll das mit der Ökologie zusammengehen, wenn doch internationale Konzerne dadurch überlegen sind, daß sie die Lösung ihrer ökologischen Probleme den Regierungen und Gesellschaften überlassen, bzw. in die Dritte Welt verschieben.

Leider löste das Phantasiekonzept von Frau Luft lebhaften Beifall der Delegierten des SED-Parteitages aus, während Rudolph Bahro, 1978 aus der Partei ausgeschlossen, zu 8 Jahren Haft verurteilt und dann in die BRD abgeschoben, mit seinen Überlegungen nur höhnisches Gelächter und Unverständnis erntete: *„Auch Hans Modrow will das Hase-Igel-Spiel fortsetzen, dieses Autorennen Trabi-Wirtschaft gegen Mercedes-Wirtschaft, bei dem unsere Wirtschaft auf der Strecke bleiben muß."*

So sehr sich die SED gewendet hat, Nachdenklichkeit über die Sackgasse der Industriegesellschaft kann man von ihr nicht erwarten. Noch weniger leider von den anderen Alt- und Neu-Parteien, soweit sie nicht ohnehin, wie der »Demokratische Aufbruch«, soweit verstritten sind, daß ihre Spaltung vorgebucht ist. Langsam geht auch die Hoffnung verloren, daß sie wenigstens im Interesse ihrer Selbstprofilierung den Runden Tisch nutzen, um den unzeitigen Tatendrang der Regierung Modrow zu bremsen und wenigstens Grundsatzentscheidungen wie z.B. die über ein neues energiepolitisches Konzept bis zu einer Volksentscheidung zurückzustellen.

Möglichkeiten zu einer kompetenten Entscheidung wird die Bevölkerung auf lokaler Ebene haben. Hier werden Parteienvertreter keine Sprechblasen erzeugen können, hier sind konkrete Antworten gefragt. Es wird Aufgabe der Ökologiegruppen und anderen Basisgruppen, der Bürgerkomitees und anderen Bürgerinitiativen, der Betriebsräte vor Ort sein, die realen Probleme des Landes zu benennen und einen wirklichen ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft anzuregen. Deshalb bleibt, selbst abgesehen von der Wahlfälschung, der nächste logische Termin eine Wiederholung der Kommunalwahlen, und zwar vor den Volkskammerwahlen, selbstverständlich nach einem neuen Wahlgesetz. Eine verfassunggebende Versammlung kann dann aus den Vertretern von Kreisen, Bezirken bzw. Ländern zusammengesetzt werden. Eine Demokratie sollte von unten nach oben aufgebaut werden, nicht umgekehrt.

- r.l. - *(Quelle: telegraph 10/89)*

Interview mit Thomas Rudolph

Thomas Rudolph ist einer der drei Sprecher der »Initiative Frieden und Menschenrechte« in der DDR, einer der Pressesprecher des Bürgerkomitees Leipzig und einer der stimmberechtigten Mitglieder am »Runden Tisch« in Leipzig.

Frage: Gestern, am 2. 1., war zum ersten Mal der »Runde Tisch« in Leipzig. Was ist als Ergebnis festzuhalten?

Antwort: Eigentlich hat es überhaupt kein Ergebnis gezeigt, zumindest nicht im positiven Sinne. Das eigentlich wichtige Thema, nämlich der Termin für die Kommunalwahlen und die Überlegungen zur Strukturreform – zur Wiederherstellung des Landes Sachsen –, wurde überhaupt nicht behandelt. Vielen am Runden Tisch erschienen andere Fragen, darunter u.a. auch die, wie der Rat des Bezirkes die Lebensfunktionen Leipzigs aufrechterhält, als wichtiger. Und darüber sind wir zu detaillierten Informationen gekommen, etwa wieviel Raketen über Sylvester Brände verursacht haben, wie viele Verkehrsunfälle es gab, und – das ist bestimmt eine wichtige Sache, aber man muß sich überlegen, ob das vom »Runden Tisch« jetzt behandelt werden muß – wieviel Mülldeponien zusätzlich eingerichtet werden müssen, weil die Stadt nicht mehr in der Lage ist, den Müll abzutransportieren, und ähnliche Fragen.

Darüber hinaus ging es um die Frage der allmontäglichen Demonstrationen. Außer der »Initiative Frieden und Menschenrechte« hielten es alle für sinnvoll, einen Beschluß darüber zu fassen, daß die montäglichen Kundgebungen vor den Demonstrationen entfallen sollen. Wir als »Initiative Frieden und Menschenrechte« bedauern das sehr, weil gerade die Demonstrationen in Leipzig das eigentliche Rückgrat der Bürgerbewegung in der DDR sind.

Frage: Wer sitzt denn am Runden Tisch, und hat der Runde Tisch überhaupt die Legitimation, die montäglichen Kundgebungen außer Kraft zu setzen?

Antwort: An dem Runden Tisch sitzen die sieben DDR-weit operierenden oppositionellen Gruppierungen, die fünf etablierten Parteien, der FDGB, der VdgB, der DFD und eine unabhängige Frauenbewegung. Außer einer dieser Gruppierungen ist zu Beginn der Demonstrationen keine der anderen 15 in Erscheinung getreten. Und da die Demonstrationen überhaupt der Ausdruck des Willens der Bevölkerung in Leipzig sind, die Zustände endlich in Richtung auf

Demokratie zu verändern, denke ich nicht, daß der Runde Tisch ein Gremium ist, das über die Fortführung oder den Bestand der Montagsdemonstrationen zu entscheiden irgendeine Legitimation hat.

Frage: Der Runde Tisch scheint keiner demokratischen Kontrolle zu unterliegen. Wer hat ihn einberufen? Wie ist er eigentlich entstanden?

Antwort: Der Runde Tisch hat keine Legitimation von der gesamten Bevölkerung. Er ist entstanden auf Grund des Willens sämtlicher politischen Kräfte in der DDR. Diese haben sich an einen Tisch gesetzt, um über die zwischenzeitliche Übergangsphase bis zu freien und geheimen Wahlen wichtige Entscheidungen zu fällen. Die Vertreter des Runden Tisches sind nur durch ihre jeweiligen Organisationen, Parteien und Gruppierungen legitimiert.

Frage: Aber der Runde Tisch greift doch jetzt direkt in das politische Geschehen ein. Ist da nicht das Problem gegeben, daß sozusagen Zustände wie vorher wieder einreißen, wo die SED ohne jede Legitimation die politischen Entscheidungen gefällt hat?

Antwort: Ich bedauere, daß sich gestern abend manche politischen Kräfte, die weder im September noch im Oktober an den politischen Veränderungen gearbeitet haben, jetzt das Recht herausnehmen, über die Demonstrationen, die Demonstrationen der Mehrheit der Bevölkerung sind, zu entscheiden. In Bezug auf die Demonstrationen sollte die Bevölkerung insofern Einfluß nehmen, als sie das selbst wie im September macht: Wenn sie es für nötig hält, für ganz bestimmte Ziele zu demonstrieren, dann sollte sie das tun – ohne irgendeine Partei oder Gruppierung zu befragen. Und die »Initiative Frieden und Menschenrechte« wird das Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen und der Interessengruppen unterstützen. Es geht nicht darum, daß Parteien oder Gruppierungen für die Bevölkerung Politik machen. Es geht zum einen darum, daß die Bevölkerung die Kultur des politischen Streites ausüben kann, und zum anderen, daß sie sich aktiv in die Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, einmischt.

Frage: Eine organisierte Einflußnahme der Bevölkerung auf die Entscheidungen des Runden Tisches ist also nicht vorgesehen?

Antwort: Die politischen Parteien und Gruppierungen gehen davon aus, daß sie gemeinsam die wichtigsten Interessen der Bevölkerungsschichten repräsentieren. Insofern schließt dieses Modell aus, daß die Bevölkerung auf einem direkten Weg Einfluß auf die Entscheidungen des Runden Tisches nehmen kann. Es besteht aber die Möglichkeit, daß jeder sich in Gemeinschaft zu einer Interessengruppe zusammenschließt, die am Runden Tisch des Bezirkes ein Rede-, Antrags- und Vorschlagsrecht hat.

Frage: So wie ich gehört habe, gibt es neben dem Runden Tisch noch eine weitere Institution in Leipzig, die heute direkt politisch in die Entscheidungen eingreift. Das ist das Bürgerkomitee. Wie ist das entstanden, wie setzt es sich zusammen, und über welche Legitimation verfügt dieses Bürgerkomitee? Welche Möglichkeiten hat die Bevölkerung, sich mit Anliegen an dieses Bürgerkomitee zu wenden?

Antwort: Das Bürgerkomitee, was es heute in Leipzig gibt, geht aus seinen Initiativmitgliedern hervor. Das heißt, es haben sich Leute auf Grund zweier Problemfelder zusammengefunden, nämlich des Problems der Korruption und des Amtsmißbrauches, und auf Grund des Problems der Weiterarbeit des Staatssicherheitsdienstes. Die Mitarbeiter dieses Bürgerkomitees bedürfen keiner parteipolitischen Legitimation. Jeder Bürger kann mitarbeiten. Er muß nur angeben, in welchem thematischen Bereich er mitarbeiten will. Insofern unterscheidet sich das Bürgerkomitee vom Runden Tisch.

Frage: Welche Aktivitäten macht das Bürgerkomitee?

Antwort: Das Bürgerkomitee versucht die Umstrukturierung in Richtung Demokratie zu unterstützen, anzuregen und zu kontrollieren. D.h. also, es versucht nicht – im Gegensatz zum Runden Tisch – einen Grundkonsens, eine Grundabstimmung der politischen Gruppierungen herzustellen.

Auf Grund von Einzel- oder Interessenaktivitäten versucht es, direkt in die bestehenden Entscheidungsabläufe einzugreifen. Der alte Apparat besteht weiter, und es gibt hier den großen Streitpunkt, ob die alten Gesetze nicht mehr gelten und ob es sich hier um einen rechtsfreien Raum handelt, oder ob noch die alten Gesetze weitergelten. Da gehen die Meinungen sowohl in der Opposition als auch in der Exekutive und Legislative völlig auseinander. Das stellt ein gewisses Problem dar. Aber auf Grund des Zulaufes, den das Bürgerkomitee hat, weil es ein ziemlich hohes Ansehen gerade in der Bevölkerung Leipzigs genießt, hat das Bürgerkomitee einen viel wichtigeren Stand im Leben der Stadt, als beispielweise der Runde Tisch. Es kann auch handgreifliche Erfolge für die Bevölkerung nachweisen.

Frage: Hat das Bürgerkomitee sozusagen Exekutive und Legislative in einer Hand vereinigt?

Antwort: Nein, das kann man so nicht sagen. Es versucht in die Verwaltungsreform und Umstrukturierung der Gesellschaft, die jetzt von allen politischen Kräften angestrebt, aber auf Grund der Bürokratie noch verschleppt wird, fördernd einzugreifen oder diese gerade erst anzuregen. Ich denke da z.B. an die Frage der Vernichtung von Akten. Das betrifft gar nicht so sehr die Staatssicherheit. Als es im Dezember darum ging, die Bezirksverwaltung zu kontrollieren, da war da nicht mehr so viel zu holen. Das betrifft vor allen Dingen alle Bezirksleitungen der SED, wo wichtige Akten – auch wichtige Wirtschaftsdaten – vernichtet werden, die sowohl für eine zukünftige Landes- als auch DDR-Regierung von Bedeutung wären.

Frage: Das Bürgerkomitee schafft sich doch aber sozusagen seine eigenen Gesetze und setzt diese gleichzeitig um?

Antwort: Das Bürgerkomitee versucht der Regierung der DDR auf Grund seiner Experten klarzumachen, daß wir eine gesellschaftliche Situation im Lande haben, die es notwendig macht, daß sämtliche gesellschaftlichen Kräfte und Einzelpersonen sofort in die Entscheidungen eingreifen. Und damit dieses nicht im Chaos endet, hat es den Vorschlag unterbreitet – und die Regierung hat ihn akzeptiert –, daß die Bürgerkomitees in Abstimmung mit einem Beauftragten der Regierung, Befugnisse übernehmen. Das heißt ganz konkret, die Bürgerkomitees haben über jede ihrer Aufgaben, die sie gerne durchführen wollen, auch an den kommunalen Verwaltungen vorbei, vorher hart mit dem jeweiligen Vertreter des Ministerrates bzw. des Ministerpräsidenten darüber zu verhandeln.

Frage: Also das Bürgerkomitee spricht sämtliche seiner Maßnahmen mit einem Vertreter der Regierung Modrow ab?

Antwort: Prinzipiell ja. Es gibt also Aufgaben, die das Bürgerkomitee durchführt, die prinzipiell mit der Regierung Modrow einmal abgesprochen worden sind und als Exekutivaufgaben dem Bürgerkomitee von der Regierung überantwortet worden sind. Es gibt auch spezielle Fälle, die von Mal zu Mal abgesprochen werden müssen. Das Bürgerkomitee hat Ausweise bekommen, um sich ausweisen zu können.

Frage: Also die Staatsanwaltschaft muß handeln, wenn es das Bürgerkomitee verlangt?

Antwort: Wenn für beide Seiten ausreichende Gründe vorliegen, kann das Bürgerkomitee der Staatsanwaltschaft z.B. sagen, daß bestimmte Räume versiegelt werden sollen, um bestimmte Kontrollen durchzuführen. Ich muß hierzu sagen, daß im großen und ganzen das auch ganz problemlos funktioniert, nur in einzelnen Fällen hat sich die Staatsanwaltschaft quer gestellt. Dann ist es zu harten Auseinandersetzungen gekommen. Es ist natürlich auch die Frage gestellt worden, wie auch schon am Runden Tisch, ob das nicht nur alles Scheinspielereien sind, um die Bevölkerung zu beruhigen.

Frage: Hast Du ein Beispiel dafür, wo sich die Staatsanwaltschaft geweigert hat?

Antwort: Die Staatsanwaltschaft hat sich z.B. geweigert,

im Hotel Merkur Mitte Dezember Räume zu durchsuchen bzw. sogar zu versiegeln. Auf Grund der Erkenntnisse des Bürgerkomitees gab es den Verdacht eines illegalen Kunsthandels, der über eine holländische Zweigfirma im Auftrag eines ziemlich hohen Parteigenossen der jetzt sich nennenden SED-PDS abgewickelt wurde. Das Bürgerkomitee hat Hinweise, daß die beauftragten Staatsanwälte auf Grund von Verbindungen mit der Bezirksleitung die Versiegelung der Räume und die Kontrolle aus ganz bestimmten Interessen nicht vorgenommen haben.

Frage: Wie war der Fall bei dem StaSi-Gebäude?

Antwort: Wie die Vertreter des »Demokratische Aufbruchs« und des »Neuen Forums« in das Staatssicherheitsgebäude gekommen sind, bleibt für uns im Dunkeln. An dem Abend, wo das geschah, wurde Vertretern der »Initiative Frieden und Menschenrechte« der Zugang verweigert. Die Initiative wurde dann einen Tag später hinzugezogen. Wir haben dort die Erfahrung gemacht, daß die Staatsanwaltschaft im Prinzip so schnell wie sie konnte reagiert hat. Allerdings haben wir auch die Erfahrung gemacht, daß die eigenen Siegel des Bürgerkomitees von unbekannten Personen aufgebrochen worden sind. In dem Altbau des StaSi-Gebäudes befand sich so gut wie nichts mehr, außer etwas Schulungsmaterial. Das heißt ganz konkret, daß die entscheidenden Dokumente schon vorher vernichtet oder verbracht waren. Insgesamt muß man aber sagen, daß die Arbeit im Bezirksgebäude der Staatssicherheit schon einen politischen Erfolg darstellte, weil die Räumlichkeiten nicht mehr für die Tätigkeiten der ehemaligen StaSi nach innen, d.h. gegen die Bevölkerung, benutzt werden können. Für Überwachungs- und Abhörtätigkeiten mußte sich die Staatssicherheit neue Räume suchen. So ist sie zumindest stark behindert worden in ihrer Arbeit. Das ist ein politischer Erfolg.

Frage: Aber sie existiert weiter?

Antwort: Die Staatssicherheit existert weiter, und ich weiß von Freunden aus dem Bürgerkomitee und auch von Mitarbeitern der »Initiative Frieden und Menschenrechte« in Leipzig, daß sie teilweise wieder beschattet werden.

Frage: Die Grundstruktur der Staatssicherheit ist also weiter existent?

Antwort: Ob die Grundstruktur so noch weiter existiert, weiß ich nicht. Aber uns liegen Erkenntnisse vor, daß Teile der Staatssicherheit auch die Arbeit nach innen weiter durchführen.

Frage: Ich habe hier von Leuten gehört, daß sich unter dem sichtbaren Staatssicherheitsgebäude noch weitere 5 Stockwerke befinden, die bisher noch nicht untersucht worden sind. Stimmen diese Gerüchte?

Antwort: Es gibt glaubwürdige Aussagen von Leuten, die beobachtet haben, daß mehrere Stockwerke unter der Erde gebaut wurden. Das ist allerdings nicht unter dem Neubau, sondern unter dem Hofgebäude. Der Eingang könnte eventuell von der Bezirksbehörde der deutschen Volkspolizei ausgehen. Das Bürgerkomitee, das in der Staatssicherheit tätig war, kann nur so viel sagen, daß es von der letzten und der vorletzten Kellersohle des Neubaus keinen Zugang zu weiteren Etagen gibt. Und es ist ja auch heute üblich, daß nicht von der letzten oder vorletzten Kellersohle die Zugänge zu geheimen Kellern ausgehen, sondern häufig von anderen Objekten oder Räumen aus. Das läßt sich bei der Weitverzweigtheit im einzelnen nicht nachweisen und weder positiv noch negativ beantworten.

Klar ist es , daß das große Kanalsystem, dessen Beginn in der Neuzeit angelegt worden ist, in Leipzig für niemanden mehr nachvollziehbar ist. Es sollte mal eine U-Bahn gebaut werden, und da gibt es eine Menge Schächte. Es hat sich auch ein Maurer gemeldet, der im November einen dieser Zugänge zugemauert hat. Die deutsche Volkspolizei hat sich bis heute geweigert, diesen Zugang zu sichern oder aufzumachen.

Frage: Worauf stützt sich das Bürgerkomitee?

Antwort: Es hat Ende November, Anfang Dezember verschiedene Aufrufe von Initiativgründungen von Bürgerkomitees gegeben. Das waren damals noch thematisch orientierte Bürgerkomitees, die unabhängig voneinander gearbeitet haben. Zur Korruption und Amtsmißbrauch, zur Bildung von Betriebsräten, zum Gesundheitswesen und zur Staatssicherheit. Da hat es verschiedene Aufrufe gegeben, die teilweise auch von der mit Lizenzgenehmigung ausgestatteten Regionalpresse abgedruckt worden sind. Sie fanden eine große Resonanz in der Bevölkerung.

Frage: Wie arbeiten die Bürgerkomitees?

Antwort: Diese Bürgerkomitees haben jetzt vereinbart, ein zentrales Bürgerkomitee zu bilden, wo alle einzelnen Bürgerkomitees, die es vorher gab, als thematisch mehr oder weniger selbständige Ausschüsse weiterarbeiten. Diese sind offen für jeden Bürger, der dort mitarbeiten will.

Frage: Wie groß sind diese Bürgerkomitees?

Antwort: Das kann man kaum sagen, um die 100 insgesamt. Und jeder dieser Ausschüsse hat dann noch seine Gesprächskreise.

Frage: Sind die Betriebe auch durch das Bürgerkomitee erfaßt?

Antwort: Ja, die Betriebe sind teilweise auch erfaßt, die Leipziger Verkehrsbetriebe, die Kirow-Werke... Hier handelt es sich vorrangig um Betriebsräte, aber es werden auch die Fragen der Arbeitsbedingungen diskutiert. Es ist z.B. so, daß in den Leipziger Verkehrbetrieben die Arbeiter arbeitsgesetzbuchwidrig Doppelschichten und verlängerte Schichten fahren müssen, oder auch sogenannte Kurzwechsel haben, woraufhin es auch zu Unfällen im Dezember gekommen ist. Um diese Probleme rankt sich die Mitarbeit von Leuten direkt aus den Betrieben, von Betriebsgruppen.

Frage: Das heißt, die Betriebsräte sind nicht durch das Bürgerkomitee zusammengefaßt, sondern es ist sehr unterschiedlich – von Betrieb zu Betrieb –, ob sie am Bürgerkomitee beteiligt sind?

Antwort: Ja, allerdings ist es so, daß das Bürgerkomitee die Entstehung von Betriebsräten fördert. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß diejenigen, die gute Erfahrungen mit Betriebsräten gemacht haben, diese an andere Betriebe weitergeben und auch helfen, die Hindernisse, die die Betriebsleitungen der Wahl von Betriebsräten in den Weg legen, auszuräumen. Es gibt so eine Art Nachbarschaftshilfe, dem Nachbarschaftskombinat wird geholfen.

Frage: Gibt es einen Zusammenschluß der Betriebsräte?

Antwort: Es gibt nur insofern einen Zusammenschluß der Betriebsräte, daß Vertreter der Betriebsräte in dem Ausschuß des Bürgerkomitees sind. Die tauschen sich dort über ihre verschiedenen Verfassungen, die verschiedenen Probleme aus. Es ist aber nicht insoweit spezialisiert, daß es sich auf Wirtschaftsbereiche aufteilt.

Frage: Bestrebungen zu einer unabhängigen Gewerkschaft gibt es hier in Leipzig nicht?

Antwort: Bestrebungen zu einer unabhängigen Gewerkschaft gibt es auch in Leipzig, allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Leute speziell an ihren Interessen arbeiten wollen, und mit einem allgemeinen Begriff, wie „unabhängige Gewerkschaften", der für sie vor Ort nicht faßbar ist, nicht so gut umgehen können. So daß ich den Eindruck habe, daß das langsam von unten wächst. Das ist auch notwendig, wenn man bedenkt, daß jetzt Betriebsteile geschlossen werden sollen, Umsetzungsverträge gemacht werden. Die Leute in den Betrieben merken, daß sie, gerade was Doppelschichten und kurze Wechsel anbelangt, Dinge machen, die selbst von unserem Arbeitsgesetzbuch her nicht zulässig sind.

Frage: Eine abschließende Frage: Warum fanden die freien Wahlen nicht sofort statt?

Antwort: Eine schwierige Frage, allerdings habe ich auch noch heute den Eindruck, daß viele die Wahlen zu einem möglichst späten Zeitpunkt wollen, weil sie meinen, für den Wahlkampf noch Zeit zu brauchen. Ich – und das ist meine ganz persönliche Meinung – denke, daß die DDR, daß die Länder und daß die Kommunen so schnell wie möglich eine durch das Volk legitimierte Regierung brauchen, und ich hoffe, daß die Termine möglichst noch im April und Mai sind. Das Problem ist, daß die Forderung nach freien Wah-

len da war, bevor Parteien gegründet wurden. Es ist klar, daß die SED daran interessiert war, daß die Wahlen spät stattfinden, weil die Partei in einem desolaten Zustand ist.

Frage: Was sind Deiner Meinung nach die ganz zentralen nächsten Aufgaben?

Antwort: Ich denke, die gesamte Wirtschafts- und Verwaltungsbürokratie, die verantwortlich ist für den Zustand dieses Landes, neben einer gewissen Trägheit der Bevölkerung, die es sicher auch gegeben hat, muß schleunigst ausgewechselt werden. Die Staatsanwälte, die jahrzehntelang ihren Deal mit der Staatssicherheit gemacht haben, müssen entlassen werden – und das gleiche trifft auf die Richterschaft zu, die nicht Recht gesprochen hat. Das trifft auch auf die Entscheidungsprozesse verschleppenden Verwaltungsorgane der Stadtbezirke, der Räte der Städte, der Räte der Kreise, der Räte der Bezirke usw. zu. Erst wenn das passiert ist, gibt es eine annähernde Garantie, daß Dinge, die in Arbeit oder angedacht sind für den Aufbau von Demokratie, wirklich umsetzbar und für den Einzelnen an der Basis spürbar werden.

Frage: Warum ist das noch nicht geschehen? Der Wille der Bevölkerung war doch da?

Antwort: Alle Veränderungen sind von oben durchgeführt worden, oder auf Grund des Druckes der Bevölkerung. Der Organisationsgrad der Bevölkerung hat noch nicht ausgereicht, um sich gegen die Bürokratie durchzusetzen, d.h. sie zu entmachten.

Frage: Das heißt doch, daß im Zentrum die Frage nach der Organisierung der Bevölkerung steht?

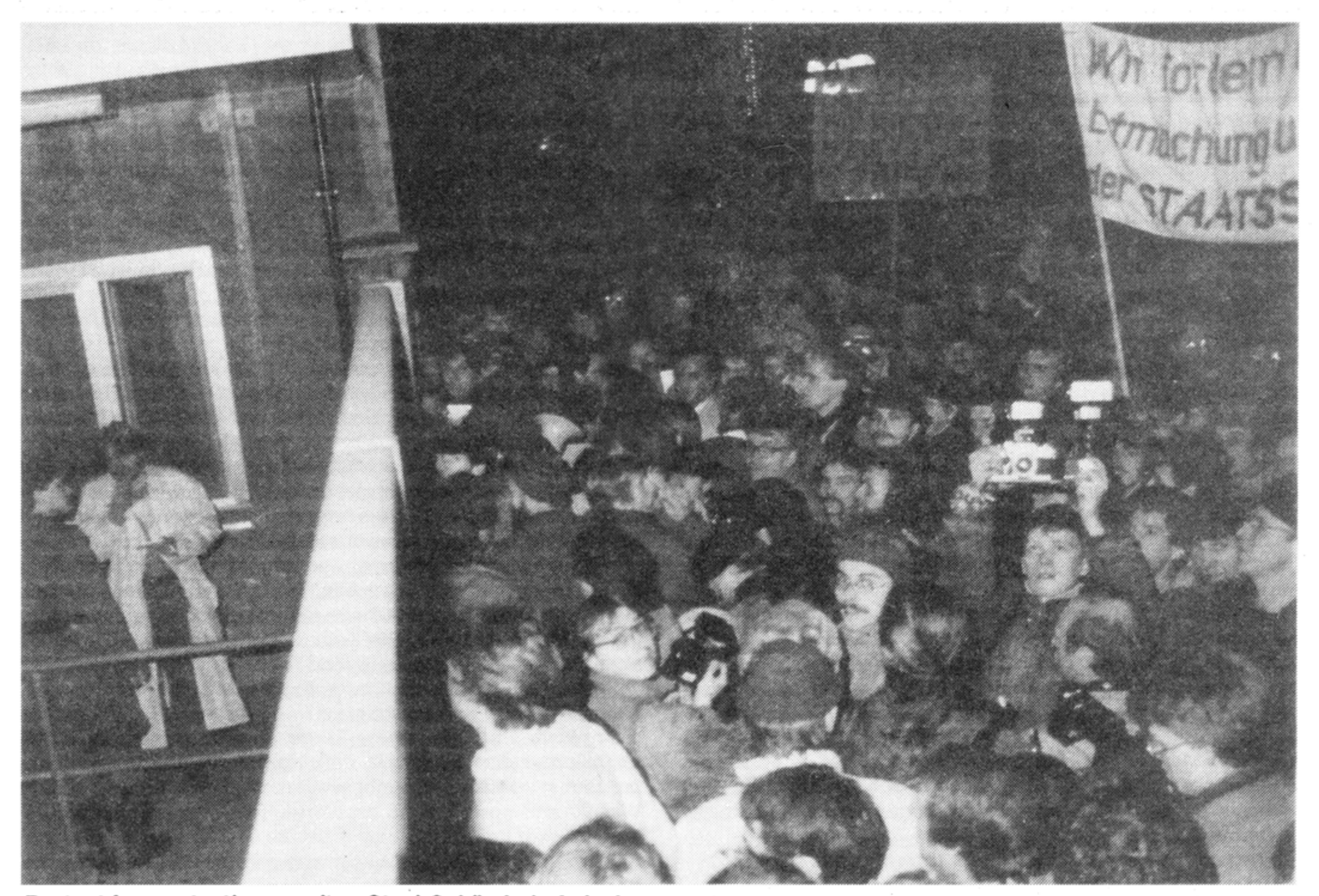
Antwort: So ist es, das denke ich auch.

Presseerklärung oppositioneller Gruppen zur Montagsdemonstration

Entgegen den Absprachen am Runden Tisch des Bezirks vom 2. 1. '90, künftig zur traditionellen Montagsdemonstration auf eine Kundgebung zu verzichten, haben sich die oppositionellen Gruppen Initiative für Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, SDP entschieden, so schnell wie möglich wieder Ansprachen auf dem Karl-Marx-Platz zu organisieren und selbst zu gestalten.

Der Grund für diese gewandelte Entscheidung ist die Kampagne der SED, vor allem im »Neuen Deutschland« und in der »Aktuellen Kamera«, die oppositionellen Gruppen durch eine nachteilige Berichterstattung zu verunglimpfen und sich selbst unangemessen breit und einseitig in den Vordergrund zu schieben. Wir waren der Ansicht, daß die Demonstration am Montag nicht der geeignete Ort für den Wahlkampf ist, die SED zwingt uns aber durch ihr Vorgehen zum Handeln.

Wir appellieren an dieser Stelle noch einmal eindringlich an alle, den zu erwartenden Wahlkampf ausschließlich mit friedlichen, gewaltfreien Mitteln zu führen. Angriffe gegen Minderheiten auf der Demonstration halten wir für sehr bedenklich und dem gemeinsamen Ziel einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft für abträglich. Wir werden unser Ziel, das Machtmonopol der SED zu brechen, nur erreichen, wenn die Montagsdemonstration ihren ausschließlich friedlichen Charakter behält und alle Panikmache der SED gegen eine rechte Gefahr, die die Restauration des Sicherheitsapparates rechtfertigen soll, ins Leere greift.



Protestdemonstration vor dem Stasi-Gebäude in Leipzig;

Bericht von der SPD–Delegiertenkonferenz

Wir fordern unsere Hand aus dem Parteiabzeichen zurück

Dies war das erste Motto der Delegiertenkonferenz der Sozialdemokraten in der DDR vom 12. bis 14.1.1990 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz in Berlin , unter tosendem Beifall von der alten Rostocker Genossin Käte Waltemath am ersten Tag den Delegierten zugerufen.
Dieser Ruf symbolisiert den Willen der Delegierten, nicht nur aus der Umklammerung der SED auszubrechen sondern auch ihre Macht in den Wahlen zu brechen. Hatte der Vorstand noch kurz vor der Konferenz vorgeschlagen, ein Wahlbündnis der sechs neuen politischen Gruppierungen SDP, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte und Vereinigte Linke zu bilden, um die Kraft zu haben, die SED in den Wahlen zu schlagen, so sind die Delegierten einen anderen Weg gegangen. Sie schlossen eine Listenverbindung mit anderen Parteien und Gruppierungen grundsätzlich aus, wenn sie auch keinen Wahlkampf gegen die neu entstandenen demokratischen Gruppen führen wollen, mit denen sie aus der Zeit der Illegalität verbunden sind. Eine Koalitionsaussage wurde nicht getroffen außer der Selbstverständlichkeit, daß eine Koalition mit der SED grundsätzlich ausgeschlossen ist. Die Frage nach einer eventuellen Koalition mit bürgerlichen Kräften blieb in der Diskussion kontrovers und wurde nicht entschieden.

Beschluß zur Koalitionsfrage
angenommen von der Delegiertenkonferenz der SPD am 13. 1. 1990

Wir bekräftigen unsere Absicht, gemeinsam mit der demokratischen Opposition im Wahlkampf dafür einzutreten, daß die SED durch den Willen des Wählers entmachtet wird.
Wir wollen mit den anderen demokratischen oppositionellen Gruppen und Organisationen in engem Kontakt bleiben und gegen sie keinen Wahlkampf führen. Das ist auch wichtig für die Arbeit am runden Tisch..
Eine klare Bündnisaussage kann erst durch den ersten Parteitag oder nach ihm erfolgen.
Eine gemeinsame Liste kommt für uns nicht in Frage!
Als Koalitionsaussage ist jetzt definitiv nur eine möglich: Keine Koalition mit der SED.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation

So beginnt die deutschlandpolitische Erklärung. Während die Erklärung des Vorstands vor der Konferenz weitergeht mit der Aussage

> Sie muß von beiden deutschen Staaten gestaltet werden,

wurde die Konferenz hier viel konkreter. In der einstimmig beschlossenen Erklärung heißt es nach dem ersten Satz:

> Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung der DDR wird die notwendigen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit in Abstimmung mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehen. Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen.

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands (ohne Zusatz)

Unbestrittener Höhepunkt der Konferenz war zweifellos die Abstimmung über den Namen der Partei. Der Wunsch nach einem einheitlichen Namen der deutschen Sozialdemokratie spielte in den meisten Basisgruppen von Anfang an eine große Rolle. Die Kollegen aus den Betrieben, die Bürger aus den Stadtvierteln strömten beim ersten Nachlassen der Repression in ihre sozialdemokratische Partei, die für sie die Partei Bebels aber auch die Partei Willy Brandts ist. Die Vertauschung der Buchstaben im Namen, SDP, wurde als so störend empfunden, daß etliche Basisgruppen sich von Anfang an SPD nannten. Um die Frage zu klären, wurde eine Vorabstimmung über den Namen anläßlich der Delegiertenwahl organisiert. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder in den Basisgruppen votierte für SPD, weil sie den Gedanken an eine Trennung oder gar Spaltung der deutschen Sozialdemokratie nicht ertragen konnte - hatte doch der von den Besatzungstruppen 1945 erzwungene getrennte Aufbau der SPD in den Zonen es den Stalinisten erleichtert, sich den Ostteil der Partei, damals mehr als 500000 Genossen, einzuverleiben.
Die Delegiertenkonferenz beschloß gegen nur 6 Stimmen, bei 24 Enthaltungen den einheitlichen Namen SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Markus Meckel vom Vorstand und einer der Gründerväter beantragte, dem Namen den Zusatz DDR, wenn auch in Klammern, hinzuzufügen, was jedoch mit Zurufen "ohne Zusatz" zurückgewiesen wurde.
Als erster nach dieser Abstimmung sprach Egon Bahr, der zuvor schon mit minutenlangem Beifall, der in stehende Ovationen überging, begrüßt wurde. Er kennzeichnete diese Abstimmung als eine historische Abstimmung nicht nur für die Geschichte der Partei sondern auch für
die Geschichte Deutschlands. Er schlug außerdem eine Konföderation der beiden SPDs vor und sicherte - wie die anderen Vertreter der SPD aus Westdeutschland Umfangreiche Hilfe zu. Dies ist im beginnenden Wahlkampf bitter nötig, hat doch die SPD bis heute nicht einmal eine Wochenzeitung oder ein Informationsblatt für Mitglieder, während die SED nach wie vor den Zeitungsmarkt Ostdeutschlands beherrscht.

Doch es gab auch ungelöste Probleme:

Markus Meckel sagte in seiner großen programmatischen Rede am letzten Tag, daß die Sozialdemokratie nichts verheimlichen wolle und vertrat die Auffassung, daß es in jedem Fall Arbeitslosigkeit geben werde, wenn westliches Kapital in den Kombinaten investiert wird. Er trat für ein nicht näher bezeichnetes Arbeitsbeschaffungsprogramm und für die Bildung einer Arbeitslosenversicherung ein. Der letzte Vorschlag bedeutet jedoch, daß die Arbeitslosigkeit eine Dauereinrichtung wird. Hierzu gab es auf der Konferenz auch andere Stimmen. Es wurde von der Partei eine konsequente Arbeitnehmerpolitik verlangt, die Unterstützung von starken und unabhängigen Gewerkschaften zur Kontrolle der Verhandlungen mit westdeutschen Unternehmen und zur Sicherung der Interessen der Kollegen.
Die Konferenz hat eine politische Perspektive zur Brechung der Macht der SED gegeben - der Parteitag vom 22. bis 26. Februar in Leipzig muß diese Perspektive in die Betriebe tragen und ein Wahlprogramm verabschieden, daß die Arbeiterinteressen vertritt und die Perspektive der Einheit Deutschlands durch das Programm für eine Arbeiterregierung in ganz Deutschland konkretisiert.

Horst Uebelgünn

Erklärung zur deutschen Frage
angenommen von der Delegiertenkonferenz am 14. 1. 1990 in Berlin

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung der DDR wird die notwendigen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit in Abstimmung mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehen. Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen. Eine sozialdemokratische Regierung wird einen Wirtschafts- und und Währungsverbund als vorrangige Aufgabe in Angriff nehmen. Alle Schritte des deutschen Einigungsprozesses müssen in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß eingeordnet sein. Denn wir wollen die deutsche Einheit nur mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn. Ihre Grenzen sind für uns unantastbar. Wir erstreben eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung. Wir sehen dabei für uns die besondere Verantwortung, den Demokratisierungsprozeß und die wirtschaftliche Erneuerung in Osteuropa zu fördern

Interview mit Eveline Heinemann

(Hinweis der Redaktion: Eveline Heinemann ist Vorsitzende des SPD-Kreises Berlin-Lichtenberg)

Frage: Die SPD hat einen Vertreter in die Regierung Modrow entsandt, was ist Deine Position dazu?

E.H.: Wir hatten auf der Landes-delegiertenkonferenz eigentlich uns deutlich abgegrenzt und gesagt, Eintritt in die SED-Regie-rung erst unter den Umständen, daß eindeutig die Verantwort-lichkeit geklärt wird und nur unter der Bedingung, daß die SED Konkurs in weitestem Sinne anmeldet. Ich bin also der persönlichen Meinung, daß ein Eintritt jetzt unter den noch nicht geklärten Bedingungen falsch ist. Die SED hat die wichtigsten Ministerposten nach wie vor besetzt und nach wie vor stellen sich in weitestem Sinne bezeichnende Skandale heraus, siehe auch jetzt die ehemalige Finanzministerin. Damit schwindet das restliche Vertrauen. Bevor nicht eine eindeutige Abgrenzung ist, die bis in die mittlere und untere Ebene geht, wo ja der Mechanismus SED immer noch wunderbar funktioniert, sollte man nicht in der jetzigen Phase in die Regierung mit einsteigen. Die Schuldfrage steht nachher: Auch du warst beteiligt.

Die Notlage, die zur Zeit in der DDR-Wirtschaft herrscht, müßte auch mit ganz eindeutigen Worten von unserer Regierung formuliert werden. Entweder wir legen komplett die Arbeit nieder und besetzen neu oder aber wir führen das, was wir angefangen haben, die übertragene Verantwortung, mindestens wie ursprünglich avisiert, bis zum 6. Mai zu Ende. Auch mit der jetzt vorgezogenen Variante der Wahlen ist nach meiner Meinung kein guter Treffer gelandet. Alle anderen Gruppen, welche sich noch immer fächerartig entfalten, haben nicht die Möglichkeit, sich in irgendeiner Form einzubringen, weil die Zeit einfach nicht ausreicht. Auch die SPD hat zwar eine grobe Formulierung ihres Programmes und hat auch Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit bestimmten Ressorts beschäftigen aber um einen echten Wahlkampf führen zu können, müssen wir jetzt tagtäglich die gesamte zur Verfügung stehende Freizeit einsetzen, damit wir auch tatsächlich bürgernah sind, wissen, was will unser Volk und wie sieht die SPD da eine Möglichkeit, rauszukommen. Jetzt in den drei Wochen bis zu den Wahlen haben wir sowieso keine Chance, etwas zu verändern und nach den Wahlen stehen wir vor gewaltigen Aufgaben, die wir womöglich auf uns allein gestellt, falls wir die Wahlen gewinnen, auch nicht lösen können. Wir brauchen da sicherlich Unterstützung von der SPD anleitungsmäßig ohne eine Umklammerung von der westlichen Seite oder aus dem Potential der DDR-Bürger, die sich bis dahin nicht politisch engagiert haben, damit das Vertrauen, das uns jetzt als Vorschuß entgegengebracht wird, auch in irgendeiner Form gerechtfertigt ist.

Die Form der angestrebten Linie der Einheit Deutschlands sehe ich unter der Bedingung, daß unsere Wirtschaft jetzt völlig am Boden ist, und daß wir soziale Bedingungen, die wir hätten irgenwann noch stellen können, jetzt als Anliegen des DDR-Volkes gar nicht mehr einbringen können in Form einer Wiedervereinigung oder Einheit Deutschlands und unsere Position wird in dieser Richtung, je länger die Regierung nicht voll handlungsfähig ist, immer kritischer.

Frage: Es ist anzunehmen, daß die SPD die Wahlen am 18. März gewinnen und die Regierung stellen wird. Welche Aufgaben hältst Du für vorrangig für eine SPD-Regierung in der DDR?

E.H.: Ich bin erstmal der Meinung, daß eindeutig gesetzliche Veränderungen in Kraft treten müssen, daß der Werktätige sein Recht auf Arbeit haben muß. Daß das irgendwo verankert wird, daß in diesem Zusammenhang auch die Gewerkschaft oder, wenn wir sie anders nennen wollen, die Betriebsräte wichtige Funktionen einnehmen, damit wir die soziale Stellung, die unsere Leute haben, in irgendeiner Form halten können. Ich bin aber auch der Meinung, daß man zielstrebig auf die Einheit der Nation hinarbeiten muß aber daß das nicht eine Sache über Nacht sein kann sondern vertraglich vorher unter bestimmten Bedingungen abgestimmt werden kann, damit die Leute auch sehen, es geht aufwärts.

Frage: Wie soll die Ausgestaltung der Einheit Deutschlands durch eine SPD-Regierung in der DDR aussehen?

E.H.: Ich würde denken, es bedarf auch in dieser Richtung eindeutiger vertraglicher Grundlagen, die jeder von seiner Seite aus einbringt, und die man gemeinsam, also wenn beide Staaten diese Einheit auch tatsächlich wollen, dann abstimmt, was ist gewährleistet, was ist das Positive aus der Bundesrepublik und muß oder kann übernommen werden und welche Dinge sind in der DDR, speziell in der sozialen Seite, positiv und müssen unbedingt erhalten bleiben. Für mich persönlich steht auch die Frage des Grund und Bodens, das ja mit das Einzige, was hier noch nicht zur Diskussion stand. Es gibt ja diverse Grundstücke, die in Treuhandschaft sind, da betrifft es viele Leute, die wissen wollen, wenn wir die Einheit haben, was passiert damit. Ist das alles jetzt an die ursprünglichen Besitzer abzutreten?

Dann ist für mich auch interessant, wie können wir so schnell wie möglich unsere Währung konvertierbar machen? Welche Varianten gibt es da? Ist eine Abwertung unseres Geldes vorauszusehen? 40 Jahre lang haben wir unter den Bedingungen gelebt, daß unsere Währung nicht konvertierbar war. Wir wollen natürlich jetzt auch ein bißchen an den Lebensstandard ran. Der westliche Bürger muß also einen Schritt zurücktreten, damit sein Nachbar ein wenig vorankommt und von der Seite sehe ich da auch noch Probleme auf uns zukommen.

Frage: Wen siehst Du hauptsächlich als Ansprechpartner der SPD unter den Kräften der Bundesrepublik im Hinblick auf die Vereinheitlichung des Landes?

E.H.: Ich würde Schmidt sehen, ich würde eventuell auch Vogel sehen, SPD, nicht so sehr Lafontaine, weil er mir doch etwas sehr kritisch erscheint und ich als Berlinerin stehe natürlich auf Willy Brandt!

Frage: Welche Position siehst Du bei Lafontaine kritisch?

E.H.: Er blockt jetzt erst mal die Übersiedlerei ab, was ja zum einen richtig ist, unser Volk rennt ja weg und wir müssen es irgendwo aufhalten, aber ich bin der Meinung, indem ich soziale Abstriche mache, damit halte ich den Prozeß auch nicht auf.

Auszüge aus der Rede der Rostockerin Käthe Woltemath-Krogmann auf der Berliner Delegiertenkonferenz der SPD in der DDR zur Zwangsvereinigung 1946 (FR, 23. 1. 1990)

Die Sozialdemokraten der Stadt und des Kreises Rostock haben mich beauftragt, Euch allen die herzlichsten Grüße, verbunden mit guten Wünschen für das erfolgreiche Gelingen dieser Delegiertenkonferenz zu überbringen. Das tue ich voller Freude, denn wem das Herz so voll ist, dem fließt der Mund über.

Fast 30 Jahre durfte ich nicht zu den Menschen gehen, jedenfalls nicht mit politischen Absichten, denn ich wurde als Feind der SED und der DDR beim Staatssicherheitsdienst geführt. (...)

1946 fanden wir uns zunächst mit der Vereinigung ab. Wir trösteten uns damit, daß wir ja so viele waren und die KPD viel weniger Mitglieder eingebracht hätte und so würden wir unsere sozialdemokratischen Impulse schon ausstrahlen können. Zunächst wurden ja alle Leitungen und Institutionen paritätisch besetzt. Das dauerte ca. nur ein Jahr, dann waren fast überall die Sozialdemokraten schon aus den Leitungsgremien herausgebracht, und Albert Schultz war in Rostock bis 1949 auch der letzte Oberbürgermeister aus der früheren SPD, wenn ich mich recht erinnere. (...)

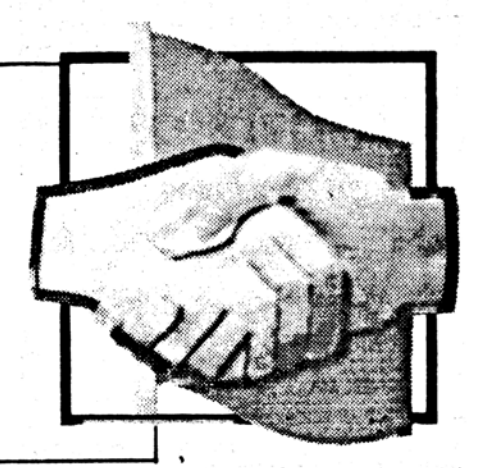
Am 5. Dezember 1958 wurde ich vom Staatssicherheitsdienst, mein Mann am 10. Dezember 1958 von der Kripo, verhaftet.

Mir wurden sofort zwölf Jahre Zuchthaus angedroht. Wegen Bildung einer Widerstandsgruppe Naumann, Kontakte zum Berliner Ostbüro, Hetze usw. Der Inhaftierungsgrund für meinen Mann war, er habe sein Vermögen nach West-Berlin verschoben mit dem Ziel, die DDR zu verlassen. Ich will hier nur sagen, nichts von dem allen hatten wir getan. Aber aus den U-Haftanstalten wurde niemand als Unschuldiger entlassen.

Ich habe nichts gestanden, was ich nicht zu verantworten hatte. Standhaft zu bleiben, war nicht leicht. Ich habe es geschafft. So konnte man kein Geständnis von mir benutzen, um mich für zwölf Jahre — wie angedroht — verschwinden zu lassen.

Von allen Beschuldigungen blieb übrig: Hetze gegen leitende Funktionäre. Es waren aber Wahrheiten, die ich auch den Betreffenden selbst gesagt hatte, wie Selbstmordversuche von betrogenen Ehefrauen, Ausschluß von alten verdienten

Auf der Berliner Delegiertenkonferenz der Sozialdemokraten in der DDR hielt die knapp siebzigjährige Rostockerin Käthe Woltemath-Krogmann eine Rede, bei der den Zuhörern die Tränen in den Augen standen. Sie erzählte ihre eigene Geschichte und malte dabei gleichzeitig die Geschichte ihrer Partei in der DDR — insbesondere seit der „Zwangsvereinigung".



Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der SBZ

–Dokumentation–

Die politische Bedeutung der „Zwangsvereinigung"

Die „Zwangsvereinigung" muß vor allem als Zerschlagung der freien unabhängigen Organisierung der Arbeiterbewegung in der SBZ, sowie als der „erste große Schritt zur Spaltung Deutschlands" charakterisiert werden.

Als am 21. und 22. April 1946 507 KPD-Delegierte und 548 SPD-Delegierte in Berlin im Admiralspalast auf der Friedrichstraße zum „Vereinigungsparteitag" zusammentrafen, repräsentierten sie ca. 600 000 KPD-Mitglieder und 681 000 SPD-Mitglieder in der Sowjetischen Besatzungszone.

Ulbricht sprach von einer *„Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung"*. Doch wie die Dokumente zeigen, mußte diese Vereinigung gegen den Widerstand der Sozialdemokraten erzwungen werden; dieser Akt wurde begleitet von der Verfolgung und Verhaftungen Tausender Sozialdemokraten und der Liquidierung der sozialdemokratischen Organisation in der SBZ.

Damit wurde die Hoffnung vieler Sozialdemokraten und Kommunisten, die gemeinsam im Widerstand gekämpft hatten oder gemeinsam in den KZs eingekerkert waren, 1945 mit dem Aufbau einer einheitlichen Arbeiterpartei endlich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung überwinden zu können, zerschlagen.

Schon im Juni 1945 waren überraschend durch die sowjetische Besatzungsmacht die SPD und die KPD als getrennte Parteien zugelassen worden. Die Angebote der SPD, sofort eine einheitliche Arbeiterpartei zu bilden, lehnte die KPD ab. Im Herbst 1945 schwenkte dann die KPD auf den neuen Kurs der Vereinigung mit der SPD ein. Das war eine Reaktion auf die Tatsache, daß die SPD eine breite Massenbasis behaupten konnte, während die KPD vor allem durch die Übergriffe der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Bevölkerung zunehmend diskreditiert war.

Die im April 1946 erfolgte Zwangsvereinigung und die Spaltung Deutschland führten schließlich zu einer noch tieferen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung als vor 1933 (*).

Diese Dokumentation ist zu beziehen über: Ost-West-Gesellschaft e.V., Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf, und kostet 4,- DM / 4,- M.

(*) Die Oppositionsgruppe der SPD brachte Flugblätter heraus, in denen hieß es: *„Haltet fest an den einmal gefaßten Entschlüssen. Sie heißen nach wie vor: Keine Verschmelzung ohne Parteitag im Reichsrahmen! Keine Zerreißung Deutschlands! Keine Zerreißung der SPD!"*

Mitgliedern unter lügenhaften Beschuldigungen usw. Dafür bekam ich 15 Monate Gefängnis.

Aus dem Zuchthaus Bützow wurde ich 1960 als Invalide entlassen. Mein Prozeß wurde drei Tage lang als Schauprozeß durchgeführt. 200 Karten waren verteilt worden. Die Bevölkerung hatte nicht Ruhe gegeben und verlangte den öffentlichen Prozeß. Mit den vorgenannten lügenhaften Beschuldigungen wurde ich schon einen Monat nach meiner Verhaftung aus der SED ausgeschlossen, obgleich der Prozeß später ergab, daß ich zu unrecht in diesem Umfang beschuldigt worden war. (...)

Laßt mich nun aus der Rostocker Sicht zu Euch sprechen. Nach 44 Jahren ist es das erste Mal, daß sich Sozialdemokraten in der DDR mit ihren trotz Terror und Zwangsvereinigung nicht erkalteten Herzen ganz wieder einbringen können in die Verantwortung um das weitere Schicksal unseres Volkes hier in diesem, unserem Land. Heute aber sind es überwiegend die Töchter und Söhne sowie die Enkelkinder der Sozialdemokraten von vor 1933, als unserer Partei schon einmal das Lebenslicht ausgeblasen und ihren Mitgliedern Verhaftung und Tod angetan wurde.

1945 war es kaum faßbar und zugleich erschütternd, wie viele Menschen in die wiedergegründete SPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone bereits in den ersten Wochen eintraten. Es lagen zwölf Jahre Naziterror und Parteiverbot mit unendlichen Opfern und der Zusammenbruch des Hitlerstaates mit dem Ende des sechs Jahre dauernden völkermordenden Krieges hinter unserem Volk. Der Mitgliederzustrom zur SPD hielt unvermindert an. Von uns erwartete man, daß wir eine gerechte soziale und demokratische Republik mit allen gutwilligen Menschen zusammen errichten würden. Das alles beobachtete die sich ebenfalls wieder formierende KPD mit Besorgnis. Sie sah ihre Felle wegschwimmen. So würde es mit der geplanten Machtübernahme nichts werden. Also mußte die SPD weg, sie war hinderlich, sie stand im Wege. Tapfer haben sich die Sozialdemokraten zunächst noch den vorsichtig geäußerten Wünschen und Empfehlungen zum Zusammenschluß mit der KPD zur Wehr gesetzt. Auch die SPD sah die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses ein, wollte jedoch eine einheitliche Entscheidung in den vier Besatzungszonen herbeigeführt haben. Die SPD-Mitglieder sahen in Rostock prophetisch voraus, daß der in der sowjetischen Besatzungszone allein durchgeführte Zusammenschluß das Ende der Sozialdemokratie in diesem Teil Deutschlands bedeuten würde.

Das Verhältnis der Mitgliederzahl war auf 1:3 angewachsen, d. h., ein Kommunist, drei Sozialdemokraten. Nach Willen der KPD mußte jetzt vereinigt werden. Die KPD nahm die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht ohne Gewissensbisse ihren Klassenbrüdern in der SPD gegenüber in Anspruch.

Es wurde mit Schuldzuweisungen gearbeitet, indem man die Sozialdemokraten beschuldigte, den Machtantritt Hitlers mit herbeigeführt zu haben, weil sie sich Ende der Zwanziger, Anfang der Dreißiger Jahre der Vereinigung widersetzt hatten. Jetzt müsse sie diesen schlimmen Fehler wieder gutmachen, denn die Zukunft Deutschlands erfordere das.

Die Zeit drängte. Am 6. Januar 1946 führte die SPD in Rostock im Stadttheater eine große Mitgliederversammlung durch. Die Mitglieder der Rostocker SPD Willi Jesse, inzwischen Landessekretär in Mecklenburg-Vorpommern, Albert Schultz, Alfred Starosson, Heini Beese u. a. hatten nächtelang nach einer vorsichtigen aber dennoch klaren Formulierung für die ablehnende Resolution gesucht. Die mir noch heute in vollem Wortlaut vorliegende Resolution wurde am 6. Januar 1946 im Stadttheater Rostock einstimmig angenommen. Warum vorsichtig formuliert? Weil sowjetische Offiziere an dieser Großversammlung teilnahmen.

Trotzig und fest klang zum Schluß unser Lied „Brüder in eins nun die Hände" durch das Theater. Die Hände fanden sich, hielten fest und wollten nicht loslassen. Doch wie bald wurden sie für lange Zeit bis in diese unsere Tage hinein gelöst. Jetzt noch einmal das Aufbegehren wagen, noch einmal am 16. 3. 1946 die große Mitgliederversammlung, noch einmal die Resolution. Jetzt gehörte noch mehr Mut zu diesem Tun. Die ersten Verhaftungen wurden bekannt.

Rostock versuchte, ein Zeichen zu setzen, wollte Zeit schaffen für die Urabstimmung in allen vier Besatzungszonen, für Berlin Flagge zeigen, aber wo blieb der Zentralausschuß, die Urabstimmung, wo blieb Otto Grotewohl? Die Partei lebte zwischen Hoffen und Bangen, alle Entscheidungen auf höherer Ebene blieben aus. Jetzt ging es im Zeitraffertempo. Der Druck wurde verstärkt. In vielen Orten des Landkreises berief der Ortskommandant der Roten Armee die Versammlungen ein. Die Abstimmung wurde hier vorab getroffen, wie konnte sie anders als mit Ja ausfallen.

Wieder folgten Verhaftungen. Anfang April 1946 tagte in einem kleinen Kino in Schwerin die Landesdelegiertenkonferenz der SPD. Sie wurde von Willi Jesse geleitet, der jetzt Landessekretär war. Hermann Lüdemann durfte nicht mehr politisch tätig sein.

Die KPD hatte am gleichen Tage in Schwerin ihre Delegiertenkonferenz. Mit ihren wenigen Delegierten tagte sie im großen Staatstheater. Aber das alles war schon ohne Bedeutung. Der Zentralausschuß in Berlin war umgefallen, die Schlacht um das Überleben der SPD war verloren. Mit Gesang und Fahnen, in einer filmreifen Inszenierung marschierte die KPD in das Kino, also bei der SPD-Delegiertenkonferenz, ein.

Die Vereinigung wurde durchgeführt. Wieder „Brüder in eins nun die Hände", nur die KPD sang. Tränen in den Augen die SPD-Mitglieder, sie sorgten sich um ihre Partei und deren Mitglieder. Sie weinten, auch vor Wut und Ohnmächtigkeit. Die KPD jubelte. Willi Jesse machte den Fehler, es nicht zu tun. Damit war sein Schicksal besiegelt. Zweieinhalb Monate später wurde er auf offener Straße in Rostock weggefangen und kam nach acht Jahren als gebrochener, todkranker Mann aus Sibirien zurück.

Heini Beese wurde später, wie auch Albert Schultz und viele, viele andere in den Jahren 1947 und später, verhaftet. Sie befanden sich, wenn nicht in Sibirien, dann in Bautzen. Unter welchen qualvollen Bedingungen sie dort gelebt, gelitten haben und gestorben sind, ist dem Brief zu entnehmen, der im Auftrag von 6000 Gefangenen aus Bautzen im Mai 1950 an die SPD in der Bundesrepublik gerichtet wurde. Herbert Wehner hat ihn im Mai 1950 in Hamburg auf dem dortigen Parteitag verlesen. Es gibt wohl kaum ein Dokument, welches so erschüttert wie dieses. Und zugleich ist es auch die härteste Anklage gegen die SED und ihren gewaltätigen Machtapparat. Als dieser Brief aus Bautzen in Hamburg eintraf, natürlich auf Umwegen, waren 18 000 Menschen im Laufe der vorausgegangenen Jahre dort schon an Hunger, Tuberkulose, Kälte und Prügel verstorben. Einer der wenigen, die diese Hölle überlebt haben, war Heini Beese. Sechs Jahre, davon 30 Monate in Einzelhaft, hat er dort zugebracht. Diese Schicksale mögen für viele stehen.

Dies allein genügt schon, all das andere Schreckliche an weiteren Verbrechen und Vergehen, das in letzter Zeit aufgedeckt wurde noch dazu genommen, um sich voller Abscheu von der SED abzuwenden. Ich selber und mein Mann haben ja die Haftbedingungen beim Staatssicherheitsdienst und in den Vollzugsanstalten, aber auch ihre Arbeitsmethoden, persönlich kennengelernt. Ich weiß also, wovon ich rede.

Deshalb fordere ich in Übereinstimmung mit unseren Mitgliedern in Rostock von Herrn Gysi, also von der SED-PDS, aus dem Parteiabzeichen der SED unsere Hand, die Hand der Sozialdemokraten, zurück. Wir sind nicht mehr ein Teil der Einheitspartei, davon haben wir uns freigemacht. 44 Jahre hat man unsere Hand festgehalten, damit wir nicht existieren konnten. Nun ist es genug!

Wir lassen uns nicht mehr und auch nicht wieder umarmen. Die Umarmungen der Kommunisten sind für so viele von uns tödlich gewesen.

Herr Gysi, warum suchen Sie für Ihre Partei nicht einen anderen Namen? Sie bezeichnen sich doch bei jeder Gelegenheit als Kommunisten. Warum nennen Sie sich dann nicht auch so? Sie geben vor, sozialdemokratische Traditionen zu bewahren, welche denn? Wir haben nicht gemordet, betrogen und unser Volk bis an den Ruin gebracht. Sie haben kein Recht, jetzt auch noch unsere Wurzel, die ist seit Gründung der SPD 1875 inzwischen 115 Jahre alt, für sich zu vereinnahmen. Das konnten Sie ja schon immer gut in jeder Beziehung — das Vereinnahmen. Aber jetzt ist damit Schluß.

Wir werden Sie daran hindern, noch einmal unser Volk und unser Land unter Ihre Knute zu bringen. Das haben Sie doch vor — oder?

Warum drängt es mit dem Verfassungsschutz so? Warum werden die Kampfgruppen erst im Juni aufgelöst? Sollen die alten Machtinstrumente in ihren Startlöchern bereit stehen bis zum 6. Mai? Wofür sollen sie dann dienen?

Aber dieses Mal werden wir die Pläne der SED durchkreuzen. Das wird unseren ganzen Einsatz erfordern. (...)

Jawohl, so ist es! Darum treten wir an. Aber warum nicht unter dem alten ehrlichen Namen Sozialdemokratische Partei in der DDR, also SPD. Warum die andere Abkürzung SDP, die niemandem geläufig ist und nur zu Irritationen führt. Die Mitglieder in Rostock fordern, das sofort zu ändern. Wir sind die SPD, die saubere ehrwürdige, traditionsreiche Partei der Sozialdemokraten in Deutschland. Diesen Namen wollen wir hüten als ein Vermächtnis all derer, die dafür lebten und starben. Nehmen wir das Banner, das unsere Vorväter und zum Teil wir ja noch selbst 1946 zum zweiten Mal innerhalb von 57 Jahren niederlegen mußten, nun stolz wieder auf und halten es in den Wind. (...)

Warum die politischen Monopole in Osteuropa wie die Fliegen sterben oder:

Die Zeit ist reif!

In den letzten osteuropäischen politischen Monopolen zeigen sich ernste Risse, aus denen lang Verborgenes und immer wieder unter den Tisch Gekehrtes emporsteigt. Korruption, Machtmißbrauch, Mißwirtschaft, Privilegientum, Funktionärsfilz, Gesetzesbrüche – das alles wird deutlich und steht im krassen Widerspruch zu dem Bild, daß noch vor kurzem vom Informationsmonopol der kleinen Parteiadelsschicht verbreitet wurde. Die heile Welt stürzt zusammen. Der Parteiadel hat jedes Vertrauen bei der Bevölkerung eingebüßt. Er verliert seine in den Verfassungen der kommunistischen Länder festgeschriebenen Vorherrschaftsprivilegien.

Woran liegt das? Der vor einigen Jahren angeblich im November beim Schwimmen in der Ostsee ertrunkene DDR-Professor Dr. Lothar Kühne billigte einer Partei nur dann die Führungsrolle zu, wenn sie mit den historischen Erfordernissen übereinstimme. Das ist nicht mehr der Fall. Die Ursachen dafür liegen in dem System des politischen Monopols selbst.

Was ist ein politisches Monopol?

Ein politisches Monopol ist eine auf einer Ideologie beruhende Organisation, die mit einer militärisch organisierten Partei, dem Militär selbst oder in der Historie mit Hilfe der Kirche und ihrer Religion, in einer tiefen Gesellschaftskrise die Macht ergreift. Seine objektive Funktion – unabhängig von der Ideologie – ist es, die Abwärtsentwicklung einer Gesellschaft abzufangen, die Gesellschaft zu stabilisieren und den Weg zu einer Höherentwicklung freizumachen. Das politische Monopol ist immer das Zurückspringen einer Gesellschaft auf ein energieärmeres Niveau, ist in unserer Zeit das Zurückspringen von der Marktwirtschaft auf mittelalterliche Strukturen, die immer mit außerökonomischem Zwang verbunden sind.

In diesen Herrschaftsformen dominiert das Privilegiensystem das Leistungsprinzip, wird die Staatsbürgerschaft zu einer Form der modernen Leibeigenschaft. Wer aus diesem System fliehen will, der wird eingesperrt, getötet oder verkauft. Die absolute Macht einer kleinen Parteiadelsschicht basiert auf der rechtlichen Unselbstständigkeit und Abhängigkeit der Wirtschaftseinheiten von der obersten Zentrale. Erst die rechtliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Produzenten schafft die Voraussetzungen für Demokratie.

Im Gegensatz zum ökonomischen Monopol in der Marktwirtschaft, das seinen Lebensraum in der Wirtschaft hat und sich immer wieder auf dem Markt beweisen muß, und das in die Politik geht, um gute marktwirtschaftliche Ergebnisse zu erreichen, existiert das politische Monopol in der Sphäre der Politik. Es wirkt über den Machtapparat und über die Ideologie bzw. eine Art religiöser Ideologie.

Ein politisches Monopol existiert auf der Basis der Monopolisierung

- der Macht
- der Informationen
- des Rechtes
- der Ökonomie
- der Kultur und aller anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Das politische Monopol ist immer eine Art geschlossener Gesellschaft, in der keine neuen gesellschaftlichen Kräfte entstehen können. Sie werden unterdrückt. Das politische Monopol ist nach innen nicht wirklich dialogfähig, denn jeder Dialog würde nur zur Einschränkung seiner absoluten Macht beitragen. Nach außen kann das politische Monopol entsprechend dem internationalen Kräfteverhältnis dialogfähig sein. Es sichert dadurch günstige innere Bedingungen.

Der Lebenszyklus der politischen Monopole besteht im wesentlichen in drei Phasen:

Die Aufbauperiode

Das politische Monopol übernimmt die politische Macht nach einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise (Weltwirtschaftskrise, Krieg oder nach der Herrschaft eines anderen politischen Monopols). Es setzt in allen Bereichen seine Ziele fest, z.B. sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, Schaffung einer sozialistischen Volkswirtschaft, sozialistischer Realismus, sozialistisches Menschenbild, sozialistische Moral u.a.m. Es setzt sein Machtmonopol in allen Bereichen der Gesellschaft durch, getreu dem Motto: *„Die Partei, die Partei, die hat immer recht.“*

Die Reifephase

Das politische Leben wurde gleichgestaltet. Die Wirtschaft wurde kriegswirtschaftlich umgestaltet und autark orientiert. Der außerökonomische Zwang dominiert das politische Leben, was auf das gesamte gesellschaftliche Leben ausstrahlt. Die Menschen werden zu auswechselbaren Schräubchen im Getriebe des politischen Monopols. Die kleine, absolut herrschende Gruppe an der Führung der Partei – manchmal auch nur der Führer – sind das einzige wirkliche Rechtssubjekt des Staates.

Ziele des politischen Monopols in den verschiedenen Bereichen werden auf Kosten aller Menschen erreicht. Häufig kostet es viel Blut des Volkes. Es gibt keine freien Wahlen, keine Möglichkeit, sich der Tyrannen zu entledigen.

Die Degenerationsphase

Die realen Umgestaltungsziele wurden erreicht. Unrealistische werden weiterhin als Mythos kolportiert. Man hat jeden Tag das Gefühl, die Medien schon mal gesehen zu haben. Sie strotzen von Erfolgen, die im krassen Gegensatz zum täglich Erlebbaren stehen. Die mittelalterliche Struktur der Gesellschaft hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte. So ist die DDR zwar in der Lage gewesen, eine Reihe von Basisinnovationen durchzusetzen, die sehr aufwendig waren, doch die Folgeinnovationen, die das Geld bringen, konnte sie nicht ausreichend umsetzen.

Der Grund liegt im mangelnden Interesse der Betriebe, die Folgeinnovationen durchzusetzen. Die Ursache dafür liegt darin, daß die Betriebe nicht einmal wirklich über ihre eigene Reproduktion bestimmen können. Mit der kriegswirtschaftlichen Organisation der Produktion lassen sich bestimmte Schwerpunkte erreichen, doch die Entwicklung einer organisch abgestimmten Volkswirtschaft ist damit nicht möglich.

Die Lebensdauer

Politische Monopole haben eine unterschiedliche Lebensdauer. Sie hängt ab vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Je höher der Entwicklungsstand ist und je schneller sich die Produktivkräfte entwickeln können, desto eher stirbt das politische Monopol. Sein Tod sind rechtlich selbstständige und unabhängige Wirtschaftseinheiten in allen Sphären der Produktion und eine breite politische Gegenbewegung. In der Tendenz nimmt die Lebensdauer politischer Monopole in entwickelten Staaten immer weiter ab.

Das Feindbild

Wichtige Voraussetzung für ein politisches Monopol ist ein ausreichendes Feindbild. Auf dieser Basis ist eine kriegswirtschaftliche Organisation der gesamten Gesellschaft möglich.

Aus dem Feindbild wird das Wertesystem dieser Gesellschaftsform wesentlich mit geprägt. Mit dem Schwinden des Feindbildes verändert sich das Wertesystem der Menschen, was zu ernsten Krisen in den politischen Monopolen führt.

Die Chance

Die Chance zur Überwindung des politischen Monopols und des Übergangs zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie ist da. Erforderlich ist eine rasche Umgestaltung der Gesellschaft. Neben einer Demokratisierung, neben der Errichtung eines Rechtsstaates, ist es erforderlich, die Hegemonie der kommunistischen Parteien auszuschalten und ihr die Basis ihres ungerechtfertigten Einflusses auf die Wirtschaft zu nehmen. Als Übergangsphasen zu einer Marktwirtschaft sind direkte Investitionen ausländischen Kapitals aufgrund des niedrigen DDR-Lohnniveaus möglich und in den Industrien mit völlig veralteter Produktionsstruktur notwendig. In anderen Bereichen ist eine volkskapitalistische Übergangsform zu effektiveren Vergesellschaftungsformen möglich.

Die Gefahren

Mit dem niedrigeren Lohnniveau, das die Investitionen anlockt, sind die Gefahren für Arbeitsplätze in den Kapitalexportländern verbunden. In der DDR kann ein Ausverkauf einsetzen. Doch dieser Ausverkauf hat bereits stattgefunden. Mehr als 80 % der Spareinlagen, die mehr als 150 Milliarden Ostmark ausmachen oder mehr als einen Jahreseinzelhandelsumsatz, gehören nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Die Staatsverschuldung im Inland ist ebenfalls enorm und soll um die 131 Milliarden Ostmark liegen.

In den Beziehungen zum Ausland soll es auch nicht besser aussehen. In diesem Jahr wird die DDR erstmals ihren Schuldendienst nicht zahlen können, und für die 90er Jahre wird sie dafür das 10fache ihrer bisherigen Exporterlöse aufwenden müssen. Wenn die SED behauptet, sie wolle den Ausverkauf der DDR abwenden, so muß man ihr entgegenhalten, daß sie den Ausverkauf bereits bis an eine Grenze geführt hat, die dem völligen Ausverkauf gleichkommt und aus dem die DDR als Staat nicht mehr herauskommen kann. Ein Zusammenschluß mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage einer Föderation würde sich günstig auf die Überwindung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation auswirken. Sie würde den schmerzhaften und schweren Weg der DDR zu einem entwickelten Land, zu einer Demokratie ohne SED erleichtern.

Ein Sonntagsspaziergang erwartet dabei aber keinen der DDR-Bürger. Sie dürfen auslöffeln, was die kleine SED-Adelsschicht verbrochen hat. Sie müssen den Weg von einem politischen Monopol zu einer Demokratie schaffen, vom Mittelalter in die moderne Zeit. Das setzt voraus, daß sie Unterstützung bekommen, um eine Wirtschaft zu schaffen, die letztlich eine Marktwirtschaft ist. Es ist eine Art Marshall-Plan notwendig, der einen Rückfall in ein neues politisches Monopol unmöglich macht.

Heinz Geelhaar

Gründungserklärung von »Demokratie jetzt«

Liebe Freunde, Mitbürgerinnen,
Mitbürger und Mitbetroffene!

Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen, andere resignieren. Ein großer Verlust an Zustimmung zu dem, was in der DDR geschichtlich gewachsen ist, geht durch das Land. Viele vermögen ihr Hiersein kaum noch zu bejahen. Viele verlassen das Land, weil Anpassung ihre Grenzen hat.

Vor wenigen Jahren noch galt der „real existierende" Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformisierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen und demokratischen Erneuerung.

Eingeleitet und gefördert durch die Initiative Gorbatschows wird in der Sowjetunion, Ungarn und Polen der Weg der demokratischen Umgestaltung beschritten. Enorme ökonomische, soziale, ökologische und auch ethnische Probleme stellen sich in den Weg und können die Umgestaltung zum Scheitern bringen, mit unheilvollen Konsequenzen für die ganze Welt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verlorengehen soll. Er darf nicht verlorengehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.

Entgegen allen Schönfärbereien sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch „in den Farben der DDR" unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, daß die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. Es kommt aber darauf an, die demokratische Umgestaltung mitzuvollziehen.

Die politische Krise des staatssozialistischen Systems der DDR wurde besonders deutlich durch die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Die Doktrin von der „moralisch-politischen Einheit von Partei, Staat und Volk", die das von Wahlen unabhängige Machtmonopol rechtfertigen soll, konnte nur noch durch eine Wahlfälschung vor dem Gegenbeweis geschützt werden. 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung der großen Städte haben den Kandidaten der Nationalen Front offen ihre Zustimmung verweigert. Zweifellos wäre diese Zahl bei geheimen Wahlen noch erheblich höher ausgefallen.

So viele Menschen werden durch die Nationale Front nicht mehr vertreten. Sie haben keine politische Vertretung in der Gesellschaft. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer Bürgerbewegung »Demokratie jetzt«.

Wir wenden uns an alle, die von der Not unseres Landes betroffen sind. Wir laden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen ein. Insbesondere hoffen wir auf ein Bündnis von Christen und kritischen Marxisten. Laßt uns gemeinsam nachdenken

über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der
– soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,
– der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessen verwirklicht wird;
– die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft;
– Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern;
– Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden;
– Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt wird;
– Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferisches Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann.

Alle, die sich beteiligen wollen, laden wir ein zu einem Dialog über Grundsätze und Konzepte einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes. Im Januar oder Februar 1990 wollen wir zu einem Vertretertreffen derer, die sich beteiligen, einladen. Es sollte ein Grundsatzprogramm beschließen sowie Sprecherinnen und Sprecher wählen, die dieses Programm in den dringend erforderlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte einbringen können.

Wir hoffen auch auf die Möglichkeit, eine eigene Liste von Kandidaten für die bevorstehenden Volkskammerwahlen aufstellen zu können.

Als einen ersten unfertigen, unvollständigen und verbesserungsbedürftigen Gesprächsbeitrag fügen wir „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR" bei. Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Kritik. Wir bitten Sie um Vorschläge zur Veränderung, Erweiterung und Vertiefung. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie diesen Aufruf unterstützen wollen, und lassen Sie uns bitte wissen, wenn Sie uns organisatorisch stützen wollen. Schreiben Sie bitte an eine der folgenden Adressen. Lassen Sie uns zusammengehen und gemeinsam die Hoffnung wieder aufrichten in unserem Land!

Wolfgang Apfeld, 1035 Berlin,
Bänschstr. 37, Tel. 588 82 38
Dr. Michael Bartoszek, 1034 Berlin, Bersarinstr. 87,
Tel. 588 80 12
Stephan Bickhardt, 1055 Berlin, Dimitroffstr. 86
Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, 1055 Berlin, Bötzowstr. 22
Reiner Flügge, 1054 Berlin, Christinenstr. 36,
Tel. 281 89 32
Martin König, 1321 Briest, Kleine Str. 3, Tel. Passow 428
Reinhard Lampe, 1951 Dorf Zechlin, Dorfstr. 29,
Tel. 00 362 93/469
Ludwig Mehlhorn, 1058 Berlin, Wörther Str. 35
Ulrike Poppe, 1055 Berlin, Rykestr. 28, Tel. 245 81 80
Dr. Wolfgang Ullmann, 1040 Berlin, Tieckstr. 17,
Tel. 281 40 72
Dr. Gerhard Weigt, 1185 Berlin, Gotenstr. 5/128-01
Konrad Weiß, 1100 Berlin, Kreuzstr. 18b, Tel. 482 41 20

– Bitte abschreiben und weitergeben. –

Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR

Das Ziel unserer Vorschläge ist es, den inneren Frieden unseres Landes zu gewinnen und damit auch dem äußeren Frieden zu dienen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft mitgestalten und alle Lebensbereiche demokratisieren. Zugleich müssen wir ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zu unserer natürlichen Mitwelt finden. Wir wollen, daß die sozialistische Revolution, die in der Verstaatlichung stehengeblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird. Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes erhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit (res publica) mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. Soziale Errungenschaften, die sich als solche bewährt haben, dürfen durch ein Reformprogramm nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Als Deutsche haben wir eine besondere Verantwortung. Sie gebietet, daß das Verhältnis der deutschen Staaten beiderseits von ideologischen Vorurteilen befreit und in Geist und Praxis ehrlicher und gleichberechtigter Nachbarschaft gestaltet wird. Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte. Beide deutsche Staaten sollten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren.

Die Geschichte auferlegt uns Deutschen eine besondere Friedenspflicht. Wir sollten ihr entsprechen durch eine Reduzierung der Verteidigungspotentiale der Nationalen Volksarmee und die Einführung eines sozialen Friedensdienstes als Alternative zum Wehrdienst.

1. Vom Obrigkeitsstaat zur Republik

Die Unterordnung des Staates unter die Politbürokratie der Partei und deren institutionalisierte Ämterpatronage müssen ein Ende haben. Die strikte Trennung von Legislative (Volksvertretung) und Exekutive (Räte) ist notwendig, damit eine wirksame Kontrolle der Räte durch die Volksvertretungen erfolgen kann. Das Wahlrecht muß so reformiert werden, daß Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet sind. Es muß möglich sein, über verschiedene politische Programme und zwischen den Vertretern zu entscheiden. Wir schlagen vor, UN-Beobachter zu den nächsten Volkskammerwahlen einzuladen.

– Der Staat sollte sich aus Funktionen zurückziehen, die Sache der Gesellschaft sind:

– Die Medien gehören in die Hände von nichtkommerziellen Körperschaften öffentlichen Rechts, damit sie zu Instrumenten freier und öffentlicher Meinungsäußerung werden können. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen Zugang zu Presse, Funk und Fernsehen haben.

– Die Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen dürfen nicht länger Instrument ideologischer Ausrichtung und der Indoktrination im Sinne einer Partei bleiben, auch wenn sie die Regierung stellt. Die Schule und die bisherige Kinder- und Jugendorganisation sollten entflochten werden. Neue Kinder- und Jugendorganisationen müssen möglich sein. Eltern sollten das Recht erhalten, über Lehrpläne und -methoden mitzubestimmen.

– Parteien und Organisationen sollten von staatlicher Ausrichtung und Aufsicht gelöst werden. Die volle Freiheit zur Bildung gesellschaftlicher Vereinigungen muß gewährleistet sein.

– Die Gewerkschaften müssen unabhängige Interessenvertreterinnen der Werktätigen werden und das Streikrecht erhalten.

– Wissenschaft, Kunst und Kultur müssen bei Selbstverwaltung ihrer Institutionen gemäß der Verfassung die Möglichkeit erhalten, sich frei und ohne ideologische Gängelung zu entfalten. Rechtsvorschriften und Richtlinien, die entsprechende verfassungsmäßige Rechte einschränken, müssen außer Kraft gesetzt werden.

Eine Rechtsreform sollte willkürlich auslegbare Straftatbestände beseitigen und die Unabhängigkeit von Richtern und Verteidigern gewährleisten. Der Strafvollzug sollte so reformiert werden, daß eine öffentliche Kontrolle und ein wirksames Beschwerderecht gewährleistet werden.

Eine Verfassungsgerichtsbarkeit sollte eingeführt und die Verwaltungsgerichtsbarkeit voll verwirklicht werden.

Die Reisefreiheit und das Auswanderungsrecht sollten gemäß der Wiener KSZE-Beschlüsse verwirklicht werden.

2. Von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Wir befürworten ein Ende der politbürokratischen Kommandowirtschaft. Der bestehende Staatsplandirigismus sollte durch eine staatliche Rahmenplanung abgelöst werden. Nur solche staatlichen Aufsichts- und Lenkungskomponenten sollten bestehenbleiben, die für die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl erforderlich sind (Umwelt- und Sozialverträglichkeit).

Betriebe und Vereinigungen von Betrieben sollten ökonomisch selbständig werden und ihr Angebot und ihre Preise am Markt orientieren, damit aus dem bestehenden Nachfrage- ein Angebotswettbewerb wird.

Wir befürworten eine gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben, die Wählbarkeit von Leitungskräften, eine echte Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und eine Gewinnbeteiligung der Belegschaft.

Wir befürworten eine Stärkung und Unabhängigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen, handwerklichen und Handelsgenossenschaften sowie die Neubildung von Produktions- und Handelsgenossenschaften.

Wir befürworten die Zulassung privater Kooperativen sowie die Ermöglichung privater Wirtschafts- und Eigentumsformen, sofern eine angemessene Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet ist.

3. Von der Ausbeutung der Umwelt zu einem Zusammenleben mit der Natur

Grundvoraussetzung ist die Offenlegung der relevanten Umweltdaten und der Verschmutzungs- und Ressourcenprobleme unseres Landes.

Wir brauchen eine lückenlose und landesweite Überwachung der Schadstoffkonzentrationen in Wasser, Luft und Boden.

Die Praxis einer „kostenlosen" Entsorgung durch Verdünnung von Schadstoffen muß so schnell wie möglich beendet werden. Die Entsorgung muß in vollem Umfang in die Kostenrechnung der Betriebe eingehen. Es sollte eine Umwelthaftpflicht eingeführt werden. Die Beweislast für die Schadlosigkeit der Produktion sollte durch eine entsprechende Preis- und Steuerpolitik herbeigeführt werden. Eine strenge staatliche Umweltverträglichkeitsprüfung und Kontrolle von Produktion und Produkten ist erforderlich.

Die Nutzung, Erschließung und Erforschung erneuerbarer Energiequellen sollte in jeder Hinsicht gefördert werden.

Eine öffentliche Diskussion der Umweltprobleme, besonders des Energieproblems, der Risiken der Kernenergie, des Treibhauseffektes und des Wachstums ist notwendig.

Ein Wandel der gesellschaftlichen Zielbestimmung und der leitenden Werte ist nötig, damit wir auch zu einem Wandel des Lebensstils zu mehr Gemeinschaftlichkeit und Lebensqualität kommen.

Bericht zur 1. Gesamtdeutschen Arbeiter- und Jugendkonferenz am 17. 12. in Berlin

Auf dieser Konferenz trafen sich etwa 200 Kolleginnen und Kollegen, darunter Mitglieder der SPD aus Ost und West, vom »Neuen Forum«, von »Demokratie jetzt«, und Gewerkschaftsmitglieder. Die Initiative für diese Konferenz war ausgegangen von der »Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik« (VAA) in ganz Deutschland.

In den Arbeitskreisen für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie haben sich Kräfte verschiedener politischer Herkunft, u.a. auch Mitglieder der SPD, und Gewerkschaftskollegen zusammengeschlossen.

In dem Aufruf zur Konferenz heißt es u.a.:

„Wir haben in der Diskussion festgestellt, daß wir ArbeitnehmerInnen aus beiden Teilen der Stadt keine gegensätzlichen, sondern gemeinsame Interessen haben. Nach der Öffnung der Grenze sind wir jetzt sogar in der Lage, unsere gemeinsamen Interessen auch gemeinsam zu vertreten. Daher haben wir den »Arbeitskreis für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie« als gemeinsame Vereinigung gegründet.

Wir teilen die Befürchtungen vieler Kollegen/innen in Ost und West, daß die Unternehmer und ihre politischen Vertreter, wie z.B. Herr Kohl, versuchen werden, die DDR als Billiglohnland zu mißbrauchen. Sie werden versuchen, uns in Ost und West gegeneinander auszuspielen.

Wir sind der Auffassung, daß diese Versuche erst dann ein Ende haben, wenn sich die Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands angeglichen haben. Diese Nivellierung darf keine Verschlechterung werden, sondern die Veränderung der Rechte der ArbeitnehmerInnen in Richtung Verbesserung ist unser Ziel.

Notwendig ist die solidarische und demokratische Diskussion der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen aus

Ost und West. Nur in einer solchen Diskussion der Kollegen/innen und ihrer Organisationen können Lösungen für die großen Probleme gefunden werden, die 40 Jahre Teilung hinterlassen haben. (...)

Wir treten ein für eine **Gesamtberliner Konferenz der ArbeitnehmerInnen und Jugend** *und all der von ihnen frei aufgebauten Organisationen. Sie zu organisieren, ist in erster Linie die Verantwortung von SPD und Gewerkschaften.*

Diese Konferenz hat die Aufgabe, ein wirklich demokratisch legitimiertes Aktionsprogramm zum Schutz der ArbeitnehmerInnen, ihrer Familien und der Jugend in beiden Teilen der Stadt zu entwickeln und zu beschließen. (...)"

Auf der Konferenz selbst gab es lebhafte Diskussionen, die sich vor allem auf zwei Fragen konzentrierten:

1.) Die Verantwortung der SPD und der DGB-Gewerkschaften in dieser historischen Situation. Es wurde allgemein die Position vertreten, daß diese Organisationen der Arbeiterbewegung es in der Hand hätten, die Arbeitnehmer aus Ost und West zu vereinen im gemeinsamen Kampf gegen das gemneinsame Geschäft der Konzerne und der Bürokratie, für das die Vertragsgemeinschaft der Regierung Kohl mit der SED-Regierung den Rahmen schafft.

2.) Die Frage nach dem Aufbau unabhängiger Gewerkschaften in der DDR.

Die Konferenz beschloß, den Entwurf für eine »Charta zur Verteidigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend und der Demokratie in ganz Deutschland« zur freien und breitesten Diskussion vorzulegen. Sie soll in Verbindung mit der Gründung neuer Arbeitskreise in ganz Deutschland mit gemeinsamen Aktionen und einer Tournee in Ost- und Westdeutschland eine 2. gesamtdeutsche Konferenz am 18. Februar in Berlin vorbereiten.

Im Anschluß an die Konferenz begab sich eine Delegation zum SPD-Parteitag, um einen öffentlichen Antrag, der von ca. 3 000 Unterschriften unterstützt wurde, zu überreichen. Die Delegation wurde von Frau Engelen-Kefer, Mitglied des SPD-Parteivorstands, empfangen.

Die Dokumente der Konferenz und der Bericht der Delegation sind in einer DOKUMENTATION zusammengefaßt, die über Ellen Engstfeld, postlagernd, 5000 Köln 60, bestellt werden kann (28 S. - Spendenpreis 4,50 DM-Mark).

Aus einem Interview mit einem Kollegen vom »Arbeitskreis für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie« in Leipzig

Frage: Auf der Konferenz in Berlin wurde der Beschluß gefaßt, eine gesamtdeutsche Unterschriftensammlung zu machen unter dem Titel *„Weg mit Kohl – Weg mit Modrow – Für eine gesamtdeutsche SPD-Regierung"*, d.h. für eine Regierung, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West vertritt. Gibt es jetzt dazu Erfahrungen in Leipzig?

Frank: Wir haben bei den Montagsdemonstrationen diese Unterschriftensammlung verteilt bzw. auch Unterschriften gesammelt, und es hat Anklang gefunden. Es wurde auch heftig darüber diskutiert, aber ein Anklang war da. Nach Diskussionen wurde meistens festgestellt, daß es diese Forderungen sind, die wichtig sind in der Zukunft, um ein soziales Absinken zu verhindern.

Frage: Welche Schwerpunkte hat jetzt der Arbeitskreis in Leipzig in Vorbereitung der 2. Gesamtdeutschen Arbeiter- und Jugendkonferenz?

Frank: Unser erster großer Schwerpunkt war eigentlich, mit den Kollegen in Leipzig zu reden. Also mit allen Kollegen aus Leipziger Betrieben, die erreichbar sind, über unabhängige Gewerkschaften und Betriebsräte zu sprechen und diese auch aufzufordern, sie zu gründen.

Frage: Gab es Ergebnisse dieser Diskussion?

Frank: Erstes Ergebnis dieser Diskussion ist, daß wir ein Flugblatt erarbeitet haben, worin wir den Kollegen vorschlagen, innerhalb der Belegschaften darüber zu diskutieren, Vertrauensleute zu wählen und daraus einen Vertrauensleutesprecherrat zu gründen.

Am nächsten Mittwoch findet im Energiekombinat Leipzig eine Versammlung statt, wo Kollegen aus diesem Betriebsteil und aus anderen Betriebsteilen des Energiekombinates auf dieses Flugblatt hin sich treffen, und wir versuchen dort schon erste Schritte zur Gründung eines unabhängigen Betriebsrats zu machen...

Frage: Neben Eurem Kampf für die Gründung von unabhängigen Betriebsräten und unabhängigen Gewerkschaften habt Ihr Schwerpunkte wie Wohnungspolitik und Gesundheitswesen. Welche Forderungen habt Ihr z.B. zur Wohnungsfrage aufgestellt?

Frank: Etwa die Forderung, daß sich in den einzelnen Stadtteilen unabhängige Komitees bilden sollen, die darüber entscheiden, was mit den Wohnungen passiert; die darüber entscheiden, ob es überhaupt Mieterhöhungen gibt, denn es kann nicht sein, daß eine Regierung, die nicht legitimiert ist, darüber entscheidet, ob es höhere Mieten gibt oder andere Arten von Subventionsabbau betrieben werden.

Frage: Durch einen Artikel im »Kölner Stadt-Anzeiger« wurde bekannt, daß die Industrie- und Handelskammer *(IHK, örtliche Unternehmervereinigung)* eine „Partnerschaft" zu Leipzig aufbauen will. Eine Kollegin vom Arbeitskreis berichtete, daß der AK hier gegen dieses Projekt kämpfen will. An der Überschrift dieses Artikels, „Erlaubt ist, was nicht verboten ist", wird deutlich, auf was die Unternehmer hoffen: Sie sehen in Leipzig jetzt ein großes Feld, um Gewinne und Profit zu machen. Das heißt die gleichen, die hier die Mieten nach oben treiben, die spekulieren mit Wohnraum usw. usf., stürzen sich jetzt auf Eure Stadt.

Frank: Da ist genau der Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit zwischen Leipzig und Köln, daß wir zusammen dagegen vorgehen können, daß z.B. Spekulanten bei uns Grundstücke und Wohnungen aufkaufen, um damit zu spekulieren; daß Mieten in die Höhe getrieben werden.

Frage: Ihr könntet ja z.B. auch Klärung darüber verlangen, wer jetzt eigentlich die Verhandlungen mit der IHK führt, also welche Personen in Leipzig den Ausverkauf heute bereits organisieren.

Frank: Ganz genau. Darüber könnte man in Leipzig entscheiden, wer mit der IHK spricht, wer zuläßt oder wer nicht zuläßt, daß Grundstücke und Häuser verkauft werden für Spekulation.

Frage: Das ganze passiert ja hinter dem Rücken der Leute.

Frank: Das passiert hinter dem Rükken der Bevölkerung. Über diesen Artikel z.B. ist in Leipzig nichts bekannt. Da sehe ich eben die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitskreisen.

An diesem ganz konkreten Beispiel der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitskreisen können wir auch unseren Kollegen genau erklären, daß wir eine Arbeiterschaft sind und daß es

nicht zwei, eine in Ost und eine in West, gibt. Wir sind *eine* Arbeiterschaft, und wir haben dieselben Interessen und Anspruch auf die selben Rechte.

Frage: Bei uns wurde jetzt bekannt, daß der Rat in Leipzig, die Stadtverordnetenversammlung, vor kurzem zurückgetreten ist und damit die Konsequenzen gezogen hat aus der Fälschung der Kommunalwahl im Mai dieses Jahres. Habt Ihr darüber im Arbeitskreis diskutiert?

Frank: Ja, der Stadtrat ist ja nicht nur wegen der gefälschten Wahl zurückgetreten, sondern auch wegen der Mißwirtschaft, die in den letzten Jahren betrieben wurde. Und sie sind auch jetzt nicht mehr in der Lage gewesen, dieses Regierungsbündnis aufrecht zu erhalten. Wir haben darüber diskutiert und sehen hierin die Möglichkeit, in der Stadt jetzt endlich dazu zu kommen, daß die Komitees, die wir anstreben, sich bilden und sich bei einer Wahl für einen unabhängigen Stadtrat zur Wahl stellen.

Frage: Ihr seid also nicht dafür, daß in irgendeiner Form ein runder Tisch oder eine Übergangs-Stadtverordnetenversammlung gebildet wird.

Frank: Da sind wir absolut dagegen, weil es sich ja gezeigt hat, daß mit dem runden Tisch nichts zu lösen ist, weil er gar keine Verantwortung hat, keine Regierungsverantwortung in der Stadt. Bei Versuchen, ihn in die Regierung zu ziehen, wird er dann gespalten. Deswegen sind wir für eine direkte Wahl von Bürgern und Werktätigen, die wirklich von unten her in den einzelnen Komitees gewählt worden sind.

Frage: Ihr habt auch schon Diskussionen gehabt mit sozialdemokratischen Kollegen und einem sozialdemokratischen Verantwortlichen in Leipzig.

Frank: Ja, die Leute waren da, zum einen aus Westdeutschland, zum anderen aber auch bei einer Großveranstaltung im Bruno-Plache-Stadion in Leipzig. Dabei kam heraus, daß die Mehrheit der SPD-Basis und auch die SPD-Wähler sich für Forderungen des Arbeitskreises einsetzen würden. D.h. ganz konkret, daß das, was die SPD-Führung anstrebt, noch lange nicht unbedingt die Meinung der Basis ist.

Frage: Was meinst Du damit, *„was die SPD-Führung anstrebt"* ?

Frank: Die SPD-Führung in Leipzig z.B. orientiert sich auf eine soziale Marktwirtschaft. Das kann ja wohl nicht die Aufgabe einer SPD sein, die vorwiegend von Arbeitnehmern gewählt wird.

Ein sozialdemokratischer Genosse aus Köln hat auf einer Veranstaltung der SPD in Leipzig gesprochen und hat die Forderungen der Kollegen an der Basis nochmal genauer umschrieben und benannt. Er hat dafür auch großen Beifall erhalten, was uns zeigt, daß wir auf jeden Fall in der richtigen Richtung arbeiten.

Leipziger Chronik (Teil 4)

Unter dem Titel »Die Mücke« legten die Leipziger Arbeitsgruppen »Arbeitskreis Menschenrecht« und »Arbeitskreis Gerechtigkeit« im März 1989 eine im »Ost-West-Diskussionsforum« veröffentlichte Chronik vor, die die Entwicklung eines Jahres verfolgte. Somit kann der Leser die Entwicklung seit Februar 1988 nachlesen. In dieser Ausgabe ist der Zeitraum 4. 6. 1989 bis 4. 9. 1989 zusammengefaßt.

4. 6.

900 Personen versammeln sich in der Paul-Gerhardt-Kirche zu einem Umweltgottesdienst. Anschließend setzen sich 500 Personen zum 2. Pleißemarsch in Bewegung; nach wenigen Metern greifen Bereitschaftspolizei, Staatssicherheit in Zivil und Kampfgruppen in Zivil ein und zersprengen den Zug. Einige kehren um, andere versuchen, in zwei 150 Personen großen Gruppen den Marsch weiter durchzuführen. Von der einen Gruppe werden nach 500 Metern etwa 50 vorläufig festgenommen. Die zweite Gruppe bleibt zusammen und kommt – ungeplant – bis zum Bezirksgebäude der SED; dort riegelt die Polizei erneut alles ab und versucht, einen Kessel zu bilden. Daraufhin begeben sich einige auf die Treppen des SED-Bezirksgebäudes in einen Sitzstreik. Nochmals gibt es vorläufige Festnahmen.

Etwa 40 Personen (vorrangig Mitarbeiter der »Frauen für den Frieden« und der AG Friedensdienst und des Jugendkonventes Leipzig) erreichen dann fast unbehindert die Ref. Kirche, wo ein weiterer Umweltgottesdienst mit mehrstündigem Informationsprogramm stattfindet. Insgesamt wurden 74 Personen vorläufig festgenommen.

Bereits seit Sonnabend standen Mitarbeiter verschiedener Gruppen unter Hausarrest, der bis Sonntag 18.00 Uhr andauerte. Acht Aktivisten wurden bereits bis Sonntagmittag zugeführt; zum Teil, weil sie den Hausarrest durchbrachen, aber auch, weil die Sicherheitskräfte sichtlich nervös waren (so hatte der Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit, Thomas Rudolph, keinen Hausarrest, wurde aber 100 m von seiner Wohnung entfernt auf dem Wege zu einem Zigarettenladen zugeführt); waren doch sowohl Pleißemarsch als auch Straßenmusikfest vom Politbüro untersagt worden. Die SED-Bezirksleitung wollte nicht schon wieder eine Rüge für schlechte politische Arbeit oder Nichteinhaltung von Ruhe und Ordnung erhalten, wie in der Woche zuvor. Auch personelle



Jugendliche protestieren in Leipzig gegen Aktenverbrennung

Konsequenzen in der Bezirksleitung standen wohl erstmals zur Debatte.

5. 6.
Zum Friedensgebet, welches Pfarrer Kaden zusammen mit der AG Umweltschutz hielt, waren so viele gekommen wie noch nie (1250). Auch der Landesbischof und OKR Auerbach waren anwesend. Dies war wohl der Grund dafür, warum die Polizei nicht sichtbar schon vor jeglicher Demonstration mit Polizeiketten die Straßen absperrte.

10. 6.
Straßenmusikfestival. Erneut Hausarrest und vorläufige Zuführungen. Insgesamt wurden mindestens 114 Personen vorläufig festgenommen. Volker Dorn aus Eilenburg wurde nach § 214 zu 6 Wochen Freiheitsentzug verurteilt.
(Zum Straßenmusikfest siehe auch Umweltblätter Mai 1989 und das Sonderheft der »Haltestelle«, welches der Friedens- und Umweltkreis beim ökumenischen Jugendzentrum in Quedlinburg herausgab.)

11. 6.
Unter Beteiligung von Mitarbeitern des AK Gerechtigkeit wird in Börln ein Gottesdienst mit Informationstag zusammen mit 700 Menschen der umliegenden Orte und 100 Atomkraftgegenern aus der DDR durchgeführt. Zuvor waren 100 Personen in einer unterbrochenen Fahrradkette von Wurzen nach Börln gefahren.
Börln erlebte das größte Sicherheitsaufgebot seit den Napoleonischen Kriegen und der Völkerschlacht bei Leipzig. Vier Personen wurden ohne ersichtlichen Grund, wohl wiederum aus Nervosität, zugeführt (siehe »Forum für Kirche und Menschenrechte« Nr. 1, S. 8).

12. 6.
Der Friedenskreis Grünau/Lindenau gestaltet vor 1 000 Personen in der Nikolaikirche das montägliche Friedensgebet. Nach dem Friedensgebet setzt sich ein Zug von 200 Antragstellern in Bewegung. 25 Personen werden vorläufig festgenommen. Erstmals tauchen 16/17jährige bartlose Jünglinge (wohl Mitglieder der GST) als Provokateure auf.

17. 6.
Die Leipziger Bereitschaftspolizei hatte auf Grund der Einsätze ihr Spritkontingent bereits bis November verfahren, und die 18 Monate Dienenden fragten immer öfter, was denn die Einsätze gegen friedliche Demonstranten sollten. Dies war wohl der Grund dafür, warum an diesem Tag die Hallesche Bereitschaftspolizei bei der vermuteten Demonstration am Alten Rathaus zum Einsatz kam. Einige wenige Antragsteller hatten sich auch auf dem Markt versammelt. Sie standen jedoch vereinzelt und bildeten keinen Demonstrationszug.

18. 6.
Der AK Solidarische Kirche und der AK Gerechtigkeit gestalten in der Markuskirchgemeinde eine Andacht mit Informationsmaterial über die Vorgänge in China.
Die Proteste hielten schon seit Wochen an. Viele Gruppen hatten Sammeleingaben und Petitionen verfaßt. Studenten trugen chinesische Flaggen mit Trauerflor an den Jacken. Allein die LVZ soll bis zu diesem Tag 150 Unterschrifen in Sachen China bekommen haben.
44 Theologiestudenten des Theologischen Seminars hatten bereits eine Petition an den sächsischen Landesbischof gesandt, damit er sich für eine Stellungnahme des Ökumenischen Rates der Kirche einsetzt.
Einige Mitarbeiter von Leipziger Stadtbezirksleitungen der SED wurden auf Grund ihrer Proteste ihrer Posten entbunden und in niedrigere Positionen gesetzt. Die Parteiaustritte nahmen wieder sprunghaft zu. Vom 1. Januar bis 15. Juni traten 998 Personen aus, und 695 wurden aus der Partei herausgeschmissen (Zahl für die Bezirke).

19. 6.
Vor 1 100 Personen hält die Nikolaikirchgemeinde und das christliche Umweltseminar Rötha das montägliche Friedensgebet.
Bereits vor dem Friedensgebet wurde der Theologiestudent Mike Dietel zugeführt, weil er eine der oben beschriebenen Fahnen zu China trug.
Nach dem Friedensgebet bildeten etwa 100 zumeist Antragsteller einen Schweigemarsch, der nach wenigen Metern gestoppt wurde. Es gab 30 vorläufige Festnahmen (siehe Mitteilung der AG zur Situation der Menschenrechte vom 26. 6.).

21. 6.
Eine DDR-weite Erklärung von 25 Friedens- und Menschenrechtsgruppen zu den Vorgängen in China wird verfaßt. Sie wird am 22. 6. veröffentlicht (siehe »Ost-West-Diskussionsforum« Nr. 8/9, S. 57).

24. 6.
In der »Leipziger Volkszeitung« befaßt sich ein Herr Rudolf Otto in einem Zweispalter unter dem Titel „Was treibt Frau A.K. ins Stadtzentrum?" mit den Demonstrationen seit Januar 1989 in Leipzig. Interessant erscheint, daß am Beginn der zweiten Spalte *„solcher Gruppen wie in Leipzig"* (offensichtlich unterschieden von denen in der ersten Spalte / 2. Absatz) gemeint sind. Gemeint sind damit wohl vor allem der AK Gerechtigkeit, die AG Menschenrechte, die AG Umweltschutz, der Jugendkonvent und die IG Leben, wobei der Verfasser des Artikels geflissentlich vergaß, daß es gerade sie waren, die für die *„Lehrstunde produktiver, verantwortungsbewußter Einmischung"* in die Wahlveranstaltungen (sprich Wahlversammlungen) verantwortlich waren, welche Herr Otto im 3. Abschnitt der 2. Spalte empfiehlt.
Übrigens hatte Herr Magirius bereits staatlichen Stellen angekündigt, daß er Herr Urban wegen dessen Schreiben aufsuchen werde, was die staatlichen Stellen sich verbaten. Ob mit Erfolg, ist noch nicht bekannt.

24./25. 6.
Im Rosental findet das 9. Rosentalfest statt. Zur großen Jugendveranstaltung mit 4 Bands am Sonnabendabend saßen jedoch nur etwa 100 Jugendliche verstreut auf der großen Wiese und lauschtem dem teuren Rock, der auch hier im Auftrag der FDJ organisiert war. Verglichen mit dem Straßenmusikfest und seiner Besucherzahl (Schätzungen bewegen sich zwischen 1 500 und 2 500 Personen) vom 10. Juni bleibt zu konstatieren: Die SED hat es immer schwerer, „ihrer Jugend" attraktive Alternativen anzubieten. Und sie sollte auch nicht anbieten und vorschreiben, sondern endlich Kreativität und Selbstbewußtsein zulassen.

26. 6.

Leipziger Friedensgebet in der Nikolaikirche:
Gekommen waren 1 000 Personen; alle waren sie aufgebracht über den Artikel in der LVZ.
Ablauf: Pfarrer Führer verliest einen Protestbrief von 30 Personen an die chinesische Botschaft, um gegen die Todesstrafen in China zu protestieren. Pfarrer Führer ruft die Gottesdienstbesucher dazu auf, die im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Nikolaikirche stehenden Repressionen gegen Gottesdienstbesucher dem Kirchenvorstand von St. Nikolai mitzuteilen, damit dieser selbige an das Landeskirchenamt weiterleiten kann. Pfarrer Führer teilt mit, daß der Kirchenvorstand St. Nikolai Herrn Rudolf Otto zu einem Gespräch einlädt, weil die Zeitungen eine Gegendarstellung sicher nicht abdrucken werden. Weiter erklärt er: *„Dieser Artikel dient nicht dem Frieden in unserer Stadt. Wir bedauern diese Entgleisung."*
Thema des von einer Friedensgruppe gehaltenen Gebetes war „Frei denken", welches anhand eines Galatertextes ausgeführt wurde. Viel Platz in den Ausführungen des Predigers nahm dabei die Gründung des Freidenkerverbandes ein.
Fürbitte wurde für freies Denken und freien Glauben; die Einsicht der Sicherheitsorgane, daß Meinungsäußerung keine Provokation ist; ein Ende der Repression in Südafrika und China; sowie dafür gehalten, daß Freiheit kein Privileg der Herrschenden ist.
Außerdem wurde eine Mitteilung der Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte bekannt, die besagt,

daß es nicht nur Ordnungsstrafen, sondern auch Strafbefehle nach den Demonstrationen vom 12. und 19. Juni gab.

6. 7.

Aus Anlaß des Leipziger Kirchentages verfassen die AG Menschenrechte und der AK Gerechtigkeit einen Offenen Brief an die Bevölkerung dr DDR über die jüngsten Repressionen in Leipzig (siehe »Ost-West-Diskussionforum« Nr. 8/9, S. 16).

9. 7. - Kirchentag in Leipzig

Während des Kirchentages erlebte dann auch die Frauen- und die Sozialarbeit die Ab- und Ausgrenzungspraktiken des Kirchentagsausschusses.

Die schönfärbende und brisante Themen verdrängende Abschlußveranstaltung veranlaßte dann einige junge MitarbeiterInnen kirchlicher Gruppen, ein deutliches Zeichen für die bis dahin wenig beachteten Themen zu setzen: 2 Plakate mit der Aufschrift: *„Nicht nochmal Wahlbetrug"* und *„Demokratie"* in chinesischer und deutscher Schrift.

Es schlossen sich sofort viele KirchentagsteilnehmerInnen an – eine bunt gemischte Gruppe von einigen hundert Leuten zwischen 15 und 70 Jahren.

Nach langen Diskussionen mit den KirchentagsorganisatorInnen einigte man sich darauf, daß die Gruppe während der Veranstaltung nicht über den Platz laufen, sondern sich an einem Ort aufhalten würde. Nach dem Ende des Gottesdienstes zog dann die Menge, inzwischen durch regenbogenfarbige Bänder, die an alle TeilnehmerInnen ausgeteilt wurden, miteinander verknüpft, zur Tribüne, mußte dort aber erleben, daß kirchliche Ordnungstruppen sie brutal am Besteigen der Treppe hinderten. Erfolglos wandten sie sich ab und zogen mit ihrem großen Plakat, das durch die großen chinesischen Schriftzeichen erheblich Aufsehen erregte, in Richtung Ausgang.

Ursprünglich war geplant, das Plakat nur auf dem Kirchentagsgelände zu tragen – zu groß war die Angst vor sinnlosen Zusammenstößen mit der Polizei, deren Ergebnis doch nur viele Zuführungen und damit verbundene Sanktionen gewesen wären.

Doch nun entschlossen sich die Menschen zu konsequentem Handeln – mit der „Demokratie" zogen sie in Richtung Innenstadt. Von einem ersten Polizeihubschrauber ließen die ca. 1 000 Menschen sich nicht stören. Singend gelangten sie bis zur nächsten großen Straße, an der es durh eine Straßenbahn zu einigen Komplikationen kommen sollte.

Denn aus der haltenden Straßenbahn sprang plötzlich ein Trupp von Stasi-Männern, die den Plakatträgern die „Demokratie" entrissen. Da die Menschen vermuteten, daß nicht nur das Plakat, sondern auch DemoteilnehmerInnen in die Straßenbahn gezogen wurden, setzte man sich auf die Straßenbahnschienen und blockierte, begleitet von Sprechchören *„Stasi raus"* die Weiterfahrt der Bahn. Als klar war, daß niemand in die Bahn gezerrt wurde, lief man weiter, ohne Plakat – aber verknüpft durch das regenbogenfarbige Bändernetz.

Am Peterssteinweg, neben dem Polizeipräsidium, zeigte sich dann die erste Polizeikette. Mit dem Gummiknüppel an der Seite harrten die Polizisten der Demonstranten, die doch „nur" Demokratie wollten. Der Zug entging der Auseinandersetzung, indem er einfach in eine Nebenstraße einbog. Doch auch an deren Ende zeigte sich nach einiger Zeit eine Polizeikette, die die DemonstrantInnen wiederum zu einer Wegesänderung zwang. Verzweifelt suchte man nach einer Lösung und war mehr als beglückt, als sich Rettung in Form der Petrikirche zeigte. Mit einem „Kyrie Eleison" zogen die Hunderte in die Kirche und verärgerten damit manchen Ausstellungsbesucher. Im Kircheninneren zog wieder etwas Ruhe in die erregten Menschen, und so konnte man das Geschehene reflektierten. Besonders erfreulich, daß auch die älteren Menschen bis zum Schluß geblieben waren. Ein deutliches Zeichen, daß sie mit dem Ablauf einverstanden waren. Sicher konnten an diesem Tag so manche Ängste vor den „staatsfeindlichen Gruppen" abgebaut werden.

In dem abschließenden Fürbittgebet wurde auch die Angst vor dem Bau eines Atomkraftwerkes in Börln bei Leipzig laut.

(Siehe zu dem Komplex Repressionen in Leipzig im Zusammenhang mit den Friedensgebeten die Mitteilungen der AG zur Situation der Menschenrechte.)

8.-9. Juli

Die Arbeitsgruppe Menschenrechte und der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestalten in der Lukaskirche einen von insgesamt etwa 2 500 Personen besuchten „Statt-Kirchentag", nachdem die Kirchentagsleitung den „Markt der Möglichkeiten" aus dem offiziellen Kirchentagsprogramm gestrichen hatte. Die sächsische Kirchenleitung unterstützte indirekt gegen den Vorbereitungsausschuß des Kirchentages den „Statt-Kirchentag" und betrachtete ihn als genuinen Bestandteil des offiziellen.

Stände, Vorträge, Diskussionen und Ausstellungen über Menschenrechtsfragen, »Solidarność« in Polen, alternative Kunst und Kultur, den konziliaren Prozeß und die Ereignisse der letzten Monate (China, Kommunalwahl etc.) boten ausreichend inhaltliches Profil, welches sich wohltuend von den Gegenkirchentagen („Kirchentag von Unten") 1988 in Halle und 1987 in Berlin abhob. Neben Vertretern der aktivsten kirchennahen und kirchlichen Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen waren auch prominente Gäste, so Erhard Eppler, Paul Österreicher, Hester Minnema (Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte) gekommen, um sich über gesellschaftliches Engagement in der DDR zu informieren bzw. Vorträge zu halten.

4. 9.

Nach dem Friedensgebet einen Tag nach der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse versammeln sich etwa 800 Bürger Leipzigs auf dem Nikolaikirchhof zu der nun schon traditionellen Messedemo. MitarbeiterInnen einer Leipziger Menschenrechtsgruppe halten Plakate hoch, mit denen sie *„Versammlungsfreiheit – Vereinigungsfreiheit"*, *„Für ein offenes Land mit freien Menschen"*, *„Reisefreiheit statt Massenflucht"*, *„Gegen den Strom – freies Reisen für alle"*, *„Reisefreiheit – Grundfreiheit für jeden Bürger in der DDR auch in den nichtsozialistischen Westen. Mehr Demokratie – Reformen"* fordern. Nach wenigen Minuten werden ihnen die Plakate von Sicherheitskräften in Zivil entrissen. Unter den Augen der Kameras der Weltöffentlichkeit geht die Polizei nicht brutal wie vor dem Sommer gegen die Demonstranten vor. Etwa 200 Personen zogen danach noch Richtung Hauptbahnhof, um *„Freie Fahrt bis Gießen"* zu fordern. Erst am Hauptbahnhof kam es zu gewalttätigen Übergriffen von Seiten uniformierter und ziviler Sicherheitskräfte, nachdem kein Journalist mehr anwesend war.

Am Abend versammeln sich rund 500 Menschen in der Reformierten Kirche, um einen Vortrag Friedrich Schorlemmers über „Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung" zu hören.

Wie bereits bei den Berliner Seminaren „Wenn Abgrenzung zum Prinzip wird" am 13. August und dem Menschenrechtsseminar am 26./27. August aus Anlaß des 200. Jahrestages der Französischen Revolution wird deutlich, daß die Gründung oppositioneller Parteien und Vereinigungen kurz bevorsteht. **-l.m.-**

Unabhängige Gewerkschaften

Im folgenden will ich versuchen, einen ersten Überblick über die Entwicklung in den Betrieben zu geben. Ein umfassender Überblick ist zur Zeit kaum möglich.

Später als bei den neuen Parteien und politischen Organisationen kam es zur Gründung von »unabhängigen Gewerkschaften« in einzelnen Betrieben und zur Bildung von Initiativen für unabhängige Gewerkschaften, sowie zur Wahl von Betriebsräten. Die Belegschaften hatten bei der Revolution und den Demonstrationen im Oktober und November einen großen Anteil. Es ist dem Eingreifen der großen Leipziger Belegschaften zu verdanken, daß die SED die „chinesische Lösung" nicht wagte. Das folgende Interview gibt einen Einblick in die Probleme in den Betrieben und auch in die Schwierigkeiten im Kampf für die Auflösung des FDGB, die Beschlagnahme des Vermögens und für den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften.

»Unabhängige Betriebsgewerkschaft Reform«

Am 17. 10. wurde die »Unabhängige Betriebsgewerkschaft Reform« des VEB GRW Teltow gegründet. In ihrem Gründungsaufruf heißt es: „*In der Gewißheit, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht die Interessen der Mehrheit der Werktätigen in der DDR wahrnimmt, nicht ihr Vertrauen genießt und sich stattdessen als Bündnispartner der SED begreift, haben wir... beschlossen, aus dem FDGB auszutreten und die unabhängige Betriebsgewerkschaft ›Reform‹ zu gründen.*" Diese Betriebsgewerkschaft ist „*allein ihren Mitgliedern verpflichtet und wird sich nicht den Beschlüssen von Parteien und Organisationen unterordnen*". Sie fordert u.a. das Streikrecht, die Eigenständigkeit der Betriebe, Abschaffung der Privilegien einzelner Personen und ganzer gesellschaftlicher Gruppen, und die Aufhebung jeglicher Reisebeschränkung für alle Bürger.

»Initiative für unabhängige Gewerkschaften«

Parallel dazu bildete sich in Berlin ein Kontaktbüro »Initiative für unabhängige Gewerkschaften«. Es rief zur Bildung von unabhängigen Gewerkschaften auf (*siehe Auszüge aus dem Aufruf nebenan*). Dieser Aufruf wurde auf der Protestdemonstration am 4. November in Berlin verteilt. In einem späteren Flugblatt ist festgehalten, „*daß der FDGB als gewerkschaftliche Interessenvertretung versagt hat und daß gerade in der heutigen Zeit sich abzeichnende Veränderungen im Steuerrecht, Arbeitsrecht, Entlohnung usw. eine echte, unabhängige Gewerkschaft nötiger denn je machen*". Dieser Initiative geht es

„*– um eine Arbeitsvertretung, die unabhängig von Partei, Staat und Betriebsleitung ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht bei allen betrieblichen Angelegenheiten wie Einstellungen, Kündigungen, Urlaubsansprüchen, Arbeitsorganisation, Arbeits- und Lebensbedingungen, Gesundheits- und Arbeitsschutz, vor allem auch bei der Verteilung der betrieblichen Fonds einschließlich der Bildung und Verwendung der Gewinnabführung der Betriebe, hat,*

– um eine öffentliche Kontrolle über alle wirtschaftlichen und technischen Angelegenheiten des Betriebes, der staatlichen Leitungstätigkeit und der Gewerkschaft,

– um eine direkte und geheime Wahl der staatlichen Leiter aller Ebenen unter mehreren Kandidaten,

– um Einstellung und berufliche Aufstiegschance für alle Werktätigen nach fachlichen Gesichtspunkten, ohne Berücksichtigung ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei oder Massenorganisation,

– um die Aufnahme der Tarifverhandlungen durch zu wählende Kommissionen zur umgehenden Neugestaltung der Rahmenkollektivverträge und Betriebskollektivverträge, einschließlich einer Urabstimmung über die Annahme der Verträge unter der Belegschaft,

– um ein Recht auf Versammlungs-

Aufruf der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften«

Kolleginnen und Kollegen!

Was hat der FDGB in 40 Jahren für uns getan?

Hat er die Frage der Arbeitszeitverkürzung als ständige Forderung an die Betriebsleitungen gerichtet?

Warum hat er nicht die 40-Stunden-Woche mit uns erkämpft?

Hat er dafür gesorgt, daß unsere Löhne der schleichenden Inflation angepaßt werden?

Warum sind nicht ständige Tarifverhandlungen über Lohnerhöhungen geführt worden?

Wo stehen die Funktionäre des FDGB, wenn in unseren Betrieben neue Normen eingeführt werden? Auf unserer Seite?

Verhindern sie die Normen, bevor klar ist, daß wir auch entsprechend bezahlt werden?

Wie kann der FDGB als unser angeblicher Interessenvertreter es zulassen, daß wir im Durchschnitt 10 Tage weniger Urlaub haben als unsere Kollegen im Westen?

Hat der FDGB sich für die Herabsetzung des Rentenalters stark gemacht?

Haben wir schon einmal erlebt, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung den staatlichen Plan in unserem Interesse *nicht* akzeptiert?

Haben wir überhaupt schon einmal erlebt, daß die Gewerkschaft etwas gegen den Staat und die Partei für uns durchsetzt?

40 Jahre ohne eigene Interessenvertretung sind genug!

Wir dürfen uns nicht mehr organisieren *lassen*, auch nicht von „neuen Männern", wir müssen uns *selbst organisieren*.

Die nächsten Jahre werden für uns kein Zuckerschlekken.

Die Daumenschrauben sollen angezogen werden.

Die Preise werden steigen, die Löhne kaum. Wenn Subventionen wegfallen, trifft das vor allem uns.

Der Staat fordert Leistung, bald wird er mit Entlassungen drohen. Wir sollen die Karre aus dem Dreck ziehen.

Wenn der Lebensstandard für die meisten von uns nicht erheblich sinken soll, brauchen wir eigene Interessenvertretungen.

- Beruft Vollversammlungen ein und fordert Rechenschaft von der Betriebsgewerkschaftsleitung.
- Ernennt Kollegen aus Euren eigenen Reihen zu Sprechern.
- Laßt diese Kollegen Eure Forderungen an die Betriebsleitungen stellen.
- Stellt Euch hinter diese Kollegen, wenn sie Schwierigkeiten bekommen.
- Macht die Ergebnisse sofort öffentlich, das schützt vor Repressalien.
- Sucht den Kontakt zu Kollegen in anderen Betrieben.

Gründet unabhängige Gewerkschaften!

Kontaktbüro »Initiative für unabhängige Gewerkschaften«

freiheit in den Betrieben,

– um die sofortige Ausweisung der hauptamtlichen Funktionäre von SED, FDJ und DSF aus den Betrieben, Öffnung und Bereitstellung von Betriebsräumen für alle Parteien, Massenorganisationen und Oppositionsgruppen nach Arbeitsschluß für deren außerbetriebliche Aktivitäten,

– um die sofortige Abschaffung von Privilegien aller Leitungskader,

– um die Ausarbeitung eines Streikrechts,

– um die Einführng der 40-Stunden-Woche,

– um die Erhöhung der Mindestrente und die Herabsetzung des Rentenalters,

– um die Übernahme der Betriebszeitung in die Hände der Gewerkschaft,

– um die völlige Offenlegung der Verwendung von Gewerkschaftsgeldern, einschließlich Soli-Beiträge, keine Abführung von Geldern an den alten Gewerkschaftsapparat bis zur endgültigen Klärung der Verwendungszwecke!

– um die schnelle Kontaktaufnahme zu anderen Gewerkschaften und Betrieben innerhalb und außerhalb unseres Landes. Solidarität muß sein!"

In einem weiteren Flugblatt definiert sie »Erste Schritte«. Dazu wird vorgeschlagen, sich *„in kleinen Gruppen"* zusammenzuschließen, *„Abteilungs- und Betriebsbelegschaftsversammlungen"* einzuberufen, neue Vertrauensleute zu wählen. *„Für die Verhandlungen mit dem alten Gewerkschaftsapparat und den Betriebsleitungen bezüglich eventuell einzugehender Kompromisse halten wir folgenden Grundsatz für notwendig:*

Die Gewerkschaft muß für die Werktätigen da sein, und nicht die Werktätigen für die Gewerkschaft oder gar für einen schmarotzenden Apparat!"

Im Dezember erschien ein erstes Info der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften«. In diesem Info wird u.a. gefordert:

„– Freigabe der Betriebswandzeitungen für die freie Meinungsäußerung (...) sowie die Übernahme der in SED-Hand befindlichen Betriebszeitung durch Gewerkschaftsvertreter (...),

– keine Einflußnahme der staatlichen Leitungen auf die gewerkschaftlichen Beschlüsse,

– mehr Einfluß der Gewerkschaften auf den staatlichen Plan, Offenlegung der Daten über betriebliche Gewinne (...),

– direkte Wahl der Leitungen (...),

– Garantie der Vollbeschäftigung,

– materielle soziale Sicherung."

Des weiteren fordert die Initiative, daß über den Verkauf von *„Betrieben oder Betriebsteilen an westliche Unternehmer"* die *„Belegschaften zu entscheiden"* haben. *„Solche Fragen dürfen nicht länger hinter verschlossenen Türen geregelt werden. Die Erfahrungen in Polen und Ungarn zeigen, daß sogenannte Joint-ventures (...) nicht unbedingt Vorteile für die Belegschaften bringen."*

Betriebsräte

Daneben bilden sich eine Vielzahl von Betriebsräten, die sehr unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Das Ausmaß dieser Bewegung und der unterschiedlichen Aufgaben, die sie übernehmen, ist kaum nachzuzeichnen. Allein in Karl-Marx-Stadt gibt es in etwa 40 großen und mittleren Betrieben Initiativgruppen für Betriebsräte (»TAZ«, 24. 1. '90). Auch Thomas Rudolph weist in seinem Interview für diese Ausgabe des »Ost-West-Diskussionsforum« auf die Bedeutung der Betriebsräte für die Stadt Leipzig hin.

Es gibt bei den verschiedenen Betriebsratsgründungen des öfteren die Tendenz, nach westlichem Vorbild, sozusagen im Rahmen eines bis heute in der DDR nicht existierenden Betriebsverfassungsgesetzes zu handeln. Es gibt in den verschiedenen Statuten von Betriebsräten immer wieder den Hinweis, nicht nur für das Wohl der Werktätigen, sondern für das Wohl des gesamten Betriebes handeln zu wollen. So heißt es in dem am 4. 12. veröffentlichten Programm des Provisorischen Betriebsrats des VEB GRW Teltow u.a., daß er *„an der Umgestaltung des Betriebes und Organisation einer marktgerechten Produktion"* mitwirken will. Ausdrücklich will er die *„Betriebsleitung bei ihren Bemühungen, zu unserem Vorteil mit westlichen Firmen zusammenzuarbeiten"*, unterstützen.

Daß dies nicht überall so gesehen wird, wird in einem Interview mit dem Betriebsratsmitglied der »1. Chemnitzer Maschinenfabrik«, Lothar Lehmann, deutlich. Er führt auf die Frage nach der Rolle des bundesdeutschen Betriebsverfassungsgesetzes aus: *„Wir haben uns den Text von der IG Metall besorgt. Ich meine, wir brauchen das Rad ja nicht neu zu erfinden. Da es bei uns andere Eigentumsverhältnisse gibt, müssen wir natürlich ein anderes Gesetz ausarbeiten."* (»TAZ«, 24. 1. '90.)

Unter den Bedingungen der neuen Eigentumsverhältnisse werden natürlich auch die Aufgaben von Betriebsräten neu zu bestimmen sein. Wird es nicht die Aufgabe der Betriebsräte sein, die Produktion zu kontrollieren und in die Hand zu nehmen, und so der Mißwirtschaft der Bürokratie ein Ende zu setzen? Müssen sie nicht beginnen, die existierenden Betriebsleitungen zu kontrollieren?

Der FDGB

Das Problem bei allen diesen Initiativen scheint der FDGB selbst zu sein. Der FDGB hat zwar – nach eigenen Angaben – 800 000 Mitglieder bis Ende November verloren, d.h. fast 10 %. Die Beiträge werden weit weniger abgerechnet. Er hat ca. 1/4 seiner Einnahmen verloren. Er verfügt aber über ein eigenes Vermögen von über 4,2 Milliarden Mark. Man fragt sich, mit welchem Recht? Er verfügt z.B. auch weiterhin noch über das Recht, die Ferienplätze zu verteilen und organisiert noch die Sozialversicherung.

Der FDGB wendet sich natürlich sehr scharf gegen die Bildung neuer Gewerkschaften und Betriebsräte. In einer schon bösartig zu nennenden Kampagne versucht er, die neu gebildeten Strukturen zu diskreditieren. So berichtet er in seiner Zeitung »Tribüne« vom 27. 12. '89 in einem Artikel über den oben genannten „Provisorischen Betriebsrat" in Teltow unter dem Titel: *„Ein Provisorium will sich auf Eis legen."* Sie werfen den Initiatoren der unabhängigen Gewerkschaft »Reform« und des Provisorischen Betriebsrats vor, die Gewerkschaften spalten zu wollen.

Das ist die Hauptposition des FDGB. So heißt es in der Erklärung des FDGB zum Jahreswechsel: *„Beherrschendes Thema wird die Bewahrung der Einheit in unserem Gewerkschaftsbund in all ihrer Vielfalt und Widersprüchlichkeit sein"* (»Tribüne«, 29. 12. '89). Der Betriebsrat wird als Konkurrenz zur Betriebsgewerkschaftsleitung gesehen. Und als solches wird er vom FDGB abgelehnt.

Der FDGB gibt vor, sich selbst zu reformieren. Die Rolle der Einzelgewerkschaften soll im Gegensatz zum Gesamtverband gestärkt werden. Auch fordert er inzwischen das Streikrecht, obwohl er praktisch gegen die zunehmende Streikbewegung Anfang Januar polemisiert: So lautet die Überschrift eines Artikels über die Streiks in Gera: *„Spontane Streiks in der Republik: Jeder macht, was er will – Ist das der Weg? – Produktionsausfall und mangelnde Versorgung – Schaden für viele"* (»Tribüne«, 17. 1. '90).

Inzwischen liegt auch der Entwurf für eine neue Satzung des FDGB (»Tribüne«, 5. 1. 1990) vor. Dort heißt es zwar, daß der FDGB die *„persönlichen und kollektiven Interessen seiner Mitglieder und der anderen Werktätigen"* vertritt. Aber ihre Durchsetzung wird an das *„Prinzip des Interessenausgleichs"* gebunden. Wer entscheidet zu Gunsten welcher Interessen und unter wessen Kontrolle? Auch das Streikrecht wird nur als *„äußerstes Mittel zur Durchsetzung"* der Forderungen bejaht.

Er selber definiert sich als unabhängig von Staat, Wirtschaft, allen Parteien, Organisationen und Bewegungen. Man darf aber nicht übersehen, daß z.B. der FDGB aus dem »Runden Tisch« rausgeflogen ist, weil sein Ver-

treter Mitglied der SED ist (»Tribüne«, 28. 12. 1989).

Der FDGB stand schon immer gegen die unabhängige gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen

Der FDGB ist 40 Jahre lang willfähriger Gefährte der SED gewesen und hat in diesen Jahren immer wieder die Politik der SED gegen die Kollegen durchgesetzt. Er hat seine Macht durch die Zerschlagung der unabhängigen Betriebsräte 1948 erhalten. Als die Faschisten vertrieben waren, haben die Arbeiter die Fabriken selbst wieder in Gang gesetzt. Um sich zu organisieren, wählten sie Betriebsräte, die die Produktion übernahmen. Wie groß das Selbstbewußtsein jener Betriebsräte war, zeigt ein Zitat aus dem Februar 1946. Auf dem ersten Gewerkschaftskongreß erklärte ein Delegierter von den Rostocker Werften: *„Nichts kann im Betrieb geschehen, ohne daß der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hätte, sei es was die Produktion angeht, sei es was die Arbeit angeht. Die Betriebsleitung kann weder mit einem Abnehmer aus dem zivilen Sektor, noch mit einem Vertreter der russischen Armee Gespräche führen, ohne daß ein Delegierter des Betriebsrats daran teilnimmt."* (Protokoll des 1. FDGB-Kongreß, Berlin 1946, S. 149.)

Schon sehr schnell versuchten die Alliierten, diese Bewegung einzudämmen. Am 1. April 1946 legalisierte der Alliierte Kontrollrat per Dekret die Betriebsräte. Aber den Betriebsräten wurde nur noch ein „Mitbestimmungsrecht" zugestanden.

Gleichzeitig bildeten kommunistische, sozialdemokratische und christliche Gruppen eine Gewerkschaftskommission und vereinigten so in den ersten Nachkriegsmonaten die alte deutsche Gewerkschaftsbewegung. Im Prozeß der Zwangsvereinigung von SPD und KPD wurde auch der neugegründete FDGB zu einem reinen Organ der SED. So veränderte sich der Vorstand des FDGB in Berlin wie folgt:

Vorher: KPD: 14, SPD: 13, CDU: 3
Nachher: SED: 24, SPD: 3, CDU: 3
(»Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950«, Berlin, 1971, S. 61.)

Die Betriebsräte dagegen blieben weiterhin ein Organ der Arbeiter selbst. Ab Sommer 1946 versuchte die SED, diese Betriebsräte systematisch unter ihre Kontrolle zu bekommen. Da das nicht gelang (bei den Betriebsratswahlen im Juli 1947 waren ca. 40 % der gewählten Betriebsräte parteilos), beschnitten sie ab 1947 ihre Rechte und ersetzten sie nach und nach bis 1948 durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen. Die Arbeiter reagierten auf die Auflösung der Betriebsräte mit reiner Opposition. Bei den Wahlen zur BGL z.B. in Leuna waren 25 % der Stimmen ungültig.

Der FDGB ist also mit zwei Geburtsfehlern entstanden:

– einmal ist er als Organisation entstanden im Rahmen der Zwangsvereinigung und damit der Teilung der deutschen Arbeiterbewegung;

– zum anderen ist er aus der Auflösung der Organe der Arbeiter – der Betriebsräte – hervorgegangen.

Der III. FDGB-Kongreß 1950 erkannte dann schließlich die führende Rolle der SED an. Der FDGB erwies sich als staatliche Zwangsorganisation.

Fragen an die westdeutschen Gewerkschaften

Es ist verständlich, daß die Entwicklung in der DDR auch zu neuen Fragestellungen in den Gewerkschaften in der Bundesrepublik führte. So wollen die Unternehmer die Entwicklung in der DDR nutzen, um von den westdeutschen Gewerkschaften erkämpfte soziale Errungenschaften und Rechte anzugreifen. Die DDR als Billiglohnland in Europa hätte unübersehbare Konsequenzen für die Entwicklung in Westdeutschland; Produktionsverlagerungen und weitere steigende Arbeitslosenzahlen werden die Folge sein.

Wie kann nun ein zweifellos dringend erforderliches gemeinsames gewerkschaftliches Handeln der Kollegen in Ost und West gegen die Unternehmerstrategie verwirklicht wer-

Auszug aus einem Flugblatt aus Leipzig

Die Kollegen verlassen den FDGB – aus gutem Grund! Die Werktätigen wollen eine unabhängige Interessenvertretung, eine unabhängige Gewerkschaft! Unabhängig von SED-PDS, Parteien, Staat und Kirche. Unabhängige Gewerkschaften, das heißt:

– Demokratie! Alle Entscheidungen müssen demokratisch von unten von den Kollegen getroffen werden.

– Eine Gewerkschaft, die demokratisch aufgebaut ist und in der alle Entscheidungen von den unabhängigen Interessen und dem Willen der Kollegen selbst ausgehen. Diskussion und Entscheidungen über die Forderungen und die Aktionen selbst.

– Vollständige demokratische Kontrolle der Basis über die Verwaltung und Verwendung der Mitgliedsbeiträge.

Eine solche unabhängige Gewerkschaft verlangt die Wahl aller Organe durch die Kollegen. Dazu folgender Vorschlag:

1.) Organisierung und Abteilungsversammlungen in der Größenordnung von 155 Kollegen zur Erfassung der Probleme und Mißstände und zur Aufstellung der Forderungen der Kollegen – Wahl eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, der das Mandat erhält für die Vertretung der beschlossenen Forderungen und gegebenenfalls jederzeit durch die Kollegen abgewählt werden kann.

2.) Veröffentlichung der Diskussionsergebnisse und der Beschlüsse der gesamten Abteilungsversammlungen in einer unabhängigen gewerkschaftlichen Betriebszeitung, unter der Verantwortung der gewählten Vertrauensleute. Einberufung durch Vollversammlungen der gesamten Belegschaft unter der Verantwortung und Leitung der gewählten Vertrauensleute und der von ihnen gewählten Leitung zur

– Diskussion und Beschlußfassung über das Aktionsprogramm der Belegschaft.

– Verpflichtung der gewählten Vertrauensleute und der unter ihnen gewählten Leitung der Vertrauensleute und des Betriebsrates auf dieses Programm.

– Kontrolle der Betriebsleitung: diese muß der Demokratie unterworfen werden. Wahl einer Betriebsleitung auf einer weiteren Belegschaftsversammlung; die neugewählte Betriebsleitung wird der Kontrolle der Vertrauensleuteleitung / des Betriebsrates unterstellt.

– Aushändigung des gesamten Vermögens, der Räume des technischen Apparates der bisherigen FDGB/SED an die demokratisch gewählte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Belegschaft – an die Vertrauensleuteleitung / Betriebsrat.

– Mitteilung über die Organisierung und die Ergebnisse der Abteilungsversammlungen und die Vorbereitungen der Belegschaftsversammlungen an alle örtlichen und regionalen Betriebe des gleichen Kombinates und des gleichen Industriegewerkschaftszweig, mit der Aufforderung an die dortigen Kollegen, ebenso vorzugehen. Entsendung von Delegationen zu diesen Betrieben.

– Kontaktaufnahme mit den entsprechenden Betrieben und den unabhängigen DGB-Gewerkschaften in Westdeutschland für die solidarische Zusammenarbeit und zur Kontrolle aller Beziehungen zwischen diesen Betrieben in West und Ost.

den? Der DGB erklärt seinerseits, mit dem FDGB ein „*breit gefächertes Kooperationsabkommen*" abschließen zu wollen. Steinkühler von der westdeutschen IG Metall erklärt, daß die IG-Metall „*ihrer Schwesterorganisation in der DDR mit Rat und Tat zur Seite*" stehe. 33 Betriebspartnerschaften sind schon angebahnt, sowie gemeinsame Schulungen und „Trainee"-Programme für DDR-Funktionäre.

Etwas anders geht die ÖTV an die Sache heran. Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies schreibt in einem Rundschreiben, daß die ÖTV zu allen „Kräften" Beziehungen aufbauen will, „*die Kristallisationspunkte für eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung sein könnten*". Die IG Chemie hält eine Zusammenarbeit mit dem Hauptvorstand der FDGB-IG-Chemie für selbstverständlich, will aber auch ein „Beratungsbüro" in Leipzig für Betriebsräte eröffnen.

Doch der FDGB ist nicht die Kampforganisation, wie sie die Kollegen zur Verteidigung ihrer Interessen brauchen. Er ist auch weiterhin ein Arm derselben SED in den Betrieben, die heute mit den Unternehmern die Verträge für die Bildung von »Joint-ventures« abschließen. Was ist von Leuten wie dem neuen IG-Metall-Vorsitzenden der DDR zu halten, die schon heute erklären, daß ihre angestrebten Reformen dazu führen werden, daß es „*Leute geben (wird), die durch das Netz der Sozialpolitik durchfallen werden*"?

Wie können der DGB oder auch die IG Metall sich in dieser Situation mit dem FDGB als „Schwesterorganisation" verbinden, statt den Kollegen in der DDR – im Respekt vor deren demokratischen Entscheidung – beim Aufbau eigener unabhängiger gewerkschaftlicher Organisationen zu helfen?

Karl Pitz, Mitarbeiter in der Wirtschaftsabteilung der westdeutschen IG Metall, zeigt weitergehende Perspektiven auf: „*Eine vereinte Arbeiterbewegung in der BRD und in der DDR, die solidarisch an einem Strang zieht, ist nicht schwächer, sondern stärker im Gesamtsystem.*"

In den letzten Tagen haben in der DDR die Streiks zugenommen, und in diesen Streiks entstehen Streikkomitees. Es bilden sich unabhängige Betriebsräte der Kollegen, es gibt Ansätze für unabhängige Gewerkschaften. Mit ihnen müssen sich die DGB-Gewerkschaften verbinden und sie in ihren Kampf aktiv unterstützen, wenn es zu einer solchen einheitlichen Gewerkschaftsbewegung kommen soll.

- g.k.b. -

Zu Fragen der Gewerkschaften und der Betriebsräte

Noch weiß niemand, wie die Wirtschaft der DDR zukünftig organisiert sein wird. Doch soviel ist gewiß, der private Anteil und das Mitspracherecht der Unternehmer bzw. der Betriebsleiter wird steigen. Auch in einer „sozialistischen" Marktwirtschaft, in der alle Eigentumsformen zulässig sind und ausländisches Kapital eine Rolle spielt, wird ein Arbeitsmarkt entstehen, und Auseinandersetzungen zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft werden nicht ausbleiben.

Deshalb brauchen wir starke und unabhängige Gewerkschaften. Unabhängig in dem Sinne, daß sie nicht abhängig von einer Partei werden und damit von dieser Partei manipuliert werden können. Andererseits müssen sie die Interessen der in ihnen organisierten Werktätigen und darüber hinaus aller Werktätigen vertreten.

Deshalb schlage ich vor:

1. Die Gründung von Branchengewerkschaften mit voller Tarifautonomie, d.h. mit dem Recht der vertraglichen Vereinbarung von Löhnen und Gehältern, der Arbeitsbedingungen, des Urlaubs und der Arbeitszeit.

2. Diese Branchengewerkschaften sollen in einem Dachverband zusammengeschlossen werden, der die Aufgabe hat, gewerkschaftliche Aktionen bzw. Forderungen zu koordinieren. Dieser Dachverband könnte Rechtsnachfolger des FDGB sein. Möglicherweise sollte die Sozialversicherung unter der Kontrolle des Dachverbandes stehen.

3. Die Gewerkschaften sind die Organisationen in den Betrieben, die die Interessen der Werktätigen wahrnehmen. Parteien haben nur insofern Einfluß, als ihre Mitglieder gleichzeitig Mitglieder der Gewerkschaften sind. Gewerkschaftsfunktionäre dürfen nicht gleichzeitig Parteifunktionäre oder betriebliche Leiter sein.

4. Zur Durchsetzung tariflicher Forderungen muß als letztes Mittel auch das Streikrecht gewährleistet werden. Streiks sind nur dann zulässig, wenn mindestens 2/3 der Mitglieder bei der Urabstimmung für den Streik sind. In Einzelbetrieben sind nur Kurzstreiks (max. 1 Tag) zulässig, die auch von 2/3 der Gewerkschaftsmitglieder des zu bestreikenden Betriebes beschlossen werden müssen. Dies ist notwendig, um auf Mißstände in Einzelbetrieben reagieren zu können, wenn kein Gesamtbrancheninteresse besteht.

5. Das Vermögen des FDGB ist nach der Mitgliederzahl der Branchengewerkschaften aufzuteilen.

6. Die FDGB-Ferienheime sind an private Pächter zu vergeben, wobei sich die Gewerkschaften das Optionsrecht vorbehalten. Die Pächter verpflichten sich, vorrangig Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen aufzunehmen. Die Gewerkschaft zahlt zu den Urlaubskosten einen nach sozialen Gesichtspunkten bestimmten Anteil.

7. Neben den Gewerkschaften wählen die Werktätigen eines Betriebes ihre Betriebsräte als direkte Interessenvertreter in geheimer Wahl (nach Belegschaftsversammlung) für 4 Jahre. Die Betriebsräte sind Mitglieder des Leitungsgremium der jeweiligen Institution.

8. Die Betriebsräte sind gegenüber der Belegschaft rechenschaftspflichtig und jederzeit durch die Belegschaftsvollversammlung abwählbar.

9. Die Betriebsräte haben das Vetorecht bei elementaren Entscheidungen über das Schicksal der Werktätigen, z.B. bei Lohnkürzungen, Entlassungen, Betriebsstillegungen, bei angeordneten Verstößen gegen den Arbeitsschutz.

10. Die Betriebsräte müssen den Jahresplan des Betriebes mit der Belegschaft diskutieren. Hierzu gehört eine schriftliche Vorlage durch den betrieblichen Leiter. Die Werktätigen müssen dann die Möglichkeit haben, sich eine unabhängige Meinung zu bilden, die von den Betriebsräten zusammengefaßt wird und mit dem Leiter unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertrauensleute zu einer betrieblichen Vereinbarung beschlossen wird.

Die Rechte der Gewerkschaften und der Betriebsräte und weitere Bedingungen, wie Notdienst bei Streiks, Gültigkeit der Tarifverträge, genaue Bedingungen der Wahl von Betriebsräten und Festlegung weiterer Rechte, z.B. einklagbare Rechenschaftspflicht von Direktoren der Betriebe u.a., müssen durch ein – von der zukünftigen Volkskammer zu beschließendes – Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden und laufend an die Entwicklung unserer Wirtschaft angepaßt werden.

Dr. Hans Braselmann
(SDP Lichtenberg/Basisgruppe Karlshorst/Friedrichsfelde)

Interview mit einem Beschäftigen in einer Brikettfabrik

Das folgende Interview wurde im Dezember 1989 mit einem Arbeiter aus den Bitterfelder Kraftwerken und Brikettfabriken gemacht.

Frage: Wie sehen die Arbeitsbedingungen bei Euch aus?

Antwort: Gearbeitet wird bei uns in rollenden Wochen, 40 Stunden die Woche, d.h. es wird rund um die Uhr gearbeitet, auch sonnabends und sonntags. Es besteht ein fester Turnusplan zum Abfeiern, d.h. einmal 4 Tage Arbeit und 2 Tage frei, einmal 5 Tage arbeiten und 1 Tag frei. In dem Sinn von „großfrei", wie andere Kombinate es machen, d.h. 7 bzw. 9 Tage arbeiten und dann eine Woche frei, arbeiten wir nicht. Wir arbeiten nach dem festen Turnus 4/2 und 5/1. Das ist das ganze Jahr festgeschrieben. Es gibt direkt einen Dienstplan, wonach sich jeder zu richten hat.

Ich gehe nur auf die Schichtarbeiter ein. Wir haben überwachungspflichtige Anlagen. Diese Anlagen dürfen nicht verlassen werden, ohne daß ein anderer Kollege diese Arbeit übernimmt. Auf Grund der permanenten Unterbesetzung, die wir zur Zeit haben, können die Leute fast nie zum Essen gehen. Ihre gewerkschaftliche Pause von 20 Minuten können sie nicht nehmen, um zu essen. Es wird also Essen geholt, in katastrophalen Zuständen, d.h. mit einer Art Schüssel. Bis sie hinten angekommen sind, ist es kalt.

Frage: Was sind das für Anlagen, an denen Ihr arbeitet?

Antwort: Wir fahren Anlagen mit einem Druck von 5,1 Megapascal, 1,6 Megapascal, 1,5 Megapascal. Es ist ein reines Gegendruckkraftwerk. Es heißt Gegendruckkraftwerk, weil die Brikettfabriken nachgeschaltet sind. Es wird also Gegendruck erzeugt, um Pressen anzutreiben, Frischdampf erzeugt, um Apparate und Trockner in Betrieb zu erhalten. Das ganze Dampfnetz geht durch Turbinen, es wird also Strom erzeugt. In der DDR ist es momentan bis auf wenige Ausnahmen so, daß eigentlich Energie ein Abfallprodukt ist, obwohl praktisch permanenter Energiemangel herrscht. Das ist für uns sehr schwierig, weil wir eigentlich mit sämtlichen Kennziffern in der Energie hängen – das spielt für den Lohn eine große Rolle. Die Kraftwerke haben die Kennziffer Elektroenergieerzeugung, die Einhaltung der Spitzenzeiten, die festgelegt sind (in den Frühstunden – in den Mittagsstunden...). Dann werden die Turbinen voll ausgefahren.

Frage: Arbeitssicherheit, wie sieht es damit aus?

Antwort: Unser Werk besteht seit 70 Jahren, und so sieht eigentlich unsere Arbeitssicherheit aus. Die staatlichen Leiter sind gezwungen, nach DGLs, das sind vorgeschriebene Standards für den Arbeitsschutz, zu handeln und zu arbeiten. Das ist aber gar nicht möglich. Wenn voll nach der DGL gearbeitet würde, dann liefe gar nichts. Seit 25 Jahren gab es z.B. in allen Kesselanlagen der DDR keine Investitionen mehr, da – so wurde zumindest gesagt – die Stähle, die wir brauchen, für die Rüstung, d.h. für die Volksarmee gebraucht werden.

Die Anlagen sind zum Teil so weit abgeschrieben und veraltet, daß sie eigentlich nicht mehr laufen dürften. Die Technische Überwachung, die eigentlich eine Stillegung dieser veralteten Maschinen veranlassen müßte, läßt sich immer wieder auf Kompromisse ein. So hatte der Kombinatsdirektor schon vor Monaten erklärt, daß z.B. im September '89 eine Generalreparatur durchzuführen sei, bis dahin sollten wir die alte Anlage noch betreiben. Eigentlich müßte die Anlage sofort stillgelegt werden, weil der Mensch gefährdet ist. Das wird nicht so gehandhabt. Man sagt sich, vielleicht kommen wir die Tage noch über die Runden. Man sagt, so schlimm ist es nun auch nicht. Gleichzeitig werden immer wieder Rundschreiben verschickt, insbesondere nach Havarien, wo genau aufgeschlüsselt wird, gegen welche Gesetze verstoßen wurde. Sie „versuchen" dich immer wieder zu überreden, die Anlage so lange wie möglich zu fahren. Es gibt einige Kesselwärter, die sich strikt weigern – aber das tun die wenigsten.

Seit September '89 läuft es ein kleines bißchen anders, weil nun gesagt wird, wir müssen die Kraftwerke unbedingt in Schwung bringen. Außerdem sagen die Kollegen öfter, daß die Anlage stillgelegt werden müsse. Auch die DGL gibt diesen Kollegen völlig recht, weil sie niemanden fragen müssen, wenn eine Anlage aus Sicherheitsgründen stillgelegt werden muß.

Ich muß dazu sagen, das eigentliche Finalprodukt, d.h. das Brikett, war für die DDR maßgebend. Das kann ich verkaufen, alles andere kann ich nicht verkaufen. Strom kann ich zwar in die RGW-Leitung einspeisen, aber das war nicht interessant für die DDR. Der schwarze Stein brachte das Geld bzw. die Devisen. Wenn also z.B. Export gefahren wurde, nannte der normale Arbeiter diese Produktion dann „Bananenbriketts" – denn es wird den Leuten immer gesagt, wenn viel exportiert wird, dann kommen auch die Südfrüchte in die DDR.

Wenn, um auf die Standards zurückzukommen, die Produktion laufen muß, bist Du gezwungen, ständig gegen das Gesetz zu verstoßen. Es existieren Besetzungspläne, wonach die Geräte zu besetzen sind. Dann gibt es Ausnahmepläne. Wenn ich also nicht genügend Leute habe, dann muß ich bestimmte Geräte stillegen. Dann aber kann der Plan nicht mehr erfüllt werden. Wenn also wegen Krankheit z.B. jemand ausfällt, dann geht der Zirkus los. Der Dispatcher muß Leute suchen, damit die Anlagen weiter in Betrieb sind. Dazu muß man sagen, daß ungefähr seit 1 1/2 Jahren niemand mehr bereit ist, an seinem freien Tag zu arbeiten, wegen der Entlohnung. Es sind so Sachen gemacht worden, daß Leute, die an ihrem freien Tag arbeiten, einen freien Tag bekommen. Nach der Ausreisewelle ist das gar nicht mehr möglich. Nun sollen die Leute zwischen 10 und 20 Mark zusätzlich erhalten, je nachdem, wie dringend sie gebraucht werden. Aber das Geld spielt keine Rolle mehr in der DDR. Was nützen die 10 oder 15 Mark, wenn Du dir dafür nichts kaufen kannst. Als staatlicher Leiter bist Du sowieso gezwungen, arbeiten zu gehen, ohne zusätzliches Geld zu bekommen.

Frage: Wieviel wird im Betrieb verdient?

Antwort: Die Entlohnung des Facharbeiters, das sind Leute mit Mittlerer Reife, liegt zwischen 1 000 und 1 200 Mark. Das ist ganz gut im Vergleich zur restlichen Bevölkerung in der DDR. Im Vergleich zur BRD, wo ein Arbeiter im gleichen Beruf um die 4 000,- verdient, ist es verschwindend wenig. In den Brikettfabriken haben wir sehr viele angelernte Kräfte.

Es gab bis vor einigen Jahren eine besondere Versorgung für die Bergbaugebiete. Das einzige, was es jetzt noch gibt, ist eine kleine Bevorzugung bei der Beschaffung von PKWs – das nennt sich „Prämienwagen". Aber der normale Arbeiter hat davon fast nie etwas, weil die staatlichen Leiter die unter sich aufteilen und es viel zu wenige gibt. Das sind in einem Betriebsteil ein bis zwei Wagen. Prämienwagen heißt nicht, daß man ihn nicht bezahlen muß, sondern daß man nicht 15 oder 17 Jahre warten muß.

Frage: Wieviel Beschäftigte habt Ihr, wie hat sich der Betrieb entwickelt?

Antwort: In unserem Bereich sind 4 300 Beschäftigte, im ganzen Kombinat sind es ca. 8 500. Früher waren wir ein selbständiges Kombinat, davor ein einzelnes Werk. Mit der Zusammenfassung der Betriebe wurde es schlechter. Die ganze Bestellung läuft über das Kombinat. Das sind sehr langwierige Prozesse, so daß man sagen kann, das Bestellte kommt nie dort an, wo es hin soll. Es wird unterwegs

irgendwie immer abgefangen. Man mußte zwar schon immer ein Jahr im voraus bestellen, aber nun kann man gar nicht mehr beeinflussen, daß Du das Bestellte irgendwann kriegst. Der MI-Leiter (Mechanische Instandhaltung) muß den Leiter mit der Bestellung beauftragen. Aber er hat keinerlei Handhabe, in den Prozeß einzugreifen. Wir haben seit zwei Jahren z.B. neue Leuchten, nun sind aber die Ersatzteile nicht mehr zu erhalten, so daß eine Reihe von Arbeitsplätzen im Dunkeln sind. Es sind gar keine Glühlampen mehr da. Wir müßten also selber etwas neues erfinden.

Auch der Leiter hat wenig Einfluß auf die ganze Sache. Ich sehe das so: Bei uns gibt es zu viele Fachdirektoren, die eigentlich nicht vom Fach sind. Das sind eingesetzte Leute. Als ich vor 25 Jahren anfing, gab es einen Direktor, der hatte einen Stellvertreter, und dabei blieb es. Dann gab es noch die einzelnen Werksleiter und Betriebsstellenleiter. Heute ist es so, daß der Direktor vier Stellvertreter hat und die Stellvertreter wieder Stellvertreter haben, und dann kommen die Fachdirektoren. Die Fachdirektoren sind auch bestrebt, so viel wie möglich zu verdienen, und da geht die Schlamperei schon los. Es wird keine reelle Abrechnung betrieben, denn die Fachdirektoren erhalten eine leistungsorientierte Gehaltsprämie, die sehr hoch ist. Deshalb werden falsche Zahlen gemeldet.

Frage: Was hat sich mit der Wende geändert?

Antwort: Genau das mit den falschen Zahlen ist bei einem der ersten Foren, die wir nach der Wende in unserem Betrieb abgehalten haben, zur Sprache gekommen. Der Betriebsdirektor hatte eine Untergebene aufgefordert, falsche Zahlen zu melden. Er hatte nicht daran gedacht, daß das die Tochter eines Volkskammerabgeordneten ist. Sie verweigerte die Weitermeldung der Zahlen, die total frisiert waren. Er forderte sie daraufhin auf, die Partei zu verlassen, was sie auch getan hat. Sie hat das an die große Glocke gehängt. Dem Direktor ist aber eigentlich nichts passiert.

Vor dem ersten Forum in unserem Betrieb wurden die APO-Sekretäre und die GO-Sekretäre vollkommen eingespart, also entlassen. Sie wurden nicht umbesetzt, zumindest nicht bei uns. Sie mußten sich eine andere Arbeit suchen. Der von uns arbeitet jetzt in der Fabrik als Arbeiter, auf der niedrigsten Stufe. Das ist die kleine Rache des Betriebsleiters dort. Dieser da dachte so: Jahrelang hast Du nichts gemacht, und ich denke nicht daran, Dich jetzt wieder an eine Stelle zu setzen, wo Du wieder nichts machst.

Aber das Gros der Leitung ist noch da. Es sind zwar Köpfe gefallen, es sind viele zurückgetreten, wie z.B. der Parteisekretär der zentralen Parteileitung, der auch viel Dreck am Stecken hat, sowie andere, die sich viele Sachen unter den Nagel gerissen haben. Die Gewerkschaft ist zum Teil umbenannt und umgestaltet worden. Doch das Gros ist noch da. Der Betriebsdirektor ist noch da, die Stellvertreter sind da und haben immer noch das Sagen. Es hat sich seit Oktober in diesen Bergbaubetrieben eigentlich noch nichts getan, weil sie auf irgendeinen Fingerzeig von oben warten, wie es eigentlich jetzt weitergehen soll.

Nun muß ich auch dazu sagen, daß diese Betriebe schwierig zu leiten sind, weil sie immer abhängig von der Regierung sind. Man könnte eigentlich sagen, daß man den Laden von heute auf morgen dicht machen könnte.

So wurde auf dem ersten Forum verlangt, die Pläne vollständig zu ändern, weil wir nach vollkommen falschen Plänen arbeiten. Dem wurde nicht entsprochen. Die staatliche Leitung hat die November- und Dezember-Pläne geändert, aber das nutzt nichts, weil der staatliche Plan weiterläuft. Den Staatsplan erreichen wir nicht, und das ist auch die Angst der Kollegen. Denn Du erreichst damit ja auch keine Planerfüllung und so auch nicht die Auszahlung der Jahresendprämie. Die Jahresendprämie muß erwirtschaftet werden. Wir haben seit 5 Jahren schon eingefrorene Jahresendprämien, d.h. die 800 Mark-Grenze darf nicht überschritten werden. Wir gehen von der Erfüllung 1982 aus. Das war eins der schlechtesten Jahre. Die Prämie wird dann auf die einzelnen Lohngruppen aufgeteilt.

Nach der Wende sind die Arbeiter selbstbewußter geworden. Aber die Pläne und der Arbeitsablauf haben sich nicht geändert. Die Plandiskussion für das Jahr 1990 ist auch schon gelaufen, und zwar vorher. Es gibt keine Möglichkeit, das zu korrigieren. Auch der Betriebskollektivvertrag ist abgeschlossen. Das gilt ebenfalls für die Küche. Die Beschwerden häufen sich, aber der Zuschuß des Betriebes ist einfach zu niedrig.

Frage: Wie hat das Forum in Eurem Betrieb ausgesehen? Wer hat es einberufen?

Antwort: Es wurden alle Leute durch die BGL und GO-Sekretäre aufgerufen. Diese standen auf der Versammlung selbst im Hintergrund. Die Versammlung hat ein Genosse aus dem Kulturhaus geleitet. Dazu wurden verschiedene Leiter als Präsidium geladen. Ein großer Teil ist nicht erschienen, so z.B. der Betriebsdirektor. Es sollte eine Art Meinungsforschung getrieben werden. Schon vorher wurden sozusagen kleine Spione vorausgeschickt, um die Meinung in den Kollektiven auszuspähen. Die Kollegen wurden über ihre staatlichen Leiter ausgehorcht, sowie über den APO und AGL ausgeforscht. Ich konnte einige fachliche Sachen über den Produktionsablauf anbringen. Sie sagten daraufhin, das wäre ja ganz interessant. Nun ist es ja nicht so, daß bei uns diskutiert wird. In den Gewerkschaftsgruppenversammlungen kommen die Probleme zur Sprache, aber sie werden nicht zur Kenntnis genommen, bzw. weder die Verantwortlichen von der BGL noch von der Partei sind da. Die Probleme werden auf einem Mitteilungsblatt aufgelistet, das aber dann irgendwo in der Versenkung verschwindet. Daran hätten sie eigentlich merken müssen, was so läuft, denn der Kumpel hat eine gute Vorstellung und weiß auch ganz genau, wie es laufen müßte. Aber das wird nicht zur Kenntnis genommen.

Das ganze Forum wurde auf Band mitgeschnitten, was nicht erlaubt ist. Dagegen standen die ersten Kollegen auf und protestierten. Das Band wurde danach vernichtet, und die Vernichtung wurde kontrolliert. Es lief wie schon immer unter Leitung der SED. Dagegen haben Kollegen aus den untersten Schichten protestiert. Sie haben direkt bestimmt, wie die Versammlung abzulaufen hat. Sie haben klipp und klar gesagt, jetzt bestimmen wir mal hier, wie das läuft.

Doch es sollte so laufen, daß Sachen zwar angesprochen, aber keine Fragen beantwortet werden. So wurde z.B. angefragt, wieso der 1. Sekretär seinen 50. Geburtstag – von der Partei bezahlt – im Gästehaus des Betriebes gefeiert hatte. Er grinste nur wie so ein Honigkuchenpferd. Die Leute haben dann verlangt, daß er Rede und Antwort stehe. Die Antwort war – und das fand ich furchtbar: *„Es ist schon ein paar Jahre her, und den sechzigsten Geburtstag feiere ich zu Hause."* Die Leute haben getobt. Nun ging es darum, daß der Mann, der 800 Meter vom Werk wohnt, jeden Tag mt dem Auto geholt und wieder zurückgebracht wird. Seine Antwort: *„Seit gestern lauf ich."* Es blieb ihm auch nichts anderes übrig, weil ich weiß, daß die Kollegen ihn nicht mehr ins Auto einsteigen ließen. Er mußte also zu Fuß laufen.

Das Forum ist nicht von der staatlichen Leitung ausgegangen. Es ist eine Eigeninitiative des BGL-Vorsitzenden und des GO-Leiters gewesen. Die staatliche Leitung hat erst später nachgezogen, wobei der Direktor auch nicht hingegangen ist.

Ich wurde zum Forum von meiner Schicht delegiert, wobei man den Zeitpunkt des Forums ungünstig gelegt hat. Der Großteil der Kollegen mußte vorher schon mit den Bussen und Zügen wegfahren. Sie hatten gar keine andere Möglichkeit. Das hat man bestimmt bewußt gemacht. Der Saal war trotzdem voll. Ich habe gestaunt. Die Leute wollten eigentlich wissen, wie es weitergehen soll. Es war eine Ohnmacht da. Es wurde von niemandem gezeigt, wie geht es eigentlich weiter. Keiner hat mehr was gesagt. Alles wurde in der Vergangenheit nur über die Partei gemacht. Jede Generalreparatur wurde unter Führung der Partei durchgeführt. Deswegen ist es auch schiefgegangen. Die Nichtgenossen haben es auch darauf angelegt. So kam es in den letzten zwei, drei Jahren zu gravierenden Vorfällen,

denn diese sagten, was sollen wir uns Gedanken machen, es macht ja sowieso die Partei.

Beschlossen wurde auf der Versammlung nichts. Es wurden Sachen angesprochen. Zum Beispiel, daß der Sozialistische Wettbewerb nicht weitergeführt werden soll, weil es kein sozialistischer Wettbewerb ist, weil dieser ganze Wettbewerb manipuliert worden ist. Das Neuererwesen hat sich dadurch ausgezeichnet, daß wir das Fahrrad noch einmal erfunden haben. Das, was schon einmal war, kann man neu erfinden und dadurch viel Geld verdienen. Das wurde auch abgeschafft.

Frage: Welche Beschlüsse gab es noch?

Antwort: Die sanitäre Einrichtung ist katastrophal. Eine Toilette für 100 Kollegen. Es kam als Antwort: Macht doch einen Neuerervorschlag. Wie soll ich die Toilette neu erfinden?

Die „Straße der Besten" wurde sofort abgeschafft. Alles, was Anstoß erregen könnte, wurde abgeschafft. Die SED hat versucht, die Sachen abzubauen, die ganz gravierend im Vordergrund standen.

So wurde auch das Parteistudium abgeschafft. Das ist ja kein Fachstudium, sondern eben ein Parteistudium, und die Absolventen kommen dann in den Betrieb und richten viel Schaden an. Wir lächeln darüber, daß alle leitenden Posten von der SED besetzt wurden. Ein Ingenieur, der von der Partei im Kraftwerk eingesetzt wurde, konnte sich gar nicht wohl fühlen, weil er keine Ahnung von der Arbeit hatte. Er war also auf das fachliche Wissen der Kollegen angewiesen. Das war im übrigen auch unsere einzige Überlebenschance. Wir hatten das Fachwissen.

Aber nur ein Beispiel. Bei Generalreparaturen wurde eine Konzeption, d.h. ein Ablaufplan entworfen. Diese Sachen wurden von diesen Leuten entworfen, die gar keine Ahnung hatten. Wenn sie clever waren, haben sie einfach die alten Protokolle herausgezogen und diese abgeschrieben. Das ist dadurch aufgefallen, weil dann plötzlich im Ablaufplan Maschinen standen, die schon seit langem nicht mehr existierten.

Weil der Betrieb so alt ist, laufen eine ganze Reihe von Anlagen nicht mehr. Wer durchschaut schon noch die vielen Umschaltmöglichkeiten. Das kennen nur die Kollegen, die 35 Jahre in dieser Anlage leben. Das ist unser großer Vorteil. Wir zeigen den Leitern das auch nicht. Den technologischen Ablauf beherrschen wir – nicht sie.

Bei Generalreparaturen kommt dann der Direktor und sagt, „*wir haben festgelegt...*", und dann antworten wir: „*Wenn Ihr das festgelegt habt, dann seht mal zu...*", oder wir sagen ihm: „*Leg doch mal Dein Parteibuch auf die Maschine, vielleicht geht es dann weiter...*" Dann verschwinden sie ganz schnell. Der Kollege macht ja, wenn er seinen Triumph gehabt hat, seine Arbeit.

Es ist nun so, daß nach der Wende bei uns alle Leiter ihr Parteibuch geschmissen haben. Das finden wir nicht gut. Eigentlich müßten diese Leute zur Verantwortung gezogen werden für das, was sie uns in den ganzen Jahren eingebrockt haben. Jetzt müßten **sie** eigentlich mal die Arbeiter werden, und **wir** müßten mal den Betrieb leiten.

Es ist so, daß wir bestimmen, wie jetzt gearbeitet wird und wie der Betrieb läuft. Früher kam von oben der Plan, und nach diesem Plan wurde verfahren – heute geben sie gar nichts mehr heraus. Heute hält man sich im Hintergrund und sagt, die wissen das von ganz alleine. Es läuft jetzt ruhiger und besser, weil der Arbeiter alleine entscheiden kann. Der staatliche Leiter gibt nichts mehr vor. Er war derjenige, der aus Unwissenheit das Chaos organisiert hat.

Frage: Warum wird die Betriebsleitung nicht ersetzt?

Antwort: Es ist niemand gekommen, der sich berufen fühlt, es zu machen. Es ist kein Anstoß gekommen, wie bei anderen Revolutionen. Es hat niemand gesagt, jetzt krempeln wir das alles um, jetzt übernimmt der Arbeiter die Macht. Das wird auch durch das Parteibuchschmeißen noch schwieriger. Die sagen ja jetzt, wir gehören zu Euch, und wir wollten es schon immer anders. Dadurch ist die ganze Sache etwas verworren. Auf der Ebene der staatlichen Leitung hat sich noch gar nichts geändert, obwohl man viel davon spricht.

Die Versammlung ist ja auch nicht von den Kollegen einberufen worden. Von der Gewerkschaft wurde ein Aushang gemacht, auf dem gefragt wurde, woran die Kollegen interessiert seien. Daß der FDGB bleibt, war die Grundvoraussetzung. Das ist schon einmal idiotisch. Es wurde nicht gefragt, ob wir den FDGB weiter behalten wollen. Es wurde stattdessen nur gefragt, auf welcher Ebene etwas verändert werden soll. Während wir noch diskutiert haben, haben sie schon längst entschieden. Das hat uns natürlich sehr verärgert. 70 % der Arbeiter haben eine klare und andere Vorstellung, wie es laufen soll.

Frage: Wann findet die Versammlung statt, wo diese 70 % miteinander diskutieren?

Antwort: Wer beruft diese Versammlung denn ein? Im Moment gibt es eigentlich die staatlichen Leiter nicht mehr. Das merkt man schon bei der Schichtübergabe. Sie müssen dazu kommen, halten sich aber völlig zurück. Jetzt auf einmal sagen sie: „*Ihr wißt das doch besser als wir.*" Hätten sie uns das doch vor zwanzig Jahren so entscheiden lassen!

Frage: Wozu sind die staatlichen Leiter denn noch da?

Antwort: Die Planstelle ist eben noch da. Die Revolution ist nicht so weit, daß wir jetzt sagen: Jetzt besetzen wir die Betriebsbüros. Der Deutsche ist eben sehr kultiviert und diszipliniert.

Z.B. habe ich vor einigen Jahren unseren Leuten grundsätzlich verboten, irgendeinem staatlichen Leiter irgendetwas zu zeigen. Nicht weil ich das Wissen für mich behalten wollte, sondern weil sie uns, die Schichten, immer gegeneinander ausgespielt haben. Aber das wollte die staatliche Leitung so. Der Arbeiter durfte nicht alleine entscheiden. Die Entscheidung wurde immer nach oben getragen – vom Meister zum Schichtleiter usw. Bis nach ganz oben, und da wurde dann meistens fehl entschieden. Am Schluß wurde es nur deshalb mehr oder weniger richtig gemacht, weil die Entscheidung auf dem Weg nach unten korrigiert wurde. Aber die oben waren immer der Annahme, sie haben richtig entschieden.

Polen

Erklärung des Wroclawer Regionalen Arbeiterkomitees der PPS-RD (Polnische Sozialistische Partei-Demokratische Revolution)

Die Nominierung von Tadeusz Mazowiecki für das Amt des Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen ist Ausdruck der sich vertiefenden Krise des Herrschaftssystems der Nomenklatura. Dieses Ergebnis der sozialen Emanzipation hat ihren Ursprung in der Entstehung von »Solidarność« – einer von der Bürokratie unabhängigen Arbeiterbewegung – im August 1980. Acht Jahre der Versuche des Regimes von General Jaruzelski, die selbstorganisierte Gesellschaft anzugreifen und zu zerschlagen, haben zu ihrem totalen Scheitern geführt.

Die Bildung der Regierung Mazowiecki bedeutet jedoch nicht, daß die Gesellschaft die Macht übernommen hat. Diese Regierung basiert auf „35 % Demokratie" und auf einer Garantie dafür, daß die Grundlagen des Systems nicht in Frage gestellt werden, trotz der Tatsache, daß die Wählerschaft sich am 4. Juni 1989 eindeutig für die Abschaffung der Nomenklatura ausgesprochen hat. Die wichtigsten Herrschaftsstrukturen – das Amt des Präsidenten der Republik, das Innen- und das Verteidigungsministerium und die Nationalbank – sind nicht nur jedweder Kontrolle durch die Gesellschaft, sondern auch der des Ministerpräsidenten entzogen. Indem sie solche Bedingungen akzeptierten, haben die führenden Oppositionsgruppen, die vom neuen Ministerpräsidenten repräsentiert werden, aus dem Druck der Streiks und dem Bankrott der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) nicht das Beste herausgeholt. Nichtsdestoweniger eröffnet die Bildung dieser Regierung die Möglichkeit, Bestrebungen der Gesellschaft zu verwirklichen:

I. Beseitigung aller Überreste des totalitären Regimes

– **Abschaffung der Mechanismen der Herrschaft des Staates über die Gesellschaft** und in erster Linie die Auflösung der SB (politische Polizei), der ZOMO (Anti-Aufruhr-Einheiten der Polizei), und der ORMO (Hilfspolizei), sowie eine Revision des Strafrechts mit dem Ziel der Sicherung demokratischer Freiheiten. Dies beinhaltet auch die Abschaffung des privilegierten Status der PVAP und aller mit ihr verbundenen Gruppen wie der SD (Demokratische Partei), der ZSL (Vereinigte Bauernpartei), der ZSMP (Vereinigung der Polnischen Sozialistischen Jugend), der ZSP (Vereinigung Polnischer Studenten) usw. sowie die Garantie, daß jeder, der leitende Funktionen, in der Verwaltung wie in der Wirtschaft, ausübt, gewählt werden muß; schließlich die Unterordnung der territorialen Verwaltung unter die in freier, gleicher, direkter und Verhältniswahl gewählten Strukturen der Selbstverwaltung.

– **Die Garantie der Freiheit politischer und gesellschaftlicher Tätigkeit**; d.h. das uneingeschränkte Recht zu streiken und Gewerkschaften zu bilden, auch in der Polizei und in der Armee (einschließlich für Wehrpflichtige); in Übereinstimmung mit der 2. der 21 Forderungen des überbetrieblichen Streikkomitees von Danzig 1980, *„Garantie der Sicherheit für die Streikenden und die Personen, die sie unterstützen"*, und in Übereinstimmung mit der 7. dieser Forderungen, *„Bezahlung der Streiktage an alle Streikenden gemäß den Regelungen für bezahlten Urlaub"*.

Die Aktivitäten politischer Parteien, die die Basis der modernen Demokratie und die Bedingung für die Gesellschaft, zum Subjekt der Geschichte zu werden, bildet, können nicht durch Gesetze beschränkt werden.

– **Die Sicherung völliger Presse- und Informationsfreiheit** durch die Abschaffung der Zensur und eine Beendigung der materiellen und gesetzlichen Garantien für Monopolstellungen auf diesem Gebiet, und besonders Aufteilung der materiellen Mittel, über die RSW »Prasa-Ksiazka-Ruch« verfügt, auf alle politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen. Die Unterstellung von Radio und Fernsehen unter die Kontrolle repräsentativer Körperschaften auf den entsprechenden Ebenen und die Garantie des Zugangs zu ihnen für alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen.

II. Unterordnung der Wirtschaft unter die gesellschaftlichen Bedürfnisse

Das Ziel der Wirtschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhunderts muß es sein, annehmbare Lebensverhältnisse zu sichern, d.h. zumindest das Recht auf gesunde und ausreichende Ernährung, Wohnung, Gesundheitsfürsorge, für jede(n) zugängliche soziale Dienstleistungen (z.B. Kinderkrippen) sowie Ausbildung und Kultur für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Eine unerläßliche Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Ziele ist die Unterstellung der Wirtschaft unter die Kontrolle der Produzenten. Nur ein solches Modell des gesellschaftlichen Lebens kann jedem Menschen die Möglichkeit garantieren, seine Bestrebungen zu verwirklichen, und die Grundlage für die Emanzipation der Gesellschaft bilden.

Bis zum letzten Augenblick hat die Regierung von Mieczyslaw Rakowski, – indem sie den Weg ihrer Vorgänger beschritt und vollendete Tatsachen schuf –, die polnische Wirtschaft entschlossen in die entgegengesetzte Richtung geführt. Sie erweiterte die Möglichkeiten für die private Aneignung seitens der Nomenklatura und für die Entwicklung spekulativ-korrupten Kapitals, und schuf die Voraussetzungen für den Verkauf der nationalen Produktionsmittel an das ausländische Kapital. Zusätzlich erlaubte sie einen unbegrenzten Anstieg der Preise für Konsumgüter mittels der Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen in einer Situation gravierender Nahrungsmittelknappheit. Nachdem sie dies getan hatte, führte sie den Prozeß der Kombination der gesamten bürokratischen Wirtschaft mit Marktmechnismen weiter und verschlechterte so die materielle Lage der Mehrheit der Gesellschaft.

Tadeusz Mazowieckis Regierung muß radikal mit der Politik ihrer Vorgängerin brechen.

III. Plan, Selbstverwaltung und Markt miteinander verbinden

Es ist notwendig zu verstehen, daß das Schicksal der Wirtschaft in erster Linie in den Händen der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst liegt. Nur die Selbstorganisation und Initiative der Arbeiterinnen und Arbeiter kann den Widerstand des alten Partei- und Staatsapparats brechen und zu einer Situation führen, in der die neue Regierung wirtschaftliche Veränderungen zum Wohle der Mehrheit durchsetzen kann.

In der ersten These des auf dem 1. Landesdelegierten-Kongreß 1981 verabschiedeten Programms von »Solidarność« heißt es:

„Wir fordern die Durchführung einer selbstverwalteten und demokratischen Reform auf allen Ebenen der Verwaltung, einer neuen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung, die Plan, Selbstverwaltung und Markt miteinander verbindet (...).

Organisatorische Grundeinheit der Wirtschaft muß das gesellschaftliche Unternehmen sein, über das die Belegschaft, repräsentiert durch den Arbeiterrat, verfügt und das operativ vom Direktor geleitet wird, der nach einer entsprechenden Ausschreibung durch den Rat berufen und durch ihn auch entlassen wird (...). Die Reform sollte die Planung vergesellschaften."

Die Verwirklichung einer solchen Reform erfordert die Errichtung einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion, die von den Selbstverwaltungsräten der Arbeiter, Landarbeiter und Handwerker ausgeübt wird, die national und regional in Selbstverwaltungskammern organisiert sind. Die Bedingungen für eine solche Kontrolle sind die folgenden:

– Die Garantie gleicher Handlungsmöglichkeiten für Selbstverwaltungsräte, Gewerkschaften und andere Arbeitervertretungen unter allen Eigentumsformen, und die Vereinheitlichung des gesetzlichen Rahmens in bezug auf Produktion, Arbeitsplätze, Handel, Löhne und Arbeitsbedingungen.

– Die Veränderung der Beziehungen der Arbeit im Betrieb im Sinne der Befreiung der Arbeit, insbesondere durch die radikale Einschränkung der Anzahl der Aufseher und des Verwaltungspersonals und durch die Garantie, daß diese gewählt werden.

– Offenlegung der Bücher. Die Arbeiterkontrolle über Produktionsmittel und -ziele bildet eine unerläßliche Etappe auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die die vollständige Verantwortung für die Wirtschaftsverwaltung übernimmt. Die Bestandsaufnahme über die Produktion und die Verbindungen ihrer Zusammenarbeit durch die Selbstverwaltungsräte und -kammern (Berichte über den Zustand der Betriebe und der gesamten Wirtschaft) würde eine nationale demokratische Diskussion über die Prinzipien einer zentralisierten Zuteilung des ökonomischen Überschusses in einer Weise erlauben, daß die Befriedigung der von der Gesellschaft zum Ausdruck gebrachten Bedürfnisse in zunehmendem Maße garantiert wird. Auch wenn auf die Anwendung von Marktmechanismen in der Verteilung nicht verzichtet werden kann – in dem Maße, wie die wirtschaftliche Entwicklung die völlige Befriedigung der Bedürnisse nach verschiedenen Produkten nicht sicherstellen kann –, muß die Anwendung von Marktmechanismen unter Bedingungen ernster Knappheit den Entscheidungen einer Gesellschaft unterworfen sein, die sich ihrer Bedürfnisse bewußt ist.

IV. Selbstverteidigung der Arbeiterinnen und Arbeiter angesichts der Auswirkungen der Krise

Die Schwere der Wirtschaftskrise erfordert, daß die Arbeiterkollektive sofortige Aktionen zur Selbstverteidigung durchführen.

– Arbeiterkontrolle über die Preise

Die regionalen Strukturen von »Solidarność« müssen insbesondere in Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Kommissionen im Handels- und Dienstleistungssektor sicherstellen, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten jede Woche berechnet und veröffentlicht wird. Es muß gefordert werden, daß auf dieser Grundlage ein wöchentlicher Prämienausgleich für die Lebensverteuerung gezahlt wird. Die Regierung muß Maßnahmen ergreifen, die die Preiserhöhungen stoppen.

– Gesellschaftliche Kontrolle über die Nahrungsmittelverteilung

Entsprechend These 7 des 1981 verabschiedeten »Solidarność«-Programms müssen im Falle ernster Nahrungsmittelknappheit die Basisstrukturen von »Solidarność« die Initiative zur Schaffung von Arbeiterkommissionen für den Markt und für die Lebensmittelversorgung mit einer Koordinationszentrale ergreifen. Diese Kommissionen sollen mit den Gliederungen der Individualbauern zusammenarbeiten.

Tadeusz Mazowieckis Regierung sollte solchen Kommissionen das Recht einräumen, alle Läden, die Konsumgüter verkaufen, zu kontrollieren, einschließlich derjenigen, die unter der Kontrolle des Innen- und Verteidigungsministeriums stehen.

– Neubewertung der Arbeit

Frühere Regierungen haben den Prozeß der Anbindung der Preise des inneren Marktes an das Weltmarktniveau eingeleitet. Der Anteil der Arbeitskraft an den gesamten Produktionskosten ist drastisch reduziert worden. Tadeusz Mazowieckis Regierung muß, in Übereinstimmung mit »Solidarność«, eine radikale Lohnreform durchführen und vor allem den Anteil der Löhne an den Gesamtkosten auf das durchschnittliche Weltniveau anheben.

– Sicherung des Rechts auf Arbeit

These 9 des 1981 verabschiedeten »Solidarność«-Programms stellte fest: *„Wir erklären uns für das allgemeine Recht auf Arbeit und gegen Arbeitslosigkeit... In Betrieben, in denen Einschränkungen vorgesehen sind, soll die Betriebskommission diese Veränderungen innerhalb der Betriebe untersuchen, damit die betroffenen Arbeiter die Möglichkeit haben, einen anderen Arbeitsplatz zu suchen oder eine Arbeit mit verkürzter Arbeitszeit ohne Lohnverluste anzunehmen. Wie die Gewerkschaften in Westeuropa fordern wir eine 35-Stunden-Woche."*

– Kündigung der Schulden

Der neue Ministerpräsident stellte in seiner Rede vor dem Parlament richtig fest: *„Die Wirtschaft ist von den Auslandsschulden erdrosselt worden."* Seit 1971 wurden 49 Milliarden Dollar Anleihen aufgenommen, 44 Milliarden Dollar wurden zurückgezahlt, doch es bleibt auch so eine Verschuldung von 39 Milliarden Dollar übrig.

Die Gesellschaft kann die Verantwortung für von der Nomenklatura gemachte Schulden und die durch ihre Herrschaft verursachte Verschwendung nicht übernehmen.

– Die Wiedergewinnung wirtschaftlicher und politischer Souveränität

1.) Die Ablehnung der Bedingungen des IWF, deren Durchsetzung gewiß zu einer drastischen Reduzierung des Lebensstandards und der Unterordnung der polnischen Wirtschaftspolitik unter das ausländische Kapital führen würde.

2.) Die Revision der militärischen und wirtschaftlichen Verträge/Abkommen, die für Polen aufgrund seiner Mitgliedschaft im Warschauer Pakt und im RGW gelten.

V. Die selbstverwaltete Republik

In Übereinstimmung mit dem 1981 verabschiedeten Programm von »Solidarność« wollen wir *„eine wirkliche Vergesellschaftung des Verwaltungs- und Wirtschaftssystems. Deshalb streben wir ein selbstverwaltetes Polen an."*

– Freie Wahlen für eine Konstituierende Versammlung

Das Grundgesetz muß Ausdruck der bewußten und freien Entscheidung durch die Gesellschaft sein. Die neue Regierung muß eine freie, gleiche, direkte, geheime und Verhältniswahl für die Konstituierende Versammlung organisieren und insbesondere garantieren, daß alle Kandidaten dieselben materiellen Bedingungen für ihren Wahlkampf genießen.

– Die Frage der Macht

Der Weg zu einer selbstverwalteten Republik beinhaltet die völlige Abschaffung der Macht der Nomenklatura. Diese Aufgabe kann nur durch die selbstorganisierte Arbeiterbewegung erfüllt werden, bestärkt durch ihre Erfahrungen unter dem Kriegsrecht und in den Untergrundaktivitäten, im Kampf um die betriebliche, regionale und staatliche Macht.

Wroclaw, 13. 9. 1989

Rumänien

Der Sturz der Ceausescu-Clique – Die Revolution der Räte

Der Sturz der Ceausescu-Diktatur durch die rumänische Revolution bildete das Ende eines Jahres, das in die Geschichte als ein Jahr der Revolutionen eingehen wird. Zum besseren Verständnis folgt hier zunächst ein historischer Abriß, und dann wollen wir einige erste Dokumente dieser Revolution wiedergeben.

1944-1989: Eine Epoche europäischer Geschichte

1944, als Partisanengruppen und Betriebskomitees Rumänien überzogen, näherte sich die KP Rumäniens den Liberalen um Tatarescu, den Vertretern der Armee und der Monarchie, um sich in einer geheimen Sitzung vom 13./14. Juni 1944 auf die Machtübernahme von König Michael I. zu einigen. Am 20. August drang die Rote Armee in das Land ein. Am 23. 6. brach der Aufstand los; die mit den Nazis verbündete Regierung wurde verhaftet, Michael I. zum König proklamiert.

Gegen die Revolution...

Bewaffnete Gruppen von Arbeitern und die reguläre Armee übernahmen den größten Teil des Landes. Die Truppen der Sowjet-Armee zogen am 31. August in das befreite Bukarest ein. Die KP schlug die Bildung einer Nationalen Demokratischen Front vor. Daraus wurde nach Intervention der USA und Großbritanniens der Block Demokratischer Parteien.

Nach großen Demonstrationen, die in zahlreichen Städten gewaltsam unterdrückt wurden, wurde die erste Agrarreform erzwungen sowie Gesetze über Löhne und Preise. Im August 1945 weigerte sich König Michael I., die Entscheidungen der neuen Regierung zu verkünden.

Der Block der Demokratischen Parteien erhielt bei den Parlamentswahlen 79,86 % der Stimmen. Am 30. Dezember 1947 wurde die Volksrepublik Rumänien ausgerufen.

...Etablierung des stalinistischen Staatsapparates

Im Februar 1948 fand – nach bekanntem Muster – ein „Vereinigungs"-Parteitag der KP und der sozialdemokratischen Partei statt. Die wichtigsten Betriebe wurden am 11. Juni 1948 verstaatlicht. Am 30. August wurde die »Securitate« geschaffen, am 23. Januar 1949 die »Volksmiliz«.

Ein Programm der Zwangskollektivierung führte dazu, daß 1960 82 % der Äcker zum „sozialistischen Sektor" gehörten. Von 1952 bis 1956 überzog eine Repressions- und Säuberungswelle das Land.

Die ungarische Revolution von 1956 fand in den Demonstrationen von Bukarest, Jassy, Cluj (Klausenburg) und Temesvar ihr Echo.

„Öffnung" zum Westen...

Am 22. März 1965 wurde Georghiu-Dej an der Spitze der Partei durch Ceausescu abgelöst.

In der Außenpolitik verschaffte er sich einen bestimmten Spielraum ggenüber dem Kreml. Er unterhielt gute Beziehungen zu Mao Tsetung, empfing General De Gaulle (während des französischen Generalstreiks 1968 !), Nixon und Golda Meir.

Rumänien ist das einzige Land Osteuropas, das nach dem „Sechs-Tage-Krieg" die diplomatischen Beziehungen zu Israel aufrechterhält und... die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR 1968 verurteilt.

1971 trat Rumänien dem GATT (Welthandels- und Zollabkommen) bei, 1972 dem Internationalen Währungsfonds (IWF). In der Zwischenzeit wurde die Bildung „gemischter Gesellschaften" erlaubt, d.h. dem Kapital der Zugang zum rumänischen Markt geebnet.

1974 schlossen die neun Staaten der EWG mit Rumänien ein Abkommen über bevorzugte Handelsbeziehungen ab (niedrigere Zölle !), und die USA gaben Rumänien den Status des bevorzugtesten Handelspartners.

...und Repression gegen die Arbeiter

1977 zwangen die 35 000 streikenden Bergarbeiter des Schil-Tals Ceausescu, persönlich zu Verhandlungen zu erscheinen. Danach wurden die Streikenden mit Unterdrückungsmaßnahmen verfolgt, wie auch 1979 die Mitglieder der unabhängigen Gewerkschaft SLOMR.

1982 begann Ceausescu eine Politik der beschleunigten Rückzahlung der Auslandsschulden und ließ – gleichzeitig mit Sparmaßnahmen – ein Gesetz verabschieden, das die Löhne an die Produktivität koppelte und den staatlich garantierten Mindestlohn aufhob (1983). In den Folgemonaten kam es zu Streiks. 1983 wurde mit der Anwendung des Gesetzes über die „Umstrukturierung" des ländlichen Raumes, d.h. dem Programm der Dorf-



Diktator Ceausescu mit seiner „blutigen Helena" in Pelzmänteln. – Am Tag seines Sturzes durch das Volk hatte Ceausescu 2 Mitgliedskarten in seiner Tasche: eine von der KP Rumänien, die andere vom IWF, dessen bester Schüler er war.

zerstörung, der langanhaltende Widerstand der Landbevölkerung und der nationalen Minderheiten hervorgerufen.

1987: Streiks in Brasov (Kronstadt)

Im Oktober 1987 kam es zu ersten Streiks in Brasov. Am 15. November demonstrierten 20 000 Arbeiter einer Fabrik *„für Brot und Freiheit, gegen Ceausescu"*. Das Regime antwortete mit Unterdrückung. Die Antwort darauf war ein Aufstand. Es gab Tote, Verletzte und mindestens 400 Verhaftungen.

In Cluj und Temesvar fanden Demonstrationen statt; in Craiova wurde *„Macht es wie in Brasov!"* an die Mauern gemalt, Flugblätter wurden in 94 Städten verteilt, Streiks brachen in mehreren Industriezentren aus, es kam zu „Zwischenfällen" in Bukarest.

Der Stein war ins Rollen gekommen... das Ergebnis war der 16. Dezember 1989 in Temesvar.

●

Berichte und Dokumente aus Rumänien

Kommuniqué des Rates des Komitees der nationalen Rettung des Bezirks Arad und aller seiner Betriebe und Institutionen, 27. Dezember 1989:

„Wir fordern: daß in allen Betrieben und Institutionen Belegschaftsvollversammlungen für jede Produktionseinheit und Abteilung durchgeführt werden und dort öffentlich die lokalen Komitees der nationalen Rettung gewählt werden.

Daß diese Komitees der Abteilungen und Produktionseinheiten 3-5 Personen umfassen, deren Kompetenz und moralische Unbestechlichkeit bekannt ist. In ihnen können Mitglieder der Kommunistischen Partei vertreten sein, unter der Bedingung, daß sie keine politische Leitungsfunktion ausgeübt haben.

Daß die derart gegründeten Komitees in öffentlicher Abstimmung die Abteilungsleiter und Leiter der Produktion wählen.

Daß in jedem Betrieb, in jeder Institution, die gewählten Komitees zu einer Vollversammlung zusammentreten, um das Exekutivkomitee des Betriebs oder der Produktionseinheit zu wählen. Das Exekutivkomitee soll folgendermaßen zusammengesetzt sein: ein Vorsitzender, zwei Stellvertreter und weitere Mitglieder. Diese Exekutivkomitees sind dem Mandat ihrer Wähler und dem Gesetz verpflichtet und verantwortlich für alles, was ihre Organisation und ihre Handlungen betrifft."

Authentische Berichte aus den Betrieben:

„Unser Betriebskomitee hat sich auf den Barrikaden in der Nacht des 20. Dezember gegründet. Jede Fabrik war an ihrem Platz. Dann sind wir in den Betrieb zurückgekehrt. Wir haben uns den Arbeitern vorgestellt und gesagt: ›Hier ist euer Komitee. Hier die Liste der provisorischen Mitglieder. Seid ihr einverstanden oder nicht?‹ Wir sind mit der Liste in alle Abteilungen gegangen. Einige sind gewählt worden, andere nicht. Es gab Änderungen. Jetzt gibt es Delegierte aus jedem Bereich des Betriebs im Verhältnis 1-3 Delegierte je nach Belegschaftsstärke. Die alte Werksdirektion hat sich kampflos der Kontrolle unseres Komitees unterstellt.

Wir haben die Spezialisten dabehalten. Das Komitee kontrolliert die Direktion, die nichts ohne uns entscheiden kann. Es gibt eine Verständigung zwischen der Direktion und dem Komitee. Das Komitee hat auch die Hilfe für die Opfer der Kämpfe und für die Kinder übernommen. Wir helfen bei der Kontrolle der Errichtung eines freien Rumäniens."

Ein anderer Betrieb:

„Die offizielle Gewerkschaft verschwand, sobald unser Betriebskomitee gegründet war. Sie stand nicht auf Seiten der Arbeiter. Heute umfaßt unser Komitee 32 Mitglieder. Aus Bukarest erreichte uns eine Neuigkeit, daß sich eine freie Gewerkschaft gebildet habe. Daraufhin haben wir uns gesagt, daß wir uns darum kümmern müssen und eine freie Gewerkschaft brauchen, denn in den Betrieben wird nichts mehr wie vorher sein. Wir brauchen Gewerkschaften."

In der Zeitung von Temesvar konnte man im Dezember lesen:

„Gestern haben wir eine Versammlung der Betriebsdelegierten der Stadt (fast 150 waren anwesend) durchgeführt. Ungefähr 20 Großbetriebe und 50 weitere von Temesvar waren vertreten. Im Laufe dieser Versammlung haben wir die Zusammensetzung des Komitees verändert. Das Komitee zählt 37 Mitglieder, mit Vertretern aller Gesellschaftsschichten. Also 3 für die Industrie, 4 für die Landwirtschaft, andere für Jugend, Kulturschaffende. Zwei Plätze waren für die KP vorbehalten, aber niemand wollte sie einnehmen, also wurden sie anders vergeben.

Die gesamte alte Verwaltung der Stadt ist völlig aufgelöst. Es gab ein oder zwei Komiteemitglieder von der alten Verwaltung, sie wurden gestern abgelöst, weil Delegierte sagten: ›Was machen die hier? Sie gehörten zum alten Regime...‹ Sie wurden deshalb nicht wiedergewählt."

Von einem Stadtkomitee kommt folgender Beitrag:

„Im Stadtkomitee waren bei je zwei Delegierten pro Betrieb 120-150 Personen bei der gestrigen Vollversammlung anwesend. Alle Berufsgruppen waren vertreten: Ärzte, Professoren, Kulturschaffende, politische Gefangene, Jugendliche, Soldaten, Studenten...

Wenn ein Betrieb nicht im Stadtkomitee vertreten wäre, wie sollte er die Wünsche der Arbeiter zu Gehör bringen?

Selbst die Betriebskomitees, die nicht in das Stadtkomitee gewählt worden sind, haben das Recht auf Teilnahme an seinen Tagungen.

Das Exekutivkomitee der Kommunalverwaltung ist provisorisch. Wir sind nicht verpflichtet, Beschlüsse dieses Stadtkomitees durchzuführen, wenn sie nicht gut sind. Mit den Anweisungen von oben, dem Kommandieren, ist es vorbei."

●



(Foto links:) Überall bewaffnete Kontrollpunkte der revolutionären Arbeiter, Bauern und Jugend.

Appell des Streikkomitees der Stadt Workuta an die Arbeiter der Sowjetunion

UdSSR

Am 2. November brach erneut ein Bergarbeiterstreik in Workuta (Nordsibirien) in 12 von 13 Zechen aus, d.h. mit der überwältigenden Mehrheit der 34 000 Bergarbeiter der Stadt. Diese Bewegung kennzeichnet offenkundig in mehrerer Hinsicht eine neue, entscheidende Etappe in der politischen Situation, und darüber sind sich die Bergarbeiter von Workuta völlig im klaren. Ihr Streik verfolgt vier Ziele:

– die tatsächliche Erfüllung der im Juli aufgestellten Forderungen, die von der Regierung im wesentlichen auch akzeptiert worden waren, ohne daß sie jedoch bisher ihre Versprechen eingehalten hat;

– Verurteilung und Ablehnung des Gesetzes über die „Lösung von Arbeitskonflikten", d.h. des Anti-Streikgesetzes (abgedruckt in der »«Prawda« vom 16. Oktober): abgesehen von verschiedenen Einschränkungen verbietet der Text schlicht und einfach den Streik in verschiedenen Industriezweigen, darunter die Zechen und das Transportwesen;

– Anerkennung des Existenzrechts unabhängiger Gewerkschaften; die 1 300 Kumpel einer der 13 Zechen Workutas haben einstimmig (bei 1 Enthaltung) beschlossen, aus der offiziellen Gewerkschaft auszutreten, die Komplizin der Verwaltung und des Apparates ist;

> **Zu dieser Entscheidung erklärte Terjoschin, Sprecher des Streikkomitees in Workuta: *„Das ist ein historisches Ereignis. Für die sowjetischen Arbeiter bedeutet es nicht weniger als der Fall der Berliner Mauer."***

– Forderung nach Streichung des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR, der die Führungsrolle der stalinistischen Einheitspartei proklamiert, und Abschaffung des vom Apparat sich selbst verschafften Privilegs, die führenden Politiker seiner Wahl in den Kongreß der Volksdeputierten zu entsenden.

Entsprechend diesen vier Forderungen verlangen sie die Absetzung des Zechendirektors, dem die absolute Mehrheit der Kumpel in einer Abstimmung ihr absolutes Mißtrauen ausgesprochen hat, der aber weiter das Vertrauen des Apparates der Bürokratie, dessen Mitglied er ist, genießt.

Die Regierung ließ den Streik durch die lokalen Behörden für illegal erklären und kündigte an, sie werde die Streikenden bestrafen. Sie startete eine nationale Verleumdungskampagne, wobei sie ihnen erfundene Forderungen unterschob wie etwa „kostenlose Mahlzeiten", und verschwieg dafür die wirklichen Forderungen.

Die Regierung versucht mit allen Mitteln die streikenden Bergarbeiter zu isolieren, doch schließlich mußte Ministerpräsident Ryschkow eine Delegation des Streikkomitees und von den Bergarbeitern der anderen Regionen empfangen. Die fast zweistündige Diskussion endete mit neuen Drohungen und Versprechungen.

***„Ihr müßt aufpassen, nicht ein Instrument in den Händen politischer Extremisten zu werden."* Das war der wesentliche Inhalt der Botschaft Ryschkows. Er wies immer eindringlicher auf die schwierige Wirtschaftslage hin. Doch wer ist dafür verantwortlich? Sicherlich nicht die Bergarbeiter.**

Am 3. November verfaßten die Bergarbeiter von Workuta einen Aufruf an alle Arbeiter der UdSSR:

„Die Praxis der ökonomischen Streiks hat gezeigt: Wenn nicht entscheidend das herrschende totalitäre System der Bürokratie zerschlagen wird, hat die Aufstellung von ökonomischen Forderungen keinen Sinn. Deshalb erklären die Bergarbeiter, daß sie sich im Zustand der Vorbereitung auf den politischen Streik befinden, und stellen die folgenden Forderungen auf:

I.- Die Statuten der Arbeiterkomitees als permanente Organe der sozialen Verteidigung der Arbeiterinteressen müssen ratifiziert werden, einschließlich ihres Rechts, ihre eigenen Druckschriften zu produzieren. Sofortige Inangriffnahme einer radikalen Reform der Struktur der existierenden Gewerkschaften von oben bis unten. Ratifizierung des Rechts aller Kategorien der Arbeiter, sich in unabhängigen Gewerkschaften ihrer Wahl zusammenzuschließen.

II.- Zur Unterstützung der wichtigen Rolle, den der Flügel in der KPdSU spielt, der für die Umgestaltung innerhalb des Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Demokratisierung einsteht, fordern wir, daß die folgenden Fragen auf die Tagesordnung der Sitzung des Obersten Sowjets gesetzt werden:

1.) Streichung des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR (1). Anerkennung des Rechts aller Bürger, sich in Vereinigungen, Gruppen und politischen Parteien auf einer gewaltfreien Aktionsplattform zusammenzuschließen. Die KPdSU muß durch ihre Säuberung von ihren stalino-bürokratischen Elementen in der Realität beweisen, daß sie ein Recht auf Führung des Landes hat, indem sie dem Willen des Volkes freien Ausdruck verschafft.

2.) Direktwahl des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, sowie der Vorsitzenden der Obersten Sowjets der Unions- und Autonomen Republiken, der Vorsitzenden der Sowjets der Städte, Regionen, Territorien, Dörfer usw. Streichung der Ernennung von Volksdeputierten durch die sozialen Organisationen (2). (...) Verbot der Ämterhäufung als Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets (3).

3.) Im Pressegesetz muß jedem Bürger der UdSSR das Recht auf freie Meinungsäußerung und Veröffentlichungsfreiheit nach eigener Wahl im Rahmen des Gesetzes garantiert werden.

III.- Wir sind der Meinung, daß das verabschiedete Gesetz über den Ausnahmezustand und das Gesetz über die Lösung von Arbeitskonflikten in ihrem jetzigen Wortlaut darauf abzielen, die Arbeiter ihres Rechts zu berauben, auf das letzte Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen zurückzugreifen: den Streik, und die Arbeiterbewegung vom Demokratisierungsprozeß fernzuhalten und ihn damit in der Praxis zu liquidieren.

IV.- (...) Garantie einer wirklichen Information über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter und über unsere politischen und ökonomischen Forderungen.

V.- Die Arbeiterbewegung bekräftigt, daß die politische und ökonomische Freiheit ein natürliches Menschenrecht ist, das jeder Mensch von Geburt an hat, und die gesetzlichen Regelungen, die wir in den vorigen Punkten gefordert haben, sind nichts als die Verwirklichung dieses Rechts.

VI.- Wir wenden uns an die Bevölkerung der Sowjetunion, an alle Arbeiter, an alle demokratischen Kräfte, und rufen sie auf, diese Forderungen zu unterstützen, zu vervollständigen und weiterzuentwickeln in Versammlungen und Kundgebungen. "

Kollegen,
die Bergarbeiter von Workuta am Polarkreis wenden sich an Euch mit der Bitte, unsere politischen Forderungen zu unterstützen. In Workuta (Polarkreis), wo Zehntausende von Häftlingen an Frost und Hunger gestorben sind, mit Flüchen auf Stalin und das von ihm hervorgebrachte Regime auf den Lippen, ist eine Arbeiterbewegung entstanden mit dem Ziel, dieses System des administrativen Kommandierens zu zerstören. Diese Männer sind also nicht umsonst in den stalinistischen Lagern umgekommen! Und auch, damit sich diese Vergangenheit nicht wiederholt, bildet der Zusammenhalt der Arbeiter und die Einheit für ihre Forderungen unsere einzige Waffe gegen die Bürokraten, die Funktionäre und das gesamte administrative System, das über unseren Köpfen schwebt und bereit ist, auf uns einzuschlagen, um weiter leben und kommandieren zu können wie bisher. Durch Versammlungen, Kundgebungen, Telegramme an den Obersten Sowjet, an Gorbatschow und Ryschkow mit der Forderung, daß die Forderungen der Bergarbeiter des Polarkreises erfüllt werden, könnt Ihr Eure wirksame Unterstützung zum Ausdruck bringen und die Stärke und den Zusammenhalt der Arbeiter der Sowjetunion demonstrieren, die es nicht zulassen werden, daß der Streik von den Bürokraten zerredet und zum Spielball gemacht wird!

Das Streikkomitee der Stadt Workuta, 3. November 1989

(1) Der Artikel 6 definiert die Führungsrolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, KPdSU.
(2) Die KPdSU hat sich bei den letzten Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten eine bestimmte Zahl von Sitzen reserviert, die sie mit ihren eigenen Leuten belegte.
(3) M. Gorbatschow übt beide Ämter aus.

Resolution der Beratung der Vertreter der nationalen demokratischen Bewegungen der UdSSR

Die Entwicklung der politischen Situation der UdSSR in den vergangenen Jahren hat gezeigt, daß der unitäre Sowjetstaat sich im Zustand einer Dauerkrise am Rand der Katastrophe befindet. Um so stärker bemüht sich die Staatsmacht auch weiterhin, durch Zwang und Betrug die verrotteten Fundamente des letzten kolonialen Imperiums zu retten und grundlegende demokratische Lösungen zu vermeiden. Für diesen Zustand ist konkret verantwortlich die durch ZK und Politbüro geleitete KPdSU, aber auch ihre Organisationen in der Provinz.

Die Beratung der Vertreter analysierte die gegenwärtige politische Situation und resümierte:

1. Die Beratung konstatiert mit großem Zorn, daß der staatliche Terror in Grusiaren am 9. April dieses Jahres ein Genozid ist, eine Verletzung der Menschenrechte und des Rechts der nationalen Souveränität, ein Barbarentum am Ende des 20. Jahrhunderts von einer Obrigkeit, die behauptet, auf dem Weg der Schaffung eines gerechten, ja sogar humanistischen Staates zu sein. Gewalt gegen wehrlose Frauen und Kinder konnte nicht ohne direkte Anordnung aus Moskau angewandt werden. Wir fordern, unverzüglich die Namen der für diese Ereignisse verantwortlichen Menschen zu veröffentlichen und diese Menschen offen zu verurteilen.

2. Die Beratung unterstützt den Kampf des bjelorussischen Volkes für die Wiedergeburt seiner Nationalsprache und -kultur und für die Rechte seines Volkes auf einen Volksentscheid. Wir sind sehr beunruhigt darüber, daß die Staatsmacht der BSSR mit Gewalt versucht, die Bewegung der nationalen Wiedergeburt zurückzudrängen und sogar ähnliche Eigenmächtigkeiten rechtfertigt. Wir verurteilen entschieden das Gesetz des Präsidiums des Obersten Sowjet der Bjelorussischen SSR vom 30. März 1989, das eine Bestrafung für die Verbreitung unabhängiger Informationen und die offene Verwendung einer nationalen Symbolik vorsieht. Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der bjelorussischen Vereinigten Konföderation und der Volksfront Bjelorußland »Adrasidenne« (Wiedergeburt) und ermahnen dazu, vom 5. bis 9. Mai Meetings und Demonstrationen zur Unterstützung dieses Kampfes abzuhalten.

3. Die Beratung bekräftigt ihren Beschluß, die berechtigten Forderungen der Krimtataren nach einer Rückkehr in ihre historische Heimat und die Wiedererrichtung der autonomen Krim-SSR zu unterstützen. Die Beratung hat ihre Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Obrigkeit der UdSSR bis auf den heutigen Tag nicht von der Genozidpolitik gegen die Krimtataren Abstand genommen hat und immer noch auf der Ebene der örtlichen Verwaltungen verschiedenste Hindernisse schafft, um Tataren an der Rückkehr in ihre Heimat zu hindern. Die Beratung wendet sich an den Kongreß der Volksdeputierten und verlangt, daß alle staatlichen Exekutivorgane jegliche Beschränkungen aufheben, die die Krimtataren an der Rückkehr in ihre Heimat hindern, und ein Gesetz zu erlassen zur Wiedererrichtung der Krim-ASSR, und das Volk mit allen daraus folgenden Konsequenzen zu rehabilitieren.

4. Der unitäre Staat hat nicht sein Wesen verändert, sondern agiert auf die alten autoritären Weisen, deren Ziel die Einschüchterung der Völker in ihrem Kampf für die Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit ist, sowie das Säen zwischennationaler Zwietracht nach dem Prinzip „teile und herrsche". Wir verlangen von der Führung der UdSSR reale Garantien für eine freie Tätigkeit für die Realisierung der Rechte der Völker.

5. Die Beratung äußert einen entschiedenen Protest gegen den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8. April 1989 und betrachtet diesen Erlaß als den drakonischen Versuch, die Herrschaft des Parteiapparates zu retten und als eine Weise der Unterdrückung der Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit. Wir fordern, daß die Regierungen der Republiken diesen Erlaß nicht anerkennen.

6. Es ist eine Situation entstanden, daß die Regierung der UdSSR, obwohl sie noch nicht einmal alle früheren politischen Gefangenen freigelassen hat – schon gar nicht zu reden von ihrer Rehabilitierung – schon wieder begonnen hat, Vertreter der neuen unabhängigen Bewegungen Repressionen zu unterwerfen, darunter Mitglieder des Karabach-Komitees, des Krunk-Komitees, Patrioten Grusiniens, Aserbaidschans und anderer Länder. Wir fordern die unverzügliche Freilassung der Inhaftierten und die völlige Wiederherstellung ihrer Bürgerrechte.

7. Die Beratung unterstützt die Forderung der Völker (Letten, Litauer, Esten, Westukrainer, Westbjelorussen, Moldauer u.a.), die Opfer des verbrecherischen Vertrags des Jahres 1939 zwischen zwei imperialistischen Staaten, des sogenannten Molotow-Ribentrop-Paktes wurden, diesen Vertrag für nichtig zu erklären. Die Beratung fordert von der Regierung der UdSSR, letzteren Vertrag als ungültig zu erklären mit allen aus diesem Akt entstehenden Folgen: Den Abzug sowjetischer Militäreinheiten aus dem 1939-1949 okkupierten Territorium und die Wiederherstellung der unabhängigen Staaten Lettland, Litauen und Estland.

8. Gemäß der Genfer Konvention von 1949 ist die Einberufung von Bürgern eines okkupierten Landes in die Okkupationsstreitkräfte verboten. Die Beratung protestiert gegen den Mili-

tärdienst von Bürgern unterdrückter Völker in den Streitkräften des Imperiums.

9. Die Beratung ist zu dem Schluß gekommen, daß die Lage der UdSSR sich jetzt sehr verschärft hat. Solch eine Destabilisierung gefällt keiner Gruppe von Einwohnern und besonders keiner von all den verschiedenen demokratischen Bewegungen der vielen Völker. Schließlich gefällt solch ein Zustand auch nicht dem imperialistischen Staat selbst. Deshalb unterstützen wir neue Formen von Bürgerbewegungen, z.B. die Tätigkeit der unabhängigen Organisationen Estlands und Lettlands, die sich bemühen, wirklich demokratische Kongresse (Versammlungen) von Volksvertretern zu schaffen. Solche Vertretungen des Volkswillens können nämlich auf friedliche, aber radikale Weise die Probleme zwischen Staat und Volk grundlegend lösen und den Weg frei machen für Verhandlungen für neue freie Beziehungen, deren Ergebnis für beide Seiten nützlich sein wird. Das ebnet den Weg zu einer Selbstbestimmung aller Völker und zu unabhängigen Nationalstaaten. Die Beratung ist sich sicher, daß, wenn die Regierung der UdSSR aus dem vorgelegten Material keine Schlußfolgerung zieht, sich die kritische Situation weiter verschärfen und es neue Anlässe öffentlicher Unzufriedenheit der verschiedenen Völker geben wird. Solchen Geschichtsabläufen kann sich auch die Staatsmacht des Imperiums nicht mehr widersetzen. Die Bewahrung des gegenwärtigen Zustandes löst nicht die Lebensprobleme der Völker. Ein Ausweg kann nur die Verwirklichung der politischen Rechte, die Anerkennung einer gleichberechtigten Partnerschaft aller demokratischen Bewegungen, ein Mehrparteiensystem und der freie Ausdruck des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung sein.

Namens der nationalen demokratischen Bewegungen unterzeichneten:

Volksfront Aserbaidschans – Zardust Alrzade
Nationale Selbstbestimmungsvereinigung Armeniens – Vardan Arutjunjan
Ilja Cacavadze-Gesellschaft – Tamar Ccheidze
Vereinigte Konföderation Bjelorußlands – Sjarzuk Njachames
Nationale Unabhängigkeitspartei Grusiniens – Georgrj Drzincaradze
Gesellschaft des hl. Ilja des Gerechten – Vaza Adamija
Nationaldemokratische Partei Grusiniens – Georgij Achalaja
Nationale Gerechtigkeitsunion Grusiniens – Irakeg Melasvili
Volksbewegung der Krimtataren – Abduresit Dzepparov
Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands – Einars Crlinskis
Helsinki 86 – Riga – Anka Bergmanie
Litauischer Nationaler Jugendverband „Junglitauen" – Stasys Buskevicius
Christlich-Demokratische Partei Litauens – Alfredas Macrjanskas
Litauische Freiheitsliga – Antanas Terleckas
Demokratische Partei Litauens – Povilas Peceliunas
Litauische Helsinkigruppe – Viktoras Petkus
Ukrainische Helsinkigruppe – Levko Lukjanenko
Ukrainski cas – Ivan Maker
Christlich-Demokratische Front der Ukraine – Vasilij Sicko
Nationale Unabhängigkeitspartei Estlands – Lagle Parek

Estland, Loodi 30. April-1. Mai 1989

Aufruf des litauischen Verbandes für gegenseitige Hilfe an die Völker des Baltikums

Unser grundlegendes Ziel besteht darin, zu erreichen, daß in unserer Gesellschaft die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und einer allgemeinen Sozialfürsorge verwirklicht werden, so daß jeder Bürger Litauens einen Lohn oder eine Rente erhält, die nicht unter dem Existenzminimum liegt, sowie, daß Kranke und Invaliden zusätzliche Kompensationen erhalten, die notwendig sind, um die Ausgaben für Heilung und Betreuung zu bestreiten.

Der litauische Verband für gegenseitige Hilfe hat, um sein grundlegendes Ziel zu verwirklichen, die ökonomische Situation der Einwohner Litauens analysiert und die Folgerung gezogen, daß die absolute Mehrheit der Einwohner Litauens in Armut lebt, und ein nicht geringer Teil an der Hungergrenze. In einer besonders schwierigen materiellen Lage befinden sich kinderreiche Familien, Rentner und Invaliden. Ähnlich ist die Lage in Lettland, Estland.

Bei den vorhandenen Bedingungen, gekennzeichnet durch das Fehlen sowohl einer ökonomischen wie der politischen Selbständigkeit als auch das Fehlen von Perspektiven, eine volle Selbständigkeit im Rahmen der UdSSR zu erreichen, sowie ohne Garantien für solch eine Selbständigkeit, ist das etwas Irreales, ist eine allgemeine soziale Gerechtigkeit eine Utopie. Nur freie und unabhängige Völker können die Idee einer sozialen Gerechtigkeit und einer allseitigen Fürsorge verwirklichen.

Die Völker des Baltikums sind nur auf friedlichem Wege imstande, die Unabhängigkeit zu erreichen – durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen der Völker Litauens, Lettlands und Estlands, bei denen das Wahlrecht den Zugereisten nicht gewährt wird und bei denen UNO-Beobachter beteiligt sind. Die Völker des Baltikums hatten in der durch die 1940 ungerechtfertigterweise vollzogene Okkupation und Inkorporierung in die UdSSR entstandene Lage bis jetzt keine Freiheit der Wahl und keine Möglichkeit einer freien Entscheidung. Solch eine Möglichkeit gibt es erst jetzt, wo die Obrigkeit der UdSSR, die das Land in eine ökonomische Katastrophe geführt hat, gezwungen ist, die entwickelten Länder um Unterstützung zu bitten, und als in der UNO und in der Londoner Gildenhalle M. Gorbatschow das Recht der Völker auf freie Wahlen verkündete. Solch eine Möglichkeit der Wahlfreiheit haben die Völker des Baltikums erst in dem Moment, wo sie nicht beschränkt werden durch Verordnungen über ein Referendum, neue Verfassungen oder andere drakonische Bestimmungen wie das Gesetz über die Demonstrationen.

Der litauische Verband für gegenseitige Hilfe lädt Litauer, Letten und Esten ein.

Wir fordern, daß die Regierung der UdSSR die Folgen des Molotow-Ribbentrop-Paktes liquidiert – aus den Staaten des Baltikums die Besatzungstruppen abzieht, keine Hindernisse schafft, daß die Völker Litauens, Lettlands und Estlands selbst ihre politisch-soziale Ordnung bestimmen, daß die verursachten materiellen und moralischen Schäden ersetzt werden.

Wir fordern, daß die Regierungen der UdSSR, BRD und DDR den Molotow-Ribbentrop-Pakt für vom Moment seiner Unterzeichnung an als juristisch ungültig erklären.

Wir bitten den UNO-Generalsekretär, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Vollversammlung die Frage der Entkolonialisierung der Staaten des Baltikums zu setzen und UNO-Kommissionen zu gründen für die Durchführung von Wahlen in Litauen, Lettland und Estland und für die Festlegung von Reparationen.

Der litauische Verband für gegenseitige Hilfe ist der Ansicht, daß jegliche Form der Äußerung **des Willens der Völker Rechtskraft** besitzt!

Briefe, die Ihre Willensäußerung ausdrücken, legen Sie bitte unserem Sekretariat vor:
233 000 Kaunas, S. Heries 12-3 / LSPS Republiksekretariat
Kaunas, 26. April 1989

(Quelle: »Musu rupintojelis – Unser Schmerzensmann« Nr. 7, Organ des litauischen Verbandes gegenseitiger Hilfe)

Der Urteilsspruch

des Internationalen Tribunals gegen die Verschuldung in Lima, 22.-24. September 1989

Das Internationale Tribunal gegen die Verschuldung

● das gegründet wurde zur Untersuchung der Pläne des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Urteilsfindung über die Verantwortlichen für die Konsequenzen der Auslandsschulden für die Völker;

● das in Lima (Peru) am 22., 23. und 24. September 1989 unter dem Vorsitz von Hélio Bicudo (Brasilien), Yves Dechezelles Frankreich), Ricardo Letts (Peru), Segundo Melendez (Venezuela), Omar Menouer (Algerien), Ralph Schoenman (USA) tagte.

● Auf der Grundlage des durch den Aufruf zum Tribunal gegebenen Auftrags, der von politischen, gewerkschaftlichen, demokratischen Organisationen und Menschenrechtsorganisationen aus Amerika, Afrika, Asien, der Karibik und Europa unterschrieben wurde, und der Mandate der internationalen Konferenzen von Caracas (Venezuela) vom 24.-26. April 1987, der lateinamerikanischen Gewerkschaftskonferenz von Campinas (Brasilien) am 18./19. Mai 1987, der Europäischen Konferenz von Berlin am 1./2. Oktober 1988, und gestützt auf die Arbeit der Gewerkschaftskonferenz von Havannna (Kuba) gegen die Auslandsschulden im Jahre 1985;

● **Vor einer internationalen Jury** von 16 Geschworenen, bestehend aus Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Akademikern, politischen Verantwortlichen, Verantwortlichen von Gewerkschaften und Bauernorganisationen, die von repräsentativen Delegationen oder von beim Internationalen Tribunal anwesenden Organisationen bestimmt wurden, die frei und nach bestem Wissen und Gewissen urteilen;

● **Nach Anhörung** der Anklageakte, die von politischen, gewerkschaftlichen, demokratischen, Bauern- und Menschenrechtsorganisationen Perus erstellt und von Herrn **Cesar Passalacqua** vorgetragen wurde;

● **Nach Anhörung** der Untersuchungsberichte, die vorgetragen wurden: von Herrn **Daniel Gluckstein** (Frankreich) über die Konsequenzen der Verschuldung für die Weltwirtschaft; von Herrn **Yehude Simon** (Peru) über die Konsequenzen der Verschuldung für die Menschenrechte, die demokratischen Rechte und Freiheiten und die Souveränität der Völker; von Herrn **Alioune Sow** (Senegal) über die Konsequenzen der Verschuldung für die Lebensbedingungen der Völker;

● **Nach Anhörung** der Aussagen von 35 Zeugen aus Afrika, Lateinamerika, Europa und der Karibik;

● **Nachdem** die Abwesenheit von Vertretern des IWF, der Weltbank und der EG **festgestellt wurde**, obwohl sie innerhalb der üblichen Fristen und in Übereinstimmung mit den Rechtsprinzipien, die weltweit als Garantie der Rechte der Verteidigung anerkannt werden, zur Teilnahme an der Arbeit des Internationalen Tribunals eingeladen worden waren;

● **In Erwägung** der offiziellen Zahlen, Dokumente und Erklärungen der Verantwortlichen von IWF, Weltbank und EG, die vorgelegt wurden, sowie der mündlichen Berichte und Zeugenaussagen, stellt das Tribunal fest, daß seit 1980 gegen die Völker Afrikas, Asiens, Lateinamerika und der Karibik eine Politik der wirtschaftlichen „Anpassung" durchgeführt wurde, deren erklärte Ziele die Senkung des Konsums des Volkes, der Kaufkraft und der Abkoppelung der Löhne vom Preisanstieg sind, sowie der Subventionsstopp für den öffentlichen Dienst und seine allgemeine Infragestellung, der millionenfache Abbau von Arbeitsplätzen, die Anwendung von Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbedingungen, Infragestellung der eigentlichen Grundlagen der produktiven Wirtschaft und der nationalen Souveränität, und allgemeine Steigerung der Ausbeutungsrate. In keiner Weise können die Verantwortlichen dieser Instanzen sich auf guten Glauben oder Unwissenheit berufen, denn dem Tribunal liegen vorangehende Absichtserklärungen dieser Institutionen vor, die keinen Zweifel offen lassen.

● **In Erwägung** der ausdrücklichen Prinzipienerklärungen der IWF-Verantwortlichen stellt das Tribunal fest, daß die „Anpassungspläne" des IWF weit davon entfernt sind, die Übel zu beseitigen, und stattdessen in allen Ländern, wo sie durchgesetzt wurden, zu den Ergebnissen führten:

– beispielloses Anheizen der Inflation,

– ständiges Ansteigen des Exportanteils, der für den Schuldendienst verwendet werden muß,

– ständiges Sinken des Pro-Kopf-Einkommens,

– ständiges Sinken der produktiven Investitionen,

– allgemeine Zerschlagung der öffentlichen Einrichtungen.

Damit wird eindeutig die Verantwortung derer festgestellt, die die Schuldenpolitik anwenden: der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Regierungen, die sich zu ihren Komplizen machen.

Es entspricht den Tatsachen, sie als voll und ganz und bewußt verantwortlich zu erklären für alle Konsequenzen der Schuldenpolitik; besonders sind sie voll und ganz verantwortlich für Elend, Hunger und Tod, welche die Experten des Internationalen Währungsfonds in der ganzen Welt verbreiten.

● **In Erwägung** der dem Tribunal vorgelegten Tatsachen und Zahlen stellt sich heraus, daß die angeblichen „Schulden" (1 300 Milliarden Dollar), die den unterdrückten Ländern angerechnet werden, im allgemeinen bereits über die Schuldensumme hinaus durch die schon geleisteten Zahlungen beglichen sind.

● **In Erwägung** der ausführlichen, detaillierten und eingehenden Informationen über die Bedingungen der Entstehung der Auslandsschulden **ist das Tribunal in der Lage zu bekräftigen:**

a) Im Gegensatz zu den Behauptungen des IWF haben die Schulden nicht ihren Ursprung im „Überkonsum" der Völker der sog. Dritten Welt. Die Schulden haben ihren Ursprung in der ständigen Suche des internationalen Finanzkapitals nach guten Profitbedingungen, besonders nach rentablen Investitionen für die Euro- und Petrodollar, die Ende der 60er Jahre angehäuft wurden.

b) Das Kapital, dessen Rückzahlung heute gefordert wird, ist niemals den Völkern zugute gekommen. Die „geliehenen" Summen, die teilweise in bloße Finanzkreisläufe investiert worden sind, die dann in schweizer oder amerikanischen Banken endeten, hatten als einziges spürbares Resultat die Vergrößerung des Kapitals der Großbanken und internationalen Großkonzerne und die Bereicherung der winzigen Schicht von „nationalen" Oligarchien, die sich den Großkonzernen verkauft haben, was zur Folge hat, daß das Elend und die Ausplünderung der Völker immer schlimmer wurden.

c) Deshalb können diese Schulden in keiner Weise als die der Völker angesehen werden, die weder um die Kredite gebeten noch sie vertraglich eingegangen sind und von denen sie keinen Nutzen hatten.

Die Schuldenwirtschaft hat ein Anwachsen der kapitalistischen Profite in allen großen Industriemächten ermöglicht. Auf der anderen Seite hat das Tribunal festgestellt, daß die IWF-Pläne und die sie umsetzenden EG-Pläne in allen kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas (und auch in anderen Formen in den osteuropäischen Ländern – Polen, Jugoslawien –, dort, wo es dem IWF gelungen ist, einzudringen) zur Vergrößerung des Elends, zu Entlassungen, zu nie dagewesenen Angriffen auf die Völker und Arbeiter dieser Länder führen. In allen Ländern, wo die IWF- und EG-Pläne duchgeführht werden, haben sie die gleichen Konsequenzen.

Das Tribunal stellt fest, daß die Forderung nach Annullierung der Schulden und all ihrer unheilvollen Konsequenzen die Arbeiter und Völker der ganzen Welt eint.

● **In Erwägung** der ihm vorgelegten Zahlen und Dokumente stellt das Tribunal fest, daß die Schuldenwirtschaft eng verbunden ist mit der Ausweitung der Börsenspekulation, der Rüstungswirtschaft, der Wirtschaft der „Waschanlagen" für Drogendollar, die von den Großbanken der USA, Europas und Japans betrieben wird, d.h. eine Wirtschaft des Todes und der Zerstörung der Produktivkräfte und Reichtümer der Menschheit.

● **In Erwägung** des Baker- und des Brady-Plans stellt das Tribunal fest, daß die von IWF, Weltbank und EG vorgeschlagenen „Lösungen" in keiner Weise bestrebt sind, diese Politik zu ändern, sondern sie nur noch verschärfen. Mit ihren Maßnahmen der „Umschuldung", durch die Organisierung des „Rückkaufs" durch Ausgabe von Obligationen, indem die Abtretung großer Teile des Territoriums und der nationalen Reichtümer im Austausch gegen die lächerliche „Streichung" eines winzigen Teils der Schulden erzwungen wird, und indem zu neuer Kreditaufnahme für die Rückzahlung der alten Zinsen gezwungen wird, beweisen IWF, Weltbank und EG eindeutig ihre Absicht, jeden Tag mehr die Schulden als Hauptinstrument zur Versklavung der Völker einzusetzen.

● **In Erwägung**, daß infolge der Anpassungspolitik von IWF und Weltbank die Regierungen der armen und abhängigen Länder als ihre Komplizen die Militarisierung der Gesellschaft vorantreiben, was in bestimmten Fällen bis zur Durchführung wahrer „Kriege nach innen" geht, um den Protest der Arbeiter und den Volksaufstand zu ersticken (deshalb hat der Imperialismus die Doktrin der nationalen Sicherheit eingeführt, wie sie sich in „Konflikten niedriger Intensität" und in der Strategie der Aufstandsbekämpfung äußert);

● **In Erwägung**, daß infolge des ständigen Wachstums der Auslandsschulden hauptsächlich wegen höherer Zinsen, die die kreditgebenden Banken auferlegen, diese Länder durchschnittlich mehr als 40 % des Wertes ihrer Exporte dafür ausgeben, eine Hypothek, die die Gegenwart und Zukunft von Millionen Menschen belastet;

● **In Erwägung**, daß man durch den Zwang zur Schuldenrückzahlung die Völker der Welt opfert, weil der Anteil der Unterernährten, Arbeitslosen sowie Analphabeten zunimmt und Krankheiten um sich greifen, weil die Ausgaben für das Gesundheitswesen drastisch gekürzt werden, weil die Ausgaben für die Ernährung, Bildung, für produktive Investitionen und Wohnungen gekürzt werden;

● **In Erwägung**, daß unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels Verträge abgeschlossen werden, die die Souveränität der Völker verletzen, weil sie die Anwesenheit von US-Militärberatern und US-Truppen legalisieren wollen, – die also zusätzliche Pläne in der Anti-Aufstands-Strategie darstellen, wie sie in den Andenländern Lateinamerikas vorangetrieben werden;

● **In Erwägung**, daß in zahllosen armen Ländern die herrschenden Klassen, die die Regierungen kontrollieren, gegen den allgemeinen Protest der Arbeiter und gesamter Völker in bedeutendem Maße die Haushalte für die Unterdrückung und den inneren Krieg aufgestockt haben, wobei sie demokratische Errungenschaften und gewerkschaftliche Freiheiten abgeschafft oder eingeschränkt haben;

● **In Erwägung**, daß die politischen Verfassungen der Staaten ständig von den gleichen angegriffen werden, die auf ihrer Grundlage regieren, was ständige Verletzungen der Menschenrechte durch Institutionalisierung der Folter, durch Verschleppungen und Massenhinrichtungen von Tausenden Bürgern in Asien, Afrika und Amerika ermöglicht;

● **In Erwägung**, daß die Souveränität der Völker ständig verletzt wird durch Militärbündnisse, weltweite Organismen und Verträge, die vom Imperialismus aufgebaut und kontrolliert werden;

● **In Erwägung**, daß alle vorgelegten Dokumente und Berichte feststellen, daß auf allen Gebieten die IWF- und EG-Pläne zur Ausbreitung von Hungersnöten und Epidemien, zum Ansteigen der Kindersterblichkeit und zur allgemeinen Infragestellung der Infrastruktur im Gesundheitswesen und im Kinderschutz führen;

Aus all diesen Gründen hat das Internationale Tribunal nach eingehender Beratung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regeln, wie sie weltweit in den Rechtsstaaten anerkannt werden;

● Einstimmig den Schlußfolgerungen der vorgelegten Berichte **zugestimmt,**

● **Festgestellt**, daß die spekulativen Fehlfunktionen des internationalen Währungssystems, das von den Finanz- und Bankinstitutionen der imperialistischen Länder manipuliert wird, die Hauptverantwortung für die Entstehung der Auslandsschulden der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik (Antillen, Haiti) und Osteuropas ((Polen, Jugoslawien) trägt.

● **Festgestellt**, daß die Arbeitsweise des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in keiner Weise den sog. Entwicklungsländern hilft, ihre Auslandsschulden zurückzuzahlen, sondern im Gegenteil in Wahrheit dazu führt, sie ständig zu erneuern und die schwere Last durch das Spiel der spekulativen Mechanismen der Verschlechterung der Handelsbedingungen („terms of trade") und der künstlichen Manipulationen der Zinsraten zu verewigen.

● **Festgestellt**, daß die Auslandsschulden der sog. Entwicklungsländer bereits über die Gesamtsumme des geliehenen Kapitals und der anfallenden Zinsen hinaus zurückgezahlt worden sind, und erklärt, daß die Schulden mithin als getilgt betrachtet werden müssen.

● **Das Tribunal kommt zu dem Urteilsspruch**, daß der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schuldig sind an der Verschlechterung des Lebensstandards der Völker, der anhaltenden Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung in den sog. Entwicklungsländern, die von Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Analphabetentum getroffen werden.

● **Es erklärt** feierlich, daß die Schulden nicht die der Völker sind und daß die Politik der Schuldenzahlung, wie sie von den bestehenden Regierungen in den sog. „verschuldeten" Ländern betrieben wird, die sich den Direktiven von IWF, Weltbank und EG in Asien, Afrika, Lateinamerika, in der Karibik (Haiti, Antillen) und in Osteuropa (Polen, Jugoslawien) unterwerfen, in Anwendung der Direktiven, wie sie vom Baker- und Brady-Plan empfohlen werden, eine Aggression gegen die betreffenden Völker und eine unerträgliche Verletzung ihrer Souveränität darstellen.

● **Kommt zu dem Urteilsspruch**, daß Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Komplizenschaft der jeweiligen Bourgeoisien und herrschenden Oligarchien in den sog.

„verschuldeten" Ländern schuldig sind: der Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Rechte und Freiheiten der Volksmassen, die militärischer und polizeilicher Unterdrückung durch antidemokratische Systeme ausgesetzt werden, welche sich gegen den Willen der Völker an der Macht halten können dank der Unterstützung der Kräfte des internationalen Imperialismus und der inneren Reaktion.

● **Kommt zu dem Urteilsspruch**, daß die Auslandsschulden ein Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker durch das internationale Finanzkapital darstellen, das vermittels der Agenturen des Imperialismus – IWF, Weltbank und EG – handelt.

● **Kommt zu dem Urteilsspruch**, daß die Verantwortlichen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorsätzlich, bewußt und in voller Absicht ihre Politik der Versklavung der Völker und Plünderung ihrer Wirtschaften durchführen.

● **Verkündet folglich die völlige, sofortige und bedingungslose Annullierung der Auslandsschulden** der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik (Haiti, Antillen), Osteuropas (Polen, Jugoslawien), und betrachtet den Kampf ihrer Völker gegen die Rückzahlung der Auslandsschulden und gegen die IWF-Pläne als legitim.

● *Niedergelegt in Lima, 24. September 1989*

Das »Ost-West-Diskussionsforum« hat in Nr. 8/9 Beiträge zum Internationalen Tribunal von Andrzej Gwiazda (Polen), Tom Sello und Uwe Bastian (DDR) veröffentlicht.

Weitere Beiträge und Dokumente sind in dem folgenden »Weißbuch« (s. Anzeige unten) enthalten:

Inhalt

Ost-/West-Literatur · Nr. 5

Beilage des Ost-West-Diskussionsforums Nr. 10 - Februar 1990

Daud Haider

Daud Haider ist der produktivste, meistgelesenste und umstrittenste Dichter in Bangladesh. Er wurde 1952 in Doharpara (Bangladesh) geboren und studierte Vergleichende Literaturwissenschaft. Nach dem Studium wurde er literarischer Herausgeber des »Sambad«, einer großen Tageszeitung in Bangladesh. Gleichzeitig veröffentlichte er Gedichtbände.

1974 schrieb er ein langes Gedicht, das sich kritisch mit den politischen und sozialen Verhältnissen in seinem Heimatland auseinandersetzt. Das Gedicht wurde verboten und sein Autor zu sechs Monaten Haft verurteilt. Daud Haider sieht im Kommunismus eine Chance für sein Land, in dem 80 % der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums leben, lehnt diesen Weg aber ab für Europa, da die Bedingungen gänzlich verschiedene sind. Zu diesen Bedingungen zählt er vor allem die soziale Absicherung, aber auch die Alternative direkt vor der Tür, die in erster Linie durch Unterdrückung der Bevölkerung von sich reden macht.

Aus dem Gefängnis schrieb Daud Haider an den damaligen Präsidenten von Bangladesh, Sheikh Mujibur Rahman, von dem er wußte, daß er ein Leser seiner Gedichte war. Er bat ihn, seine Freilassung zu bewirken. Daraufhin besuchte der Sekretär des Präsidenten Haider im Gefängnis und unterbreitete das Angebot, sofort in ein kommunistisches Land auszureisen. Daud Haider lehnte ab.

Nach Ablauf der Haftzeit wurde er aus Bangladesh ausgewiesen. Er ging zunächst nach Neu Delhi, später nach Kalkutta. Nach der Ermordung des Präsidenten Sheikh Mujibur Rahman durch die CIA im Jahre 1975 schrieb Haider in Kalkuttas Zeitungen gegen die Militärregierung von Bangladesh. 1979 zog diese Regierung Daud Haiders Paß ein. Indien verweigerte ihm die Einbürgerung und wollte ihn nach Bangladesh abschieben.

1985 wurde Haider durch die indische Regierung das Ultimatum gestellt, das Land binnen sieben Tagen zu verlassen. Daraufhin richteten 2 000 im amerikanischen PEN organisierte Schriftsteller einen Protestbrief an R. Gandhi, in dem sie ihn zur Einbürgerung Daud Haiders aufforderten. Der Erfolg war ein Hinauszögern der Entscheidung.

Günter Grass, der von den Schwierigkeiten Daud Haiders Kenntnis hatte, traf diesen 1989 in Kalkutta und bot ihm an, sich bei der Regierung der Bundesrepublik um politisches Asyl für ihn zu verwenden. Daud Haider nahm das Angebot an. Auf Einladung der Akademie der Künste traf Haider am 6. Juli 1987 in Berlin ein, wo er seitdem lebt.

Daud Haiders Werk umfaßt Romane, Erzählungen, Essays und vor allem mehr als zehn Gedichtbände, von denen drei in englischer Übersetzung vorliegen. *„Daud Haiders Gedichte sind gekennzeichnet von direktem Erleben, von anhaltender Betroffenheit, vom Verlust der Heimat. So sehr sich seine Gedichte auf sein Land, auf Bengalen beziehen, so grenzüberschreitend spricht er doch ein weltweites Thema an: Entwurzelung, Vertreibung, erzwungene Ortlosigkeit."* (Günter Grass, Brief an Julia Hobsbawn.) Beeindruckt und beeinflußt sieht sich Haider vor allem durch T.S. Eliot, Hölderlin und Rilke sowie den indischen Dichter Bishnu De. In seinen Gedichten benutzt er herkömmliche und moderne bengalische Metren. Umgangssprache und Elemente von Kinderliedern sind in seinen Gedichten ebenso zu finden wie poetisches Pathos. - fws -

In unserer Familie

Weder war noch gibt es etwas
Wesentliches über unser Familienleben zu erzählen:
Der gewöhnliche Haushalt der Städter,
kaputtes Geschirr, Spannungen, Ärger und
Verirrungen,
ein paar unbedeutende kleine Geschichten
machen unser Familienleben aus.

Und doch gibt es noch eine andere kleine Geschichte –
wir machten den Exodus mit aus Ost-Bengalen
anno 1947,
und seither sind wir Flüchtlinge in Calcutta.

In unserer Familie haben wir ein schreiendes Baby,
ein kleiner Junge, wir werden ihn hinausschicken
in die Sundarbans, einen Wald, wo er von selbst lernen
wird,
wie Vögel und Natur zusammen leben.

In unserer Familie gibt es nichts außer
die sich selbst fressende städtische Zivilisation.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Das Land, das mein Land ist

Das Land, das mein Land ist,
ist in den Händen Bewaffneter,
sein Boden eine zerquetschte rote Blüte.

Über das Land, das meines ist,
verteilen sich Wachtposten. Ihr Trampeln
dröhnt durch das Dunkel der Nacht.

Von Paraden erleuchtet, erheitert vom Tod
ist das Land, das meines ist, mein eigenes Land.

Zerrissen von Blitz und Donner ist das Herz
des Himmels, der mein eigener Himmel ist, mein
Himmel. Die Luft
schmeckt nach Schüssen.

Von Paraden erleuchtet, errötet in Tod
ist das Land, das meines ist, mein eigenes Land.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Mein Land

Wirst du mit uns kommen? Wirst du die
Quitten verlassen, die im Dorf wachsen, die Pfefferfelder,
die tanzenden Wasser des Flusses?
Deine Dorfgespielen, Jungen und Mädchen?
Wirst du mit uns weggehen?

Wir werden unseren Schmerz den Vögeln anvertrauen,
wenn du mit uns kommst und die Bäume bitten,
die in Gold zu kleiden. Hunger und Durst
werden uns nichts anhaben, wenn du mitkommst.
Von denen, die das Land pflügen, werden wir lernen,
die Herzen den Menschen zu gewinnen in dem
Land, in das wir gehen. Wo immer wir einem
Fluß begegnen, werden wir laut rufen

„Komm, laßt uns unsere Angst abwaschen, unser Zögern."
Wir werden lernen, den Wert jeder Blume,
jedes Schmetterlings zu erkennen.

Wirst du mit uns kommen? Oder wirst du
fragen wie Rebus alter Herr, „Haben die Füße
der Bauern, staubig und mit Spuren
von Getreide, jemals die Straßen jener fernen
Stadt berührt, von der ihr so viel redet?"

(Translated by: Juliane Molitor)

Feuer der Hölle

In einem Land, wo blinde Menschen leben,
verschwindet selbst das blendende Licht einer
lodernden Sonne unbemerkt.
Die Ahnen sind bloß dunkler Widerschein im Spiegel,
Dessen langer Schatten sich über das Land legt.
Deine Schönheit, die Linien deines Gesichts,
bekannt und unbekannt, ein Teil nur oder voll,
bleibt eingefaßt in trüben Spiegeln. Der Tag ist dunkel
und dunkel die Nacht. Nichts in der Gegenwart
ist zu sehen. In jedem Haus, wohin du auch schaust,
leuchtet das Feuer der Hölle.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Tief in mir

Tief in mir weinte jemand.
Tief in mir lauschte jemand.
Tief in mir suchte jemand nach mir.
Tief in mir rief jemand nach mir.
Tief in mir sagte jemand:
„Du bist es, den ich rufe,
Ich suche das Du, das ich bin."

Tief in mir bohrte jemand.
Tief in mir verbrannte mich jemand.
Tief in mir weinte jemand um mich.
Tief in mir suchte ich mich selbst.

(Translated by: Juliane Molitor)

Die Blinden und die Stummen

Manche lieben den Fluß
von der Quelle bis zur Mündung,
und andere schreien
„Genug, Devi! Warum diese Sintfluten?
Ein Leben lang haben wir uns vor dir niedergeworfen.
Streck deine Arme aus, beide,
und gebiete Einhalt dieser Flut."

Ich liebe die Erde, die meine Vorfahren liebten.
Die Zeit ist gekommen, neues Licht auf die
fruchtbaren Felder der Morgenröte zu bringen.
„Bauer, Feldarbeiter,
laß hell leuchten, was gut ist."

Salzlos, in Wasser getaucht, ist
der Reis, den wir essen, ein Rest.
Schweißnaß sind wir im Sommer,
triefend im Regen, und während der Dürre
jammern wir über die Trockenheit.
Hört niemand den schrillen Protest
unserer heiseren Stimmen?

Der Mensch, nach dem Bild der Gottheit gemacht,
ist auf die Straßen getreten.
Die Blinden werden sehen, die Stummen singen,
auch wenn die Tage ohne Mitleid dahingehen.

Blitze zucken über das Land,
erleuchten die Erde und die steinernen
Landeplätze am Fluß;
Blutsamen haben wir gesät.

„Wohin gehst du, Devi?
Wie weit? Im Bild der Gottheit
ist der Mensch auf die Straßen getreten.
Die Blinden werden sehen, die Stummen singen."

(Translated by: Juliane Molitor)

Tief ist die Leere

Bist du zum Bahnhof unterwegs?
Gehst du wirklich so heimlich weg?
Der Himmel ist bewölkt. Es donnerte.
Die Sturmlaterne in deiner Hand flackert.
Mußt du gehen? Dein Gehen führt dich in kein
Zuhause. Geschlossen sind heute die Türen zur
Wohnstatt des Friedens.
Regen, das Grollen eines plötzlichen Gewitters, hat das
Frühlingsfest zerpflückt.
Warst du an der Zusammenkunft gestern?
Wem galt sie?
Einer Gottheit? Oder einem Menschen? – Der Regen
trommelte den ganzen Morgen.
Hast du jemals Natur für dich selbst gesehen, in der
Welt?

Mußt du gehen? Wie weit? Wohin? – Irgendwo spielt
eine Flöte.
Und jemand weint. Tief ist die Leere,
die den Raum füllt zwischen Quelle und Meer.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Ost-/West- Literatur · Nr. 5

Der hungrige Stein

Nicht nur der Mensch, auch der Stein hat Hunger;
lösch den Durst ihm mit Wasser.
In der Dürre sprang die Erde in Stücke,
die Bäume sind ohne Laub,
im Wald keine Vögel,
ein ewiges Klagen spaltet den Himmel.
In Stadt und Land schnappen hungrige Tage nach Luft.

Ich verstehe die herzzerreißende Sprache der Steine,
verblaßt und matt vor Haß;
im fahlen Dunkel sucht auch
die Schlange nach Mitleid, Herzlichkeit und Schutz.

Ist die Sprache grausam, die stetig
schwingt im Arom der Erinnerung?
Ein Lied überreicht mir die Einladung
eines Sturms.
Ich sehe die leuchtenden Inschriften in der lichten
Finsternis, in jeder Pore des Äthers.
Natur und Stein schreien traurig.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Vorwärts

Den Sonnenuntergang im Rücken, kehrten wir zurück,
wie Soldaten zurückkehren aus dem gewonnenen Krieg,
fegten beiseite das Dunkel der Nacht, fielen ein ins
dämmernde, fruchtbare Land.
Das Blut blühte in der Brust, und am Morgen spannten
wir die Kampfbogen.
Es ist niemals angenehm, überrumpelt zu werden, und
wir wollten den Tod unterwerfen
in einem Bengalen, bemuttert von Flüssen,
denn in unserer Erinnerung, da war
Krieg in den Bergen und im weiten Flachland Krieg.

Wir drängen vorwärts, stürmen die Finsternis. Meinem
Land
werde ich zurückgeben seine unerreichte Pracht des
Lebens.

(Translated by: Tadeus Pfeifer)

Der Zerstörer

Ich habe nichts mitgebracht außer mir selbst ----
als Selbst – ein menschliches Wesen; Augen
zwei dahinfließende Ströme,
meine Zehen
fünf Kontinente die Fläche meiner Hand
das schüchterne Auftauchen Bengalens.

Ich habe nichts mitgebracht außer mir selbst.
Meine Augen sehen dich, Hände
greifen nach dem Mond, Füße
gründen Städte, Lippen
wischen Küsse ab, Ohren
hören Weinen, ein Holzfäller
fällt Bäume; von Bäumen
Holz aus Holz
Stühle; vom Haus
eine Tür zum Hinausgehen, jemand
ist zu sehen, ein Fenster zum Verbrennen
Holz für den Scheiterhaufen, Brennmaterial;
wenn es sein muß,
dann ich,
nur ich.

Ich habe nichts mitgebracht. So oft wie du, im Raum,
über den Vaikuntha gehen wolltest, zu dir,
haben sich meine Äste ausgebreitet
Spalten gebildet
weite
Ebenen
zahllose Wiesen
zu mir getrennt von mir
Flußläufe.

Ich habe nichts mitgebracht. Stille in Klage wandelnd
picken zwei Vögel auf dem Vorplatz
Liebe und Vorbehalt zu mir
getrennt von mir.

Im heutigen Bengalen fallen Minarette aus Metall
getrennt von schrillen Stimmen Flüsse und Boote und
durch Krieg und durch Farbe
durch Feuer und durch Flöte
während
Städte brennen
habe ich mich zu mir selbst gebracht
wie ich selbst
nicht anders als ein Zerstörer.

(Translated by: Juliane Molitor)

Impressum der Literaturbeilage

Herausgeber: Ost-West-Gesellschaft e.V., Sternstr. 50, 4000 Düsseldorf
Verantwortlich für die Zusammenstellung: Frank Wolfgang Sonntag

Die »Ost-West-Literatur« erscheint als Beilage des »Ost-West-Diskussionsforum«. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) erwünscht, bitte Belegexemplar zusenden.

V.i.S.d.P.: Gotthard Krupp-Boulboullé, Sternstr. 50, 4000 Düsseldorf